



Dr. Paul Beinhofer:

Stadt Wohn Kultur bietet exzellente Qualität

Unterfrankens Regierungspräsident wies bei der Tagung Städtebauförderung auf die besondere Wohnqualität von Stadt- und Ortskernen hin. **Seite 5**



Friedrich Riebel:

Stabübergabe an die vierte Generation

Der Firmenchef und Gesellschafter der Riebel KG legte die operative Geschäftsführung aller Firmen und Betriebe in die Hände von Thomas Auling. **Seite 8**



Leo Schrell:

„Alle Kräfte für den Landkreis bündeln!“

Über Parteigrenzen hinweg will Dillingens neuer Landrat die anstehenden Aufgaben, allen voran die Stabilisierung der Kreisfinanzen, bewältigen. **Seite 14**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 5. August 2004

55. Jahrgang / Nummer 15/16

Bayerischer Städtetag 2004 in Regensburg:

Nach der Reform ist vor der Reform

Rund 300 Kommunalpolitiker erörterten Wege aus der Krise

„Wer die Städte vernachlässigt, vernachlässigt die ganze Republik.“ In Anlehnung an die beständig wiederkehrende Mahnung des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, stand die diesjährige Verbandsversammlung in Regensburg unter dem Motto „Bayern braucht starke Städte“. Im Gespräch mit Bundes- und Landespolitikern wurde nach Wegen gesucht, die Städte aus ihrer derzeitigen Finanznot zu befreien.

In einer einstimmig verabschiedeten Resolution (siehe Kasten) forderten die rund 300 Delegierten u.a. ein Sofortprogramm, das den Kommunen schnell zusätzliche Einnahmen verschafft. Aus dem Jahr 2003 sind aus

der Sicht der Städte viele Rechnungen offen geblieben. So wurden die Hoffnungen auf eine wirksame Gemeindefinanzreform bitter enttäuscht. Der jetzt gefundene Kompromiss bei der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) brachte laut Städtetagsvorsitzendem Deimer nicht die erwartete Entlastung um fünf Milliarden Euro.

Zehn Milliarden Defizit

Auch das von der Union eingebrachte Soforthilfeprogramm zur Sanierung der Kommunalfinanzen sei im Verhandlungsmarathon des Vermittlungsausschusses auf der Strecke geblieben. Unterm Strich werden die Städte und Gemeinden bundesweit ein Defizit in Höhe von über zehn Milliarden Euro zu beklagen haben.

An die Adresse von Ministerpräsident Edmund Stoiber, der erstmals nach acht Jahren wieder an einer Verbandstagung des Bayerischen Städtetags teilnahm, gerichtet, meinte Deimer: „Erst zieht man den Kommunen die Hosen aus und verlangt dann

noch, dass wir den Gürtel enger schnallen.“ Land und Bund müssten endlich begreifen, „dass die Kommunen am Ende sind“. Es sei „eine Pflicht des Anstands“, den Kommunen jenes Geld zurückzugeben, das ihnen zu Unrecht weggenommen worden sei. Deimer bezog sich damit auf einbehaltene Mittel aus der Gewerbesteuerumlage.

Soziale Infrastruktur in Gefahr

Wenn die Staatsregierung die Netto-Neuverschuldung bis 2006 tatsächlich auf null reduzieren wolle, werde die gefährdete so-



Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber zwischen OB Hans Schaidinger und OB Josef Deimer im historischen Reichssaal des Regensburger Alten Rathauses. Foto: Natter

ziale Infrastruktur gemeinnütziger und ehrenamtlicher Organisationen in den Städten und Gemeinden vollends ausbluten.

Parteiübergreifend, so Deimer, seien nun Reformschritte zu planen, um nicht nur die Kommunen, sondern alle öffentlichen Haushalte so auszustatten, dass

wieder nachhaltige Arbeit im Sinne der Bürger geleistet werden könne.

Ministerpräsident Stoiber wies die Kritik zurück und warb um Verständnis für den umstrittenen Sparkurs. Der Freistaat wolle ein „fairer Partner“ für die Kommunen (Fortsetzung auf Seite 4)

Stoiber dankt Deimer

Seinen herzlichen Dank sprach Ministerpräsident Edmund Stoiber Städtetagspräsident Josef Deimer bei dessen letztem Verbandstag an der Spitze der bayerischen Städte aus. Deimer habe als Vorsitzender im Städtetag die Interessen der Kommunen gebündelt und im oft sehr kraftvollen Ringen um den Ausgleich der Einzelinteressen immer auch die Fähigkeit zum Kompromiss für das Ganze bewiesen. Stoiber: „Drei Jahrzehnte Präsident des Bayerischen Städtetags und fast 35 Jahre Oberbürgermeister von Landshut sind eine überaus bemerkenswerte Lebensleistung. Das zeugt von einem sehr großen Vertrauen nicht nur der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch der Kolleginnen und Kollegen des Städtetags. Herzlichen Dank für den jahrzehntelangen erfolgreichen Einsatz für unser Gemeinwesen.“ **DK**

Kommunaler Finanzausgleich 2005:

Konsens in schwieriger Zeit

Finanzminister Faltlhauser verhandelte mit den kommunalen Spitzenverbänden

„In einer für beide Seiten sehr schwierigen Situation haben wir für den kommunalen Finanzausgleich 2005 einen tragfähigen Konsens erzielt“, erklärten übereinstimmend die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände und Finanzminister Kurt Faltlhauser.

Am 30. Juli 2004 führte Finanzminister Faltlhauser mit den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände das traditionelle Spitzengespräch über den kommunalen Finanzausgleich 2005. An dem Gespräch mit Oberbürgermeister Josef Deimer, Landrat Theo Zellner, Erstem Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und Bezirkspräsident Manfred Hölzlein nahmen auch

der Staatsminister des Innern Dr. Günther Beckstein und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag Manfred Ach sowie Staatssekretär Franz Meyer teil.

Einigkeit

Über die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs 2005 konnte nach mehrstündi-

gen und schwierigen Verhandlungen Einigkeit erzielt werden.

Die wesentlichen Ergebnisse sind:

1. Schlüsselzuweisungen

Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund wird von 11,54 Prozent auf 11,60 Prozent erhöht. Hierdurch und durch den allgemeinen Anstieg der Schlüsselmasse erhöhen sich die Schlüsselzuweisungen in 2005 um 61,7 Mio. Euro auf 2.120,7 Mio. Euro. Das hilft den Kommunen bei ihren Bemühungen, ihre Verwaltungshaushalte auszugleichen.

2. Abschaffung der Solidarumlage

Der Freistaat wird ab 01.01.2006 in drei Jahresschritten die von den Kommunen bis 2019 aufzubringende Solidarumlage übernehmen. Im Jahr 2006 werden 20 Prozent, 2007 50 Prozent und ab 2008 der volle Betrag vom Freistaat geleistet.

Die bayerischen Kommunen werden auf diese Weise dauerhaft bis zum Ende des Solidarpakts II im Jahr 2019 von einem beachtlichen Teil der Lasten der deutschen Einheit befreit. Damit

verschiebt sich die Grenze zwischen Freistaat Bayern und Kommunen bei der Finanzierung der deutschen Einheit grundlegend zugunsten der Kommunen. Die jährliche Größenordnung der vollen Entlastung beträgt voraussichtlich mindestens 120 Mio. Euro.

3. Leistungen an die Bezirke:

Die Leistungen an die Bezirke, die bereits im Nachtragshaushalt 2004 in einem Kraftakt (Fortsetzung auf Seite 2)

Reiner Knäusl wird neuer Geschäftsführer

Zum neuen Geschäftsführenden Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags wurde Reiner Knäusl gewählt. Er tritt am 1. Februar 2005 die Nachfolge von Dr. Helmut Schwinghammer an, der Ende Januar 2005 in den Ruhestand treten wird.

Knäusl (57) trat nach der 2. juristischen Staatsprüfung in die Dienste des Freistaates Bayern als Staatsanwalt und Richter. 1977 verließ er den Staatsdienst und wurde selbstständiger Anwalt in München. 1980 wechselte er als Referent zum Bayerischen Städtetag. Weitere Stationen waren die Freie und Hansestadt Hamburg, die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und seit 1990 die Landeshauptstadt München. Seit 1. März 2002 ist Reiner Knäusl Stellvertreter des Kreisverwaltungsreferenten in München und leitet als Stadtdirektor dort die Hauptabteilung Straßenverkehr. **DK**



Der Phantasie und der Vielfalt sind bei den Sommervergütungen im Freistaat keine Grenzen gesetzt. Das Erholungsbad der Rottal Therme war Schauplatz eines einzigartigen Konzertabends und einer Mischung aus Baden wie im Bilderbuch und Musikgenuss pur. „Baden mit Beethovens Neunter“ hieß der Titel der diesjährigen Thermensinfonie. Zwei Chöre und ein 40-köpfiges Orchester boten gemeinsam mit namhaften Solisten Werke von Mozart und Beethoven. Ob aus den wohligen Fluten der Thermalwasserbecken heraus, relaxend auf den bequemen Liegen oder bei klassischer Konzertbestuhlung - jeder Gast konnte den für sich am besten geeigneten Standort für den Musikgenuss frei wählen. Neben Badespaß und Musikgenuss sorgte auch ein großes Angebot an kulinarischen Genüssen für das Wohlbefinden der Gäste. Foto: Gröll jun.



Wie andernorts von Kaufbeuren bis Dinkelsbühl, von Nördlingen bis Waldmünchen, ist das Stadtspielbuchstäbchen ein Projekt der gesamten Bürgerschaft. Deshalb achtet der Bürgermeister auch streng darauf, dass alle Vorbereitungen und Entscheidungen möglichst mit breitem Konsens getroffen werden. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Stürmischer Ausklang im Bayerischen Landtag	Seite 2
Verwaltungsleistungen und Bürgerservice aus einer Hand	2
Staatszuschüsse für Kleinkläranlagen	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Deutschland leidet unter wirtschaftlicher Stagnation	3
Erfolgsfaktoren für attraktive Innenstädte	3
GZ-Fachthemen: Kommunale Baupolitik	5 - 8
Freizeitanlagen	9
Wasserversorgung - Abwasserentsorgung	10 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Stürmischer Ausklang im Bayerischen Landtag

Kultusministerin muss sich verteidigen / Verwaltungsreform bleibt Streitpunkt

Nach Änderungen des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes zwecks Einführung des achtklassigen Gymnasiums sowie zahlreicher Gesetze zur Verwirklichung des Pakts für Kommunen (GZ 14/22.7.04) hat der Bayerische Landtag seine Arbeit für eine Sommerpause bis Mitte September unterbrochen. Staatsregierung und CSU sehen sich auf gutem Weg in die Zukunft. Die Opposition lehnte die Gesetze ab und forderte den Rücktritt von Ministerin Monika Hohlmeier. Zur Verwaltungsreform forderten SPD und Grüne Beteiligung des Parlaments, die Grünen sogar einen eigenen Sonderausschuss. Landtagspräsident Alois Glück sprach in seinem Schlusswort von einer tiefgreifenden Zäsur in der Parlamentsarbeit in einer Zeit des Umdenkens mit Blick auf die Zukunft.

Zum G 8 räumte der CSU-Schulexperte Siegfried Schneider ein, es fehlten zur Umsetzung insbesondere für die Intensivierungsstunden zwecks Anpassung des Lehrstoffs an eine Klasse weniger nach bisherigen Feststellungen 100 bis 150 Lehrer. Bei rund 17.000 Gymnasiallehrern in Bayern sei das kein großes Problem. Kultusministerin Monika Hohlmeier versicher-

te, die Schwierigkeiten - insbesondere in Latein und Mathematik - würden überwunden, auch wenn für die Gymnasien etwa 5.500 Kinder mehr angemeldet wurden als erwartet. Sie verwies darauf, dass für alle Schularten fast 3.600 Lehrkräfte neu eingestellt würden. Den neuen Lehrkräften stehe ein Schülerzuwachs von 5,2% an den Realschulen, 2,1% an den Gymnasi-

en sowie 16,8% bzw. 16,5% an den Fach- und Berufsoberschulen gegenüber.

„Organisiertes Chaos“

Marianne Schieder (SPD), die stellvertretende Vorsitzende des Bildungsausschusses, prophezeite ein „organisiertes Chaos“. Kinder würden zum Spielball einer fragwürdigen Politik gemacht. Die Grünen-Sprecherin Margarete Bause befürchtete Unterrichtsausfälle, da Fachlehrer wie für Latein und Mathematik nicht durch solche für andere Bereiche ersetzt werden könnten. Die Opposition stellte den fehlenden Kräften die 2.500 fertig ausgebildeten Junglehrer gegenüber, die keine Anstellung bekämen, dazu rund 1.000 mit Zeit- und Aushilfsverträgen.

Probleme der Kommunen

Schieder verwies auch auf die Probleme der Kommunen im Zusammenhang mit der Ganztagsbetreuung. Hier wolle der Staat nur 40% der Personalkosten übernehmen, so dass private Träger und Kommunen die restlichen 60% zu bezahlen hätten. Sie seien angesichts ihrer Finanznöte dazu nicht in der Lage. Die Dringlichkeitsanträge von SPD und Grünen zum G 8 wurden von der CSU abgelehnt.

Die Opposition verband ihre Kritik an der ihrer Meinung nach sachlich gescheiterten Ministerin mit den Ereignissen im CSU-Bereich München, in dem Monika Hohlmeier als Vorsitzende abtreten musste, nachdem sie vor ein- einhalb Jahren zum „Ausmisten des Saustalls“ mit Vetterwirtschaft und dem bereits gerichtlich geahndeten Kauf von Mitgliedern angetreten sei.

Vertrauensvotum

Die Folgerung von SPD und Grünen, Frau Hohlmeier sei nicht nur als Bezirksvorsitzende gescheitert sondern auch als Ministerin und müsse zurücktreten, beantwortete CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann in der Plenarsitzung mit einem Vertrauensvotum zu ihrer Politik und

Verwaltungsleistungen und Bürgerservice aus einer Hand

Landrätepräsident Zellner: Hauptziel der Behördenreform

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, appelliert an die Bayerische Staatsregierung und an den Bayerischen Landtag, den Grundsatz der einheitlichen und bürgerfreundlichen Verwaltung auf der Unterstufe bei der Behördenreform zu berücksichtigen.

Zellner: „Staatsminister Huber hat den Grundsatz der einheitlichen Verwaltung auf der Unterstufe bei der Landkreistagsversammlung in Burg- hausen unterstützt und präzisiert. Danach müssen Landratsämter als zentrale Anlaufstellen für Bürgerschaft und Wirtschaft gelten. Die prinzipielle Zuständigkeit der Landratsämter für Genehmigungen ohne zeitaufwändige Beteiligung von Fachbehörden muss gestärkt werden.“

Leider konnten bei dem bisher behandelten Paket 1 der Behördenreform (u. a. Versorgungsämter, Gewerbeaufsichtsämter) die vom Bayerischen Landkreistag in weitgehender Übereinstimmung mit der Staatskanzlei erarbeiteten Vorschläge zur Abrundung der Zuständigkeiten der Landratsämter nicht umgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Übertragungen der Bewilligung und Auszahlung des Erziehungsgeldes und der Ausnahmegenehmigungen beim Arbeitsverbot an Sonn- und Feiertagen, die von Staatsminister Huber unterstützt wurden, aber letztlich am

Widerstand der CSU-Fraktion gescheitert sind.

Zellner: „Eine Behördenreform, die diesen Namen verdient, muss sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Bürger und unserer heimischen Wirtschaft orientieren und darf sich nicht auf eine Optimierung der Behördenstruktur bei den Sonder- und Fachbehörden beschränken!“

Der Bayerische Landkreistag hat unter Beteiligung von vielen Landräten und Fachleuten aus den Landratsämtern bisher vorurteilsfrei geprüft, welche hoheitlichen und mit den Aufgaben der Landratsämter zusammenhängenden Aufgaben von Sonder- und Fachbehörden sich im Interesse einer einheitlichen Verwaltung für Bürger und Wirtschaft zur Übertragung auf die Landratsämter eignen. Hierbei geht es ausschließlich um die Prüfung einer stärkeren Effizienz und Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung. Stattdessen wird daran gedacht, bestehende Aufgaben wie z.B. Vertragsnaturschutz und Gartenfachberatung von den Landratsämtern abzuziehen.

Der Bayerische Landkreistag verlangt, dass bei der Behandlung des Pakets 2 der Behördenreform (u.a. Straßenbau, Wasserwirtschaft, Schulverwaltung, Landwirtschafts- und Forstverwaltung) die Grundsätze der Einheit und Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung berücksichtigt werden. Z

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fritz Körber
90571 Schwaig
am 1.9.

Bürgermeister Hermann Bauer
91801 Markt Berolzheim
am 8.9.

Bürgermeister Franz Holub
94149 Kößlam
am 9.8.

Bürgermeister Josef Schneider
94372 Rattiszell
am 20.8.

Bürgermeister Peter Finger
83666 Waakirchen
am 27.8.

Bürgermeister Heribert Weber
91352 Hallerndorf
am 29.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Uta Lucht
82294 Oberschweinbach
am 12.8.

Landrat Erich-Josef Geßner
89231 Neu-Ulm
am 14.8.

Bürgermeister Helmut Ott
91275 Auerbach i.d. Opf.
am 17.8.

Bürgermeister Helmut Wimmer
84155 Bodenkirchen
am 20.8.

Bürgermeister Ludwig Renner
93195 Wolfsegg
am 21.8.

Bürgermeister
Herbert Kohlhepp
97797 Wartmannsroth
am 27.8.

Bürgermeisterin
Ingrid Bässler
82441 Ohlstadt
am 28.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Herbert Kubicek
86491 Ebershausen
am 1.9.

Bürgermeister Hans Steindl
84489 Burghausen
am 2.9.

Bürgermeister Josef Schmid
93173 Wenzelnbach
am 2.9.

Bürgermeister Adi Fürstberger
84267 Tann
am 4.9.

Bürgermeister
Ludwig Baumgartner
93476 Blaibach
am 6.9.

Bürgermeister
Johann Lotterschmid
86556 Kühbach
am 6.9.

Bürgermeister Hans Mayer
85137 Walting
am 9.8.

Bürgermeister Albert Lohner
86690 Mertingen
am 11.8.

Bürgermeister
Johann Schuttermeier
86554 Pöttmes
am 12.9.

Landrat
Dr. Hubert Faltermeier
93309 Kelheim
am 14.8.

Bürgermeister Herbert Hösl
92637 Theisseeil
am 26.8.

Bürgermeister Klaus Lingel
86742 Fremdingen
am 27.8.

Bürgermeister Jürgen Schmitt
96166 Pettstadt
am 28.8.

Bürgermeister
Erwin Studtucker
91097 Oberreichenbach
am 28.8.

Bürgermeister
Edmund Wirzberger
97843 Neuhütten
am 31.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Franz-Josef Lerzer
91171 Greding
am 2.8.

Bürgermeister Norbert Marold
94124 Büchlberg
am 3.9.

Bürgermeister
Johann Bernreuther
86700 Otting
am 9.9.

Bürgermeister Bernhard Ruß
97522 Sand
am 15.8.

Bürgermeister Josef Walz
89284 Pfaffenhofen
am 21.8.

Bürgermeister Georg Rath
97633 Herbstadt
am 3.9.

Bürgermeister
Josef Kellnermeier
85640 Putzbrunn
am 8.9.

Bürgermeister Andreas Meyer
85126 Münchsmünster
am 12.8.

Bürgermeister Peter Ditsch
86931 Prüttriching
am 13.8.

Bürgermeister Jürgen Spahl
91126 Rednitzembach
am 13.8.

Bürgermeister
Wolfgang Eckhardt
91438 Bad Windsheim
am 26.8.

Bürgermeister Hans Kick
92696 Flossenbürg
am 13.8.

Bürgermeister Dr. Stefan Winter
87719 Mindelheim
am 13.8.

Bürgermeister Hans Kick
92696 Flossenbürg
am 13.8.

Person. Die CSU-Fraktion spendete demonstrativen Applaus. SPD und Grüne legten einen gemeinsamen Fragenkatalog vor.

Projekt 21

Zur Verwaltungsreform verlangte die SPD, die Staatsregierung solle das Parlament endlich am Projekt 21 beteiligen. Eine Beteiligung im Sinne von „informieren“ sei „dem Parlament zu wenig“, sagte Christa Naaß, die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für den öffentlichen Dienst. „Das Parlament ist nicht allein die CSU.“ Die Grünen wollen einen Sonderausschuss für die Dauer der Legislaturperiode. Margarete Bause befand, eine Diskussion der Verwaltungsreform in den Fachausschüssen reiche nicht. Dabei ginge der Zusammenhang aller Maßnahmen verloren.

Für die CSU entgegnete Peter Welnhöfer, stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses, der von den Grünen verlangte Querschnittsausschuss bedeute Bürokratieaufbau statt -abbau. Reformminister Erwin Huber versicherte, das Parlament werde über alles rechtzeitig informiert.

Der SPD-Antrag wurde von der CSU sofort abgelehnt, über den Sonderausschuss-Antrag der Grünen muss im Herbst zunächst im Rechtsausschuss beraten werden.

Politische Kultur

Am Ende der bewegten bis stürmischen letzten Landtagssitzung zog Präsident Alois Glück eine erste Zwischenbilanz seit der Wahl im September letzten Jahres. Bei aller Schärfe der Auseinandersetzungen sei die politische Kultur im neuen Landtag „insgesamt gut, jedenfalls weit besser als der Politik heute allgemein zugeschrieben wird“. Politische Kultur bedeute die Qualität der Diskussion, die Ernsthaftigkeit im Ringen um die beste Lösung und das Bemühen um Fairness. Verändert haben sich laut Glück die Themen. Alle seien sich einig, „dass es nicht mehr um das Mehr geht, sondern eher um ein Weniger und um ein Anderes.“ Bei allen Meinungsverschiedenheiten „sitzen wir dabei in einem Boot; nicht zuletzt, weil

die einen hier und die anderen in Berlin regieren“.

Das Sitzungsende bedeutete auch den Abschied vom historischen, 1949 bezogenen Plenarsaal im Maximilianeum. Begonnen haben die Umbauarbeiten, an deren Ende im Herbst 2005 ein vor allem technisch, aber auch im Ambiente modernisierter Raum stehen soll. Die Kosten sind - nach Ausschreibung der Arbeiten - auf 10 Millionen Euro veranschlagt. Die Abgeordneten konnten ihre „historischen“ rotledernen gepolsterten Sitzungssessel für 75 Euro pro Stück sofort abmontieren und mitnehmen bzw. sich für 80 Euro frei Haus schicken lassen. Die Mehrzahl der bislang 204 Sessel fand ihre Abnehmer; auch Glück kaufte das Sitzmöbel, auf dem er über 15 Jahre als CSU-Fraktionsvorsitzender gesessen hat. Der Erlös von 10.000 bis 15.000 Euro soll einem Kinderhospiz im Allgäu zugute kommen.

Bis zur Fertigstellung des neuen Plenarsaals wird das Plenum unter beengten Verhältnissen im ehemaligen Senatssaal tagen. **rm**

Für Kleinkläranlagen fließen weiter Staatszuschüsse

Bis 2015 wird mit 630 Millionen Euro gerechnet Vollbiologische Entsorgung nach der EU-Richtlinie

„Die Staatsregierung zieht sich nicht aus der Förderung von Kleinkläranlagen zurück.“ Das wurde dem SPD-Landtagsabgeordneten Florian Ritter, (SPD) jetzt auf schriftliche Anfrage versichert. Für neue Förderprogramme ab 2005 wird mit einem Zuschussbedarf von etwa 330 Millionen Euro bis 2015 gerechnet, dazu weitere ca. 300 Millionen Euro für bereits begonnene Projekte, die im Vertrauen auf die staatliche Hilfe bereits begonnen wurden, nach den neuen Richtlinien aber nicht mehr mit Zuschüssen rechnen könnten.

Die Ungewissheit in vielen Kommunen über die Zukunft der Kleinkläranlagen hat den Landtag wiederholt beschäftigt. Im Einvernehmen mit Finanz- und Innenministerium hat der federführende Umweltminister Dr. Werner Schnappauf die weitere Förderung der Kleinkläranlagen bestätigt und mitgeteilt, derzeit laufe die Anhörung der Ministerien zu den neuen Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2005). Es können nur noch Vorhaben der Ersterschließung gefördert werden. Für die zur Nachrüstung und Sanierung schon im Bau stehenden Anlagen soll eine Vertrauensschutzregelung geschaffen werden. Die Kommunen können sich also auf einen genehmigten, vorzeitigen Baubeginn berufen. Aus den bisherigen Förderprogrammen sind 2078 Vorhaben noch nicht abgeschlossen. Z

Welche neuen Maßnahmen Fördermittel erhalten, ist noch offen. Der Minister verwies auf die noch nicht veröffentlichte RZWas 2005. Auf jeden Fall müsse es sich um wirtschaftliche Vorhaben handeln. Dazu seien u. a. die Kosten und die Entwicklung der zu entsorgenden Ortsteile (Bau- und Gewerbegebiete) abzuwägen. Die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung sei zu gewährleisten. Die Staatsregierung geht davon aus, dass eine dezentrale Entsorgung „überwiegend über vollbiologische Kleinkläranlagen“ erfolgt. Nach einer Umfrage sind mittlerweile fast 16.000 Kleinkläranlagen mit einer biologischen Reinigungsstufe ausgestattet. Bis 2015 soll das Ziel der EU-Wasserrahmenrichtlinie erreicht werden, in ganz Bayern einen guten Zustand der Gewässer zu gewährleisten. **rm**

Konsens in schwieriger ...

(Fortsetzung von Seite 1)
um 140 Mio. Euro auf 440 Mio. Euro angehoben wurden, werden um weitere 160 Mio. Euro auf 600 Mio. Euro erhöht:

Dies beinhaltet zum einen eine Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs nach Art. 15 FAG auf 540 Mio. Euro. Desweiteren werden die Bezirke in Höhe von 60 Mio. Euro durch Übernahme der Kosten für die Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion durch den Freistaat entlastet.

Der Erhöhungsbetrag von 160 Mio. Euro wird wie folgt aufgebracht: 145,9 Mio. Euro aus staatlichen Mitteln und 14,1 Mio. Euro durch Umschichtungen der Kommunen innerhalb des Finanzausgleichs. Alle Beteiligten sind sich einig, dass der steile Kostenzuwachs bei der überörtlichen Sozialhilfe durch geeignete Kostendämpfungsmaßnahmen abgeflacht werden muss. Die Bezirke werden bis Ende August 2004 einen Vorschlag für einen neuen dauerhaften Verteilungsschlüssel für den Sozialhilfeausgleich vorlegen, der deutliche Sparreize enthält.

4. Investitionen
Bei den Fördermitteln des

Freistaats Bayern für kommunale Investitionen konnten Kürzungen vermieden werden.

5. Schülerbeförderung

Staat und Kommunen sehen die Notwendigkeit die hohen Kosten der Schülerbeförderung durch geeignete Maßnahmen zu senken.

6. Verteilungskriterien für die Bedarfszuweisungen

Die Verteilungskriterien für die Bedarfszuweisungen als Not- hilfe für die Kommunen werden am Maßstab der Leistungsfähigkeit der Kommunen überprüft. „Dieses Einigungspaket aus strukturellen Zusagen wie der Abschaffung der Solidarumlage und direkter finanzieller Hilfen bedeutet insgesamt eine wesentliche Verbesserung der Gesamtbilanz für die Kommunen. Die gesamten Finanzausgleichsleistungen steigen damit auf über 5,6 Mrd. Euro. Damit ist der Freistaat Bayern an die Grenzen des Machbaren gegangen und hat ein Signal der Kommunal- freundlichkeit gesetzt“, betonte Faltthäuser. Die Präsidenten der Kommunalen Spitzenverbände erkennen dies an und akzeptieren trotz schwierigster kommunaler Haushaltssituation dieses Ergebnis. Z

Wirtschaftsstandort Innenstadt:

Erfolgsfaktoren für attraktive Innenstädte und Fußgängerzonen

Von Dipl.-Geograph Roland Wölfel, Geschäftsführer CIMA Stadtmarketing GmbH

Bummelt man durch deutsche Innenstädte stößt man fast immer auf sie - die Fußgängerzone. Ein verkehrsberuhigter Bereich, der einladet zu einem gemütlichen Einkaufsbummel oder einem entspannten Aufenthalt in einem Straßencafé. Dass dieses innerstädtische Gebiet aber auch Gegenteiliges bewirken kann, dass der Einzelhandel nach Einführung dieser Zone über weniger Kunden, sinkende Umsätze und über den Wegfall von Parkplätzen klagt, ist auch keine Seltenheit.

Allein in Bayern wird derzeit in rund 15 Städten die Einführung einer Fußgängerzone diskutiert. Deren Einrichtung kann zu einer Belebung und Attraktivierung der Innenstadt beitragen, oder das Entstehen eines „Platzes des himmlischen Friedens“ bzw. einer ergrauten „Museumsmeile“ bewirken. Dann zieht der Handel ab, die Anziehungskraft auf Bürger und Kunden geht zurück. Nicht selten wird um die Fragen der richtigen Dimensionierung, des optimalen Branchenmixes, der erforderlichen Parkraumbewirtschaftung und des notwendigen Parkplatzangebotes heftig gestritten. Aber ein Patentrezept existiert

Wie kann die Funktionsfähigkeit der Fußgängerzone verbessert werden?

Erfolgsfaktoren

Von den 199 betrachteten Klein- und Mittelstädten zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern haben 70 eine Fußgängerzone. Damit verfügt jede dritte Klein- und Mittelstadt über eine Fußgängerzone. 58 Städte mit Fußgängerzone davon haben sich an der Untersuchung beteiligt.

Es wurde genau herausgearbeitet in welchen Faktoren sich die gut funktionierenden Fußgängerzonen von den „Schlechten“ signifikant unterscheiden. Somit

kraft generieren wie Nutzung der städtetouristischen Potenziale, Events und die Etablierung von Magnetbetrieben; also „flexible“ Faktoren, die im Gegensatz zu dem ebenfalls wichtigen Faktor Stadtgröße und Zentralität i.d.R. durchaus lokal beeinflusst werden können.

Klasse statt Masse

Wie zu erwarten eignet sich die zentrale Geschäftslage am besten, um die vorhandenen Kundenströme zu erschließen. Von Überdimensionierung jedoch wird abgeraten. Eine Alternative dazu wäre vorerst die Erschließung eines kleineren Areals. Klasse statt Masse!

Best-Practise - Dimensionierung und Einkaufszentralität

Marktheidenfeld: Mittelzentrum, 11.000 EW

Der Marktplatz stellt in Marktheidenfeld die Fußgängerzone dar, die durch die angrenzenden Seitengassen, die als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen sind, ergänzt wird. Begründet durch den hohen Durchgangsverkehr, waren städtebauliche Veränderungen in dem Mittelzentrum nötig. Dass die Fußgängerzone sich nur über den Marktplatz erstreckt, hat sich für diese Stadtgröße als gute Lösung erwiesen.

Die Gestaltung der Fußgängerzone spielt eine wesentliche Rolle, da diese in hohem Maße die Aufenthaltsqualität beeinflusst. Auch für die Gestaltung gilt, die individuelle örtliche Situation sowie räumliche und städtebauliche Gegebenheiten beachten. Neben Pflege und Instandhaltung der Fußgängerzone sind auch fortwährend Modernisierungsmaßnahmen einzuleiten, die die Attraktivität dieses Bereiches in hohem Maße beeinflussen. Allein die Tatsache dass weit über 80% der Fußgängerzonen zehn Jahre und älter sind weist hier auf stetigen Handlungsbedarf hin.

Best-Practise Gestaltungselemente

Karlstadt

Mittelzentrum, 15.300 EW

Verschiedenste Gestaltungselemente stehen der Stadt zur Verfügung, um die Attraktivität der Fußgängerzone zu steigern. Vielfach verwendet wurde in den letzten Jahren Wasser - ob als Brunnen oder als Wasserlauf.

Ein weiteres Kriterium stellt die Erreichbarkeit für Bürger und Touristen dar. Sowohl mit dem PKW, für den ausreichend Parkraum zur Verfügung stehen sollte, als auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sollte das Stadtzentrum gut zu erreichen sein. Zahlreiche Parkgelegenheiten, insbesondere Straßenparkplätze allein reichen nicht aus, wenn die Parkzeitbeschränkung sich auf 30 Minuten beläuft. Zu wenig Zeit, um einem entspannten Einkaufsbummel oder sonstigen Erledigungen in der Fußgängerzone nachzugehen. Damit die vorhandenen Parkplätze besser ausgelastet und benutzt werden, sollte ein umfassendes Parkraumkonzept erstellt werden, das weit über die rein quantitative Betrachtung der Stellplatzzahl und Verortung hinaus geht und Fragen wie Leitsysteme, Bewirtschaftung, Parkraummarketing etc. mit einschließt.

Zudem wirkt eine Fußgängerzone anziehend, wenn diese durch Kommune und Handel in

die beteiligten Behörden, an erster Stelle die Bundesagentur für Arbeit und die kreisfreien Städte und Landkreise, bemühen, den Übergang in diese neue Situation zu erleichtern.

Sorgen sind eine angenehme Begleiterscheinung des menschlichen Lebens.

Normalerweise sind sie unvermeidlich, manchmal sind sie „hausgemacht“ und manchmal kommen sie von außen. Die Sorgen, die im Augenblick viele Menschen in Deutschland haben, kommen von außen. Es sind alle die Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund von „Hartz IV“ einen umfangreichen Fragebogen ausfüllen müssen und da-



Man kann keinen Arbeitslosen auf einen Arbeitsplatz vermitteln, den es nicht gibt.

Deutschland leidet eben seit Jahren unter einer wirtschaftlichen Stagnation, die den schrecklichen Nebeneffekt hat, dass ständig Arbeitsplätze verloren werden. Diese Arbeitsplätze wären dringend nötig, um den von Sorgen geplagten Betroffenen von „Hartz IV“ zu helfen. Eine Änderung dieser Entwicklung ist allerdings nicht in Sicht.

Deutschland leidet unter wirtschaftlicher Stagnation

bei nicht sicher sind, was am Ende für sie herauskommt.

Allerdings von einer Sorge sind sie alle beherrscht, dass nämlich ab Januar für die Betroffenen weniger Geld für den Lebensunterhalt zur Verfügung steht. Diese Sorgen werden auch in den Medien transportiert und den politischen Mandatsträgern gegenüber, oft in eindringlicher Form, geäußert.

In vielen Fällen mag dies auch begründet sein. Tatsache ist allerdings auch, dass sich

Man kann keinen Arbeitslosen auf einen Arbeitsplatz vermitteln, den es nicht gibt.

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

dafür nicht, da jede Stadt unterschiedliche historische, städtebauliche und räumliche Voraussetzungen mitbringt. Trotzdem gibt es bestimmte Standortfaktoren, die maßgeblich die Kundenakzeptanz von Fußgängerzonen beeinflussen.

CIMA-Studie

Die CIMA-Studie „Wirtschaftsstandort Innenstadt“, die vom Landesverband des Bayerischen Einzelhandels e. V. mit Unterstützung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums herausgegeben wurde, versucht die Thematik zu strukturieren. Die Fragen lauten:

- Welche Erfolgsfaktoren haben funktionierende Fußgängerzonen?
- Welche Fehler sind zu vermeiden?
- Wann ist die Einführung einer Fußgängerzone zu empfehlen?

liegen erstmals Orientierungswerte vor, die eine objektive Diskussion vor Ort erleichtern.

„Flexible“ und „bedingte“, also nur schwer oder unveränderliche Einflussgrößen können diesbezüglich grundsätzlich unterschieden werden.

Von Handel und Kommune beeinflussbare Faktoren:

- Dimensionierung/Lage
- Gestaltung
- Erreichbarkeit/Parken
- Aktionen und Events
- Besonders stark unterscheiden sich die als „gut“ von den als „schlecht“ eingestuften Fußgängerzonen in folgenden Faktoren:
- Verkaufsflächenverhältnis Fußgängerzone sowie Innenstadt zur „Grünen Wiese“
- Parkraumbewirtschaftung und Angebot an Parkflächen im 200m Radius um die Fußgängerzone
- Faktoren die zusätzlich Kauf-

Bahn verkauft Bahnhöfe

Kommunen sollen in die Verwertung einbezogen werden

Die Deutsche Bahn ist mit rund 6000 Kilometer Schienennetz und knapp 1000 Bahnhöfen in Bayern eine nahezu flächendeckende Erscheinung. Mit den Immobilien, die häufig in der Umgebung von Bahnhöfen liegen, hat die Bahn darüber hinaus zahlreiche weitere Berührungspunkte zu kommunalen Anliegen.

Bei den Gebäuden an den Bahnhöfen handelt es sich mitunter um Kleinode aus der Gründerzeit. Mit dem Ziel, den Bahnhof und sein Umfeld attraktiver zu gestalten, trennt sich die Bahn nun von einer Vielzahl nicht mehr betriebsnotwendiger Gebäude an den Bahnhöfen. Bisher wurden 14 dieser Empfangsgebäude an Gemeinden verkauft, für weitere 50 wurde Kaufinteresse bekundet.

Anfang Juli sind 146 Gebäude in den Besitz der First Rail Property übergegangen, einer Immobiliengesellschaft, die den Auftrag hat, sich mit den jeweiligen Kommunen abzustimmen, die Gebäude zum Kauf anzubieten bzw. sie einer Verwertung zuzuführen.

Die bei der Bahn frei werdenden Mittel, die künftig nicht mehr in den Erhalt der Gebäude gesteckt werden müssen, sollen zweckgebunden für die eigentliche Funktion der Bahnhöfe als Verkehrsstation verwendet werden.

Mit dem Ziel, die unterschiedlichen Interessen der jeweiligen Partner dabei zusammen zu führen, steht die Bahn im regelmäßigen Dialog mit Vertretern des Freistaats und des Bayerischen Gemeindetags.

regelmäßigen Abständen mit Aktionen und Events belebt wird. Sowohl die Attraktivität als auch die Besucherzahlen werden durch solche Veranstaltungen gesteigert. Von der so gewonnenen zusätzlichen Kaufkraft profitiert die Fußgängerzone allemal.

Festlegung von Entwicklungslinien durch Handel und Kommune:

- Verkaufsfläche
- Magnetbetriebe
- Touristische Attraktivität
- Handelsbesatz
- Gastronomie

Eine anziehende Wirkung auf die Bevölkerung hat die Fußgängerzone nur dann, wenn der Anteil der gesamten städtischen Verkaufsfläche auch im Verhältnis zu jenem auf der „Grünen Wiese“ ausreichend groß ist. So befanden sich bei den „Besten“ im Schnitt noch über 40% der gesamten Verkaufsflächen in der klassischen Innenstadt. Auch eine kritische Größe der Verkaufsfläche darf nicht unterschritten werden. Erreicht diese in der Fußgängerzone lediglich die Summe von 5.000 qm die zudem in Form eines möglichst geschlossenen Geschäftsbesatzes vorhanden sein sollte, so muss nach besonders günstigen Rahmenbedingungen gesucht werden, die diesen Risikofaktor ausgleichen.

Die Präsenz eines Magnetbetriebes im städtischen Zentrum stellt ein weiteres Kriterium für den Erfolg einer Fußgängerzone dar. Magnetbetriebe sind Unternehmen, die von sich aus größere Zahlen von Besuchern anziehen. Von der Stadtgröße, vielmehr aber noch vom Einzugsgebiet hängt ab, welche Unternehmung als Frequenzbringer zu werten ist. Die Besucherfrequenz der Stadt wird auf diese Weise erhöht, wovon auch die anderen Betriebe profitieren.

Best-Practise Magnetbetriebe

Nördlingen:

Mittelzentrum, 19.600 EW

Im schwäbischen Nördlingen bilden das City-Kaufhaus Stein-gass sowie die Markthalle die Magnetbetriebe, die mit ihrem vielfältigen Angebot Besucher in die Stadt locken und das Funktionieren der Fußgängerzone bewirken. Ergänzt um 90 Minuten kostenloses Parken, ÖPNV, touristische und städtebauliche Attraktivität findet der Besucher hier einen optimalen Aufenthaltsort vor.

Touristische Anziehungspunkte wirken sich entscheidend auf die Besuchsfrequenz und damit auch auf die Attraktivität der Fußgängerzone aus. Der Aufwertung und Vermarktung dieser Potenziale kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Durch diese touristischen Angebote werden neben dem klassischen Einzugsgebiet weitere Besucher in die Innenstadt gelockt, insofern sie von diesen Einrichtungen und Attraktionen erfahren haben.

Der Handelsbesatz, wenn er denn durch Branchenvielfalt und den Einzelhandel geprägt ist, wirkt sich positiv auf die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt aus. Leerstände, aber auch Nachfolgenutzungen wie Versicherungsmakler, die weder durch Schaufenstergestaltung noch bedeutsame Frequenz die Attraktivität der Fußgängerzone beeinflussen, sind eher negativ zu bewerten.

Best-Practise Handelsbesatz

Murnau

Mittelzentrum, 12.400 EW

In Murnau erstreckt sich die geradlinige Fußgängerzone über 350 Meter und ist bestückt mit einem fast durchgehenden Einzelhandelsbesatz, was die nachteilige lineare Struktur kompensiert. Positiv erscheinen weiterhin die gastronomischen Einrichtungen.

Neben dem Einzelhandelsangebot wirkt sich auch die Vielfalt und die Qualität gastronomischer Einrichtungen bedeutsam auf die Verweildauer in der städtischen Fußgängerzone aus. Besonders in den Sommermonaten lockern Straßencafés die Atmosphäre auf.

Von Handel und Kommune kaum beeinflussbare Erfolgsfaktoren:

- Einwohnerzahl/Zentralität
- Historische Innenstadt

Je mehr Einwohner eine Stadt hat, desto mehr steigen die Chancen auf eine gut funktionierende Fußgängerzone. Nie aus den Augen sollte dennoch die Zentralitätskennziffer gelassen werden. Die Kennzahl, die sich aus Umsatz und Einkommen ermitteln lässt, sollte im positiven Falle die 1 deutlich überschreiten. Dann würde der Einzelhandelsumsatz nämlich auch durch Kaufkraftzuflüsse aus dem Einzugsgebiet gebildet werden - mit durchschnittlich 1,7 weißt die Positivgruppe gegenüber der Negativgruppe einen um 0,4 besseren Wert auf.

Fußgängerzonen in historischen Innenstädten haben den Vorteil, dass die Aufenthaltsqualität nicht künstlich geschaffen werden muss. Die „natürliche“ Atmosphäre kann aufrechterhalten werden, indem das historische und harmonische Stadtbild fortwährend gepflegt wird. Neue Nutzungen und Gestaltungsaspekte sollten dennoch nicht ausgeschlossen werden, da sie bei guter Inszenierung eine unverwechselbare Atmosphäre schaffen können.

Best-Practise Historische Innenstädte

Forchheim

Mittelzentrum, 30.700 EW

Eine natürliche Aufenthaltsqualität, die durch historische Innenstädte hervorgerufen wird, lässt sich durch künstliche Gestaltungen kaum aufwiegen. Flexibilität in der Nutzung des historischen Stadtraumes durch Ausstellungen in den Rathäusern, die Inszenierung des historischen Rathauses als Adventskalender oder Freilichtkino am Rathausplatz schaffen Atmosphäre und ein positives Image.

Nördlingen, Schwaben

Mittelzentrum, 19.600 EW

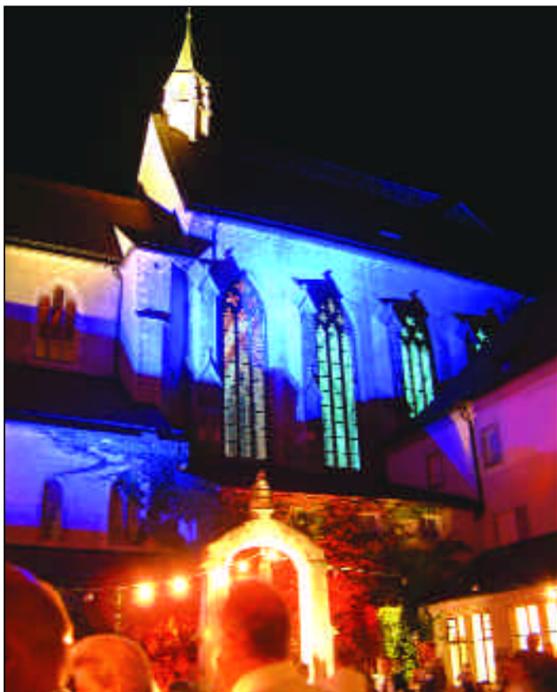
Die historische Innenstadt, welche über ein ansprechendes städtebauliches Ambiente verfügt, wird durch ihre Stadtmauer von den äußeren Stadtteilen deutlich abgegrenzt. Nur über einen kleinen Bereich in der Innenstadt erstreckt sich die Fußgängerzone, die durch Einzelhandelsgeschäfte dominiert wird. Magnetbetriebe stellen das städtische Kaufhaus und die Markthalle dar. Durch fünf Hauptzufahrtsstraßen ist das Stadtzentrum mit dem PKW sowie mit dem ÖPNV sehr gut zu erreichen. Auch einige Großparkplätze und ein Besucherleitsystem, welches neben den Parkmöglichkeiten auch auf die touristischen Attraktionen ausschildert, laden zu einem längeren Verweilen in dem Mittelzentrum ein.

Straubing, Niederbayern

Oberzentrum, 44.300 EW

Charakteristisch für die Straubinger Innenstadt sind das städtebauliche Gestaltungsniveau und die gepflegten Fassaden sowie einer der größten Stadtplätze Bayerns. Neben dem täglichen Frischmarkt hat die Stadt eine gute Mischung aus kleinteiligem Facheinzelhandel mit regionalen Filialisten zu bieten. Einladend

(Fortsetzung auf Seite 6)



In wechselndes farbiges Licht getaucht war der Innenhof der alterwürdigen Minoritenkirche beim Abendempfang der Stadt Regensburg. Die Lichttechniker von iGuzzini hatten hervorragende Arbeit geleistet. Dazu passten die atemberaubenden Darbietungen der Feuerkünstler, die die Gäste begeisterten.

Nach der Reform ...

(Fortsetzung von Seite 1)
nen bleiben. Er rief zu einer gemeinsamen Anstrengung von Freistaat und Kommunen für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit auf. Stoiber: „Staat und Kommunen müssen unser Gemeinwesen auch finanziell wieder in Ordnung bringen. Dazu gehört: Schluss mit der Verschuldung! Wir dürfen nicht auf Kosten der Zukunft leben und müssen mit dem auskommen, was wir einnehmen.“

Plus bei der Gewerbesteuer

Die langfristig angelegte Politik für Wachstum und Arbeit in Bayern zahle sich aus, betonte der Ministerpräsident. So sei es positiv, dass die Einnahmen der bayerischen Gemeinden aus der Gewerbesteuer im Vergleich zum Vorjahr um 10,5 Prozent gestiegen seien, „also deutlich mehr als im Länderdurchschnitt“. Trotz rückläufiger Steuereinnahmen des Freistaats sei beim kommunalen Finanzausgleich das Niveau gehalten und die Höhe der Leistungen nicht verändert worden. Der Freistaat habe den Großteil der Steuerausfälle bei den Kommunen durch die Steuerreform ausgeglichen. Dies habe kein anderes Land geleistet.

Der Forderung des Städtetages nach einer Verschiebung der Sparpläne erteilte Stoiber eine deutliche Absage. „Unser Ziel bleibt ein ausgeglichener Haushalt 2006“, sagte er. Schließlich sei dies schon 1998 beschlossen worden. Stoiber zufolge entwickelt die Union derzeit eine

gemeinsame Position zum Thema Gewerbesteuer. Es gehe darum den Kommunen einen vollen und gleichwertigen Ersatz zu garantieren

In einem Forum „Gemeindefinanzreform - was nun?“ diskutierten die Vorsitzende des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag, Christine Scheel und Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthaus mit Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg.



Die Finanzen der Städte waren beherrschendes Thema bei der Diskussion zwischen Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Josef Deimer.

berg, Erstem Bürgermeister Josef Niedermaier aus Bad Tölz und dem Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger die Gretchenfrage, wie es mit der Reform der Gemeindefinanzen weitergehen soll.

Laut Finanzminister Falthaus haben zumindest die Großen Städte ihre Gestaltungsmöglich-

keiten „noch nicht ausgeschöpft“. Nicht nur auf Landesebene habe das Konnexitätsprinzip zu gelten, auch auf Bundesebene müsse es realisiert werden. Falthaus plädierte für strukturelle Änderungen und mehr Solidarität zwischen den politischen Ebenen. Ein weiterer Anstieg der Verschuldung sei nicht verantwortbar, das Haushaltsproblem dürfe nicht zu einem Demokratieproblem ausufern. Würde nicht wenigstens Bayern als „harter Verfechter eines klaren Sparkurses“ auftreten, bestehe die latente Gefahr, „dass bundesweit alles zusammenbricht“, prognostizierte der Minister.

Konnextität aus grüner Sicht

Die Grünen-Politikerin Christine Scheel verwies darauf, dass sich die Fraktionen bis heute

chens zu stellen sei. Schließlich werde dieser durch die Vorgabe des Staates „gebacken“. Maly schlug vor, das magische Datum 2006 „um drei bis vier Jahre“ zu verschieben, um den Kommunen bessere Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Er sprach sich aktuell für die Senkung der Gewerbesteuerumlage, eine vernünftige Entflechtung der Mittelzuweisung auf föderaler Ebene, der strikten Einhaltung des Konnexitätsprinzips sowie einer klaren planbaren Steuerstruktur mit der kommunalen Betriebssteuer aus.

Auslegungssache

Rathauschef Josef Niedermaier empfahl schließlich, einen Blick über die Grenze nach

Österreich zu werfen, wo es heiße: „Die Härte des Gesetzes ist Auslegungssache.“ Klar sei, dass Standards abgebaut werden müssten. Wenn der finanzielle Rahmen stimme, seien er und seine Kollegen auch bereit, Aufgaben der Daseinsvorsorge wahrzunehmen.

Genehmigungsfähige Haushalte aufstellen

In einem weiteren Forum „Städte ohne Haushalt - Folgen für die Bürger“ stellten Vertreter gesellschaftlicher Gruppen wie die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Christa Prinzessin von Thurn und Taxis, der Präsident des Landessportverbandes, Günther Lommer, Mar-

tina Koberger, Präsidentin des Bayerischen Jugendrings, Bernadette Dechant, stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Elternverbandes und Karl-Heinz Eisfeld, Erster Vorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbandes, zum Teil sehr drastisch dar, wie sich die kommunale Finanzkrise auf ihre Organisationen auswirkt. Anschließend stellte sich Innenminister Dr. Günther Beckstein den Fragen der Kommunalpolitiker. An die Adresse einiger Rathauschefs gerichtet, bemerkte Beckstein, es müssten alle Anstrengungen unternommen werden, um einen Haushalt genehmigungsfähig aufzustellen. „sonst ist es ein Eiertanz“. Ein Lavieren mit Kassenkrediten hätte verheerende Folgen. **DK**

GZ-Interview mit iGuzzini-Chef Peter Abitzsch:

Treffen unter farbigem Licht

Mit einem „Wechselbad“ aus farbigem Licht überraschten die Regensburger Gastgeber die Besucher des Bayerischen Städtetags beim Festabend im Innenhof des Historischen Museums. Gesponsert war die technische Meisterleistung durch den Leuchtenhersteller iGuzzini illuminazione - auf Anregung der Bayerischen Gemeindezeitung. Nach Einbruch der Dunkelheit erstrahlten Fassaden und Baumgruppen, Brunnen, Büsche und architektonische Elemente der alterwürdigen Minoritenkirche. Wir wollten mehr über diese einmalige Aktion erfahren und sprachen mit dem langjährigen Deutschland-Chef von iGuzzini, Dipl.-Ing. Peter Abitzsch, in seiner Münchner Firmenzentrale.

GZ: Herr Abitzsch, die Beleuchtung des Innenhofes hat viele der anwesenden Gäste in Staunen versetzt. Wie sind Sie auf Regensburg gekommen?

Abitzsch: Das Sponsoring von besonderen Veranstaltungen wie diese in Regensburg ist Teil unserer weltweiten Marketing-Strategie. Wir gehen auf potentielle Kunden zu und demonstrieren, welche technischen und emotionalen Leistungen sich heutzutage mit professionellem Licht verbinden. Natürlich nicht ganz ohne Hintergrundanken.

GZ: Wenn Sie sagen „weltweit“, in wie vielen Ländern ist Ihr Unternehmen vertreten?

Abitzsch: In nahezu allen Ländern. Von A wie den Arabischen Emiraten bis Z wie Zypern. In Europa, den Vereinigten Staaten, Japan, Australien und Asien. iGuzzini ist einer der größten Leuchtenhersteller der Welt und gilt in der Branche - und ich denke zu Recht, auch wenn ich das eigentlich nicht sagen dürfte - als lichttechnisch führend und wegweisend.

GZ: Gibt es besondere Schwerpunkte, auf die Sie sich als Hersteller von Beleuchtungssystemen konzentrieren?

Abitzsch: Gibt es, ja, natürlich. Wir orientieren uns an der Architektur. Deshalb konzentrieren wir uns stark auf die Beleuchtung zumeist öffentlicher Gebäude- und Flächenkomplexe. Also alte Klöster, Paläste, Kirchen, Museen, Schlösser mit ihren besonderen architektonischen und stilistischen Ausprägungen. Dazu Parkanlagen, Wege, Gassen, Strassen, Plätze und Gärten. Dabei galt es immer,

nicht nur die funktionale Komponente zu erfüllen, sondern auch Lichtlösungen anzubieten, die besonders ausgefallene Stilelemente der jeweiligen Architektur betonen oder sogar dramatisieren. Und zwar unabhängig davon, ob es sich um Beleuchtungslösungen für den Außen- oder Innenbereich handelt.

GZ: Sie sagten, Ihr Unternehmen gilt als lichttechnisch führend. Können Sie dafür einmal einige Beispiele nennen?

Abitzsch: Kann ich. Nehmen Sie das Thema Lichtsmog, also jener Teil zumeist öffentlicher Beleuchtungsanlagen, die nach wie vor zuviel Licht in den Himmel, also dahin, wo es nicht hingehört, abgeben. Wir haben gerade auf der letzten großen Lichtmesse in Frankfurt ein neues Beleuchtungssystem für den Außenbereich, vornehmlich für Strassen und Plätze, vorgestellt, das bei ordnungsgemäßer Installation einen Lichtsmog von Null Prozent erzeugt. Oder nehmen Sie unser SIVRA-System für den Bürobereich. Ein biodynamisches Lichtsystem, das nachweislich erheblichen Einfluss auf das Wohlbefinden am Arbeitsplatz hat. Die Menschen fühlen sich einfach besser, der Krankenstand sinkt, die Leistungsfähigkeit wird gesteigert.

GZ: Licht als Instrument der Personalpolitik?

Abitzsch (lacht): Wenn Sie es so nennen wollen - ja. Richtiges Licht kann ganz entscheidend dazu beitragen, ob sie sich in ihrer Umgebung wohl fühlen oder nicht. Oder ob sie sich „empfangen“ fühlen oder nicht. Denken Sie zum Beispiel gerade in die-

sem Zusammenhang an den Lichtempfang in Regensburg. Sie haben die Wirkung ja selbst erlebt. Oder etwa an die neue Daimler-Chrysler Niederlassung in München, in der wir Licht sowohl als funktionales, soziales und in gewisser Weise auch als städtisch wirksames Element eingesetzt haben.“

GZ: Stimmt. Das beleuchtete Daimler-Chrysler-Gebäude an der Donnersberger Brücke ist schon so eine Art städtische Landmarke geworden. Licht also auch ein Instrument des Stadt-Marketings?

Abitzsch: Gewiss. Städte und Gemeinden müssen gerade heute mehr denn je unternehmen, um als Standort zum Leben und Arbeiten attraktiv zu sein. Die richtige Beleuchtung kann nicht alles liefern, aber sie kann vieles dazu beitragen. Und es gibt zunehmend mehr Städte, die dieses Instrument gezielt einsetzen. Zuverlässige, variable, wartungsarme und zugleich ästhetisch ansprechende Beleuchtungslösungen für beispielsweise Strassen und öffentliche Plätze, aber auch für Parkanlagen, Bahnhöfe, Uferpromenaden und Straßenbahnhaltestellen. Mit der Stadt Augsburg haben wir hier erst kürzlich ein sehr schönes Projekt realisiert; auch die Deutsche Bahn gehört zu unseren Kunden.

GZ: Zeichnet sich in diesem Bereich, also dem der öffentlichen Beleuchtung, eigentlich ein bestimmter Trend ab?

Abitzsch: Von einem echten Trend würde ich vielleicht noch nicht sprechen. Das wäre verfrüht. Aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass gerade der kreativen Fassadenbeleuchtung zunehmend mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Denn hier lässt sich insbesondere mit farbigem und akzentuierendem Licht ein emotionaler Mehrwert schaffen, der Empfindungen und Wahrnehmungen gegenüber städtischer Architektur sehr positiv beeinflussen kann. Bei eigentlich geringem Aufwand. **DK**

Resolution:

Bayern braucht starke Städte

Die Vollversammlung des Bayerischen Städtetags hat einstimmig eine Resolution verabschiedet. Sie fordert:

- ≠ die Gewerbesteuer nach dem Modell der kommunalen Spitzenverbände zu einer kommunalen Betriebssteuer fortzuentwickeln,
- ≠ ein Sofortprogramm aufzulegen, das den Kommunen schnell zusätzliche Einnahmen verschafft,
- ≠ das Konnexitätsprinzip auf Bundesebene einzuführen,
- ≠ die Sozial- und Jugendhilfe der Leistungsfähigkeit der Kommunen anzupassen und die Kostenaufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu zu regeln,
- ≠ das Ziel, die Netto-Neuverschuldung des Freistaats auf Null zu reduzieren, nicht auf Kosten der Kommunen zu realisieren,
- ≠ das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs deutlich zu erhöhen, in dem vor allem die kommunalen Anteile am staatlichen Steueraufkommen aufgestockt werden,
- ≠ den Kommunen, die keinen genehmigten Haushalt haben, einen größeren Spielraum bei der Kreditaufnahme und bei der Erfüllung von „freiwilligen Pflichtaufgaben“ einzuräumen.

Die Delegierten des Bayerischen Städtetags 2004 appellieren an Bund und Länder, bei der Beratung dieser Forderungen parteitaktische Überlegungen zu Gunsten der Städte und Gemeinden und ihrer Bürgerinnen und Bürger zurückzustellen. **DK**

Jahrestagung Städtebauförderung in Haßfurt:

„Stadt Wohn Kultur“ bietet einzigartige Qualität

Strukturelles Umdenken als Maxime

Mit dem Leitthema „Stadtwohnkultur“ widmete sich die diesjährige Jahrestagung Städtebauförderung der Regierung von Unterfranken der ursprünglichsten Nutzung von Bauten - dem Wohnen. Anhand konkreter Beispiele wurde in Haßfurt dargestellt, dass das Wohnen im Stadt- oder Ortskern gegenüber anderen Standorten eine einzigartige Qualität hat, die durch die enge Verflechtung mit anderen Nutzungen und durch bauliche Dichte geprägt ist. Durch vielfältige Maßnahmen können Anreize zum Verbleib im gewachsenen Ortskern oder gar zum Zuzug geschaffen werden. Unterlegt wurden diese Ziele durch verschiedene Beispiele und Erfahrungsberichte aus Unterfranken.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer zufolge hat sich die Städtebauförderung als besonders erfolgreiches Instrument zur Bewahrung der Attraktivität der Stadt- und Ortskerne sehr bewährt. Die schwieriger gewordene Haushaltslage habe dazu geführt, dass die Finanzmöglichkeiten der öffentlichen Hand in allen Bereichen zurückgenommen werden müssen: „Umso mehr müssen wir alle bemüht sein, die Mittel so gewinnbringend wie möglich einzusetzen.“

Private Maßnahmen

Dies gelinge besonders bei der Förderung privater Maßnahmen, da hier mit relativ geringem öffentlichen Aufwand und der zum größten Teil privaten Finanzierung insgesamt erhebliche Summen aktiviert würden. Die Förderung privater Maßnahmen komme in besonderem Maße örtlichen Betrieben zugute, die wiederum in der fördernden Stadt oder Gemeinde Steuern zahlten und Arbeitsplätze

erhielten, erklärte Beinhofer. Der Ausspruch eines Bürgermeisters „Ich muss immer öfters im Ortskern gratulieren“ bringe einen Teil der anstehenden Problematik kurz und bündig zum Ausdruck, fuhr Beinhofer fort. Die Ortskerne überalterten zunehmend. Dieses liege zum einen an der demographischen Entwicklung, aber auch daran, dass junge Familien in Neubaugebieten abwanderten. Städte und Gemeinden hätten durch großzügige Ausweisung von Neubaugebieten „oft selbst dazu beigetragen und tun es leider noch“.

Manchmal falle es schwer, zu begreifen, „warum ein Ort, der mit Hilfe der Städtebauförderung auf der einen Seite versucht, seinen Altort wieder attraktiv zu machen und Leerstände zu revitalisieren, gleichzeitig Neubaugebiete weit über den örtlichen Bedarf hinaus ausweist“, so Beinhofer. Bei entsprechender Nachfrage sei immer wieder zu hören, dass man ohne Ausweisung neuer Baugebiete befürchten müsse, dass

Bauwillige in die Nachbargemeinde abwanderten. Da in absehbarer Zeit nicht mit einem Bevölkerungszuwachs zu rechnen sei, entstehe so ein ruinöser Wettbewerb innerhalb und zwi-



Dr. Paul Beinhofer.

schen den Städten und Gemeinden: „Hier ist strukturelles Umdenken gefragt!“

Enge Verflechtung

Das Rezept, nur durch Verknappung von Bauland Bürgerinnen und Bürger zu zwingen, sich eine leer stehende Liegenschaft im Stadt- oder Ortskern zu kaufen, wäre freilich zu einfach, betonte der Regierungspräsident.

Vielerorts müsse nämlich im Ortskern erst die Voraussetzung geschaffen und darum geworben werden, sich im Bestand einzurichten. Gegenüber der sogenannten grünen Wiese wiesen die Stadt- und Ortskerne aufgrund enger Verflechtungen mit anderen Nutzungen eine besondere Wohnqualität auf. Die Stadt der kurzen Wege sei ein Synonym für die europäische Stadt. Der Erhalt dieser verschiedenen Nutzungen, aber auch die Lösung von Nutzungskonflikten seien zentrales Thema der Stadterneuerung.

ge Bedürfnisse angepasst werden. Hierzu zählten die Verbesserung der Belüftungs- und Belichtungsverhältnisse, der Bauphysik, Grundrissanpassungen und die Schaffung privater Freiflächen.

Identität schaffen

Beinhofer: „Umbau, aber auch Neubau im Bestand, stellen ein oftmals schwieriges Unterfangen dar. Sie können aber, bei entsprechender Vorstellungskraft und Phantasie, auch zu einer Leidenschaft werden, wie wir bei vielen Bauherren beobachten. Ein ganz intensives Interesse am Haus, am Ort, an der Stadt und dem Gemeinwesen ist oft das Ergebnis. Wer sich so intensiv einlässt und mithilft, die Rahmenbedingungen und Attraktivität der Stadt oder Gemeinde zu verbessern, schafft damit eine tiefe Identität mit dem Ort, an dem er lebt. Neubaugebiete sind austauschbar, Altorte nicht.“

Vorträge

Ein gutes halbes Dutzend Vorträge komplettierte die Tagung in Haßfurt. Cornelia Petermann aus Großostheim referierte beispielsweise über die Wohnqualität im alten Ortskern, Iphofens Erster Bürgermeister Josef Mend über Möglichkeiten zur erfolgreichen Unterstützung privater Bauherren. Johann Lechner von der Regierung von Unterfranken stellte Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wohnnutzung in Sanierungsgebieten vor, Gerhard Heuser, Freie Planungsgruppe 7, Rahmenbedingungen für private Investoren, während Anne Zeisner aus Bad Neustadt über ihre Erfahrungen bei der Modernisierung eines Wohnhauses berichtete.

Bayerischer Gemeindetag:

Reformierung der HOAI

Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) sollte nach Ansicht des Bayerischen Gemeindetags umgehend reformiert werden. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Eine Regelung, die die Honorare an die Baukosten koppelt, ist nicht länger tragbar. Den Gemeinden und Städten die Einhaltung verbindlicher Honorare vorzuschreiben, ist antiquiert und investitionsfeindlich“, so Brandl. „Andere EU-Länder kommen sehr gut ohne verbindliches Preisrecht aus. Dies führt weder zum Ruin der Architektenschaft noch zu einer Verminderung der Qualität.“ Eine neue Honorarordnung müsse den Aspekt der Kostenersparung effektiver berücksichtigen. Wenn die HOAI auf die Flächen-, Objekt- und Fachplanung sowie auf geistig-schöpferische Leistungen beschränkt wird, werde dies ihre Handhabbarkeit für die Praxis wesentlich erleichtern. Mit der Festschreibung von Obergrenzen für Honorare war ursprünglich eine Senkung der Baukosten angestrebt.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete schließlich eine Führung durch die Altstadt von Haßfurt. Die Stadt Haßfurt wurde auch deshalb als Tagungsort gewählt, weil dort seit Beginn der Stadtsanierung im Jahr 1974 mehr als 60 Einzelmaßnahmen durchgeführt wurden, wie Bürgermeister Rudi Eck betonte. **DK**

Best-Practice-Beispiel Stuttgart:

Zusammenlegung von Klinikstandorten

Sicherung des Versorgungsauftrages - Akzeptanz in der Bevölkerung

Die Landeshauptstadt Stuttgart ist Trägerin mehrerer akut stationärer Krankenhäuser der Maximalversorgung mit zur Zeit rd. 2.500 Planbetten. Die fünf Standorte mit unterschiedlichen medizinischen Schwerpunkten ergeben redundante Vorhaltekosten und innerbetriebliche Leistungen, die bei einer Zusammenfassung von Krankenhausstandorten entfallen bzw. in erheblichem Umfang reduziert werden könnten. Die Entscheidungsträger stehen vor einer strategischen Weichenstellung zur Sicherung der Gesundheitsversorgung.

Die vorliegende Zusammenfassung einer Machbarkeitsstudie zur Standortauswahl und betriebsorganisatorischen Reorganisation mehrerer Krankenhausstandorte am Beispiel der Krankenhäuser der Landeshauptstadt Stuttgart zeigt, dass mit Hilfe einer strukturierten Vorgehensweise komplexe Fragestellungen zur Zukunftssicherung von Krankenhäusern insbesondere im Hinblick auf die Qualität medizinischer Leistungserbringung bei planerischer und betriebswirtschaftlicher Optimierung beantwortet werden können.

Aufgabenstellung

Die Aufgabenstellung der Stadt Stuttgart wurde in einem umfangreichen Pflichtenheft mit der Beschreibung aller Maßstabsetzenden und zukunftsweisenden Vorgaben dokumentiert. Der Aufgabeninhalt zeichnet sich dadurch in einer einzigartigen Klarheit aus. Die wesentlichen Inhalte sind:

- Reduktion der Betriebsstellen auf zwei Standorte (Neubau und Krankenhaus in Bad Cannstatt), oder
- Konzentration auf die Standorte Bürgerhospital, Katharinenhospital und Krankenhaus in Bad Cannstatt mit unterschiedlichen Varianten der Schwer-

punktbildung (insgesamt drei Standorte).

Sicherstellung der Qualität

Damit einher geht eine nachhaltige Reduktion der Planbetten. Wesentlicher Aspekt des Anforderungsprofils an die Machbarkeitsstudie ist die Sicherstellung der Krankenversorgung und der Qualität der medizinischen Leistung für die Bevölkerung, der Wettbewerbsfähigkeit der Kliniken und der Zukunftssicherheit der Investitionen. Dabei sind Belange der Förderfähigkeit zu berücksichtigen und Aussagen zu den Betriebsfolgekosten zu treffen. In einer Bearbeitungszeit von rd. drei Monaten war somit eine qualifizierende Entscheidungsgrundlage für die Wissens- und Entscheidungsträger zu dem anstehenden Konzentrationsprozess des städtischen Klinikums zu schaffen.

Vorgehensweise und Specials

Zu Beginn des Projektes ist gemeinsam und einvernehmlich mit dem Auftraggeber die Vorgehensweise zu definieren. Gemäß dem Leistungsverzeichnis folgte diesem Schritt eine umfassende Standortuntersuchung, die sowohl die städtebaulichen und infrastrukturellen Belange, wie

z.B. die Bebauungsstruktur oder den Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr, als auch den Immobilienbestand und dessen Sanierungsbedarf umfasste. Parallel werden, ausgehend von einer vorgegebenen Soll-Planbettenzahl und spezifizierten Flächenvorgaben gem. DIN 13080 je Hauptgruppe (Untersuchung/Behandlung, Pflege, etc.) ein abstraktes Soll-Raumprogramm als Grundlage für eine idealtypische Lösung (Blue-Print) entwickelt. Dieser Blue-Print eines idealen Klinikums dient als objektiver Maßstab der folgenden Betrachtungen und wird den ausgearbeiteten Varianten in einer umfassenden Synopse gegenübergestellt.

Eigene Planungswerkzeuge

Für die einzelnen Projektteilleistungen werden gezielt unternehmenseigene Planungswerkzeuge eingesetzt, die in dem eng gesteckten Bearbeitungszeitraum die notwendige Detailtiefe und Qualität gewährleisten. Die Beurteilung des Immobilienbestandes erfolgt über ein speziell für dieses Aufgabenfeld entwickeltes Planungstool, der „Portfolio Potenzialanalyse“. Aus einer raschen, präzisen Erfassung, Bewertung und Dokumentation des komplexen Gebäudebestandes werden mit der Ermittlung und Visualisierung des entsprechenden Sanierungsbedarfes zu ergreifende Maßnahmenpakete für die Masterplanung und deren Varianten definiert. Im Zuge der Kostenermittlung für die Um- und Neubauten wird das Planungswerkzeug „Virtuelles Gebäude“ eingesetzt, ein Instrument in der Programm-Phase zur genauen und transparenten Kostenkalkulation in Anlehnung an die DIN 276. Nutzerwünsche werden durch Bildmaterial von

Referenzprojekten unterstützt und nachvollziehbar in kostenrelevante Baudaten übersetzt. Eine gezielte Steuerung der Gesamtkostenkalkulation ist somit bereits vor der Entwurfsplanung durch die verantwortlichen Wissens- und Entscheidungsträger möglich.

Optimale Realisierbarkeit

Die Untersuchung der einzelnen Varianten besteht aus einem strukturellen Bearbeitungsteil, der die Erstellung eines Grobflächenprogramms gemäß DIN 13080 und den Bettennachweis für Somatik und Psychiatrie gegliedert nach Fachabteilung und Standort umfasste.

Für diese Struktur wird die Umsetzbarkeit in die bestehende Bausubstanz untersucht und deren optimale bzw. weniger optimale Realisierbarkeit aufgezeigt. Hierzu werden auf Basis der Ergebnisse aus der Standortanalyse zu erhaltende Bestandsgebäude definiert sowie Neubauten zur Ergänzung konzipiert.

Masterplan

Die Belegung der Gebäudekomplexe ist entsprechend den im Raumprogramm ermittelten Funktionsbereichen in einem dreidimensionalen Baumassenslayout nachgewiesen. Funktionale sowie architektonische Entwurfsprinzipien, die bis hin zur Berücksichtigung der klimatischen Bedingungen eines Standortes reichen, werden im Sinne eines Masterplans formuliert und sind in Lageplänen dargestellt.

In Regelgrundrissen wird der flächen- und damit kosteneffiziente Ansatz für Neubauten nachgewiesen, dabei finden alle relevanten Vorschriften und Planungsgrundsätze Berücksichtigung, z.B. Erschließungskonzeption, Fluchtwegslängen, etc. Die betriebswirtschaftlichen Maßnahmen sind per Vollkostenrechnung dargestellt, in denen sowohl bauliche Investitionskosten sowie die laufenden und zu erwartenden Abweichungen der Betriebsfolgekosten je Variante berücksichtigt sind. Die zu erwartenden Erlöse aus Veräußerungen auf Grund von Standort-

aufösungen, sind ebenfalls in diese Darstellung eingearbeitet.

Spezialkenntnisse versus Honorarmodalitäten

Die zu erwartende Haushaltsbelastung des Krankenhausträgers wird in einem Mittelabflussplan erfasst und über den gewählten Betrachtungszeitraum bis zur vollständigen Umsetzung verfolgt. Sofern durch unterschiedliche Gutachter unterschiedliche Ergebnisse in der Bewertung der Alternativen zum Tragen kommen, ist darauf zu achten, ob diese aus der Spezialkenntnis örtlicher Rahmenbedingungen oder einer bauleistungsbezogenen Honorierung resultieren. Abweichungen von bis zu 20% können anhand durchgeführter Projekte belegt werden.

Als Basis dient eine Gesamtterminierung mit Bezug auf eine Darstellung der logistischen Abhängigkeiten, wie z.B. Interimsmaßnahmen, Umzüge, Inbetriebnahmen, Sanierungen, etc.

Abschließend werden für die entsprechenden Standorte der einzelnen Varianten das jeweils verfügbare Erweiterungspotenzial sowie die Nachnutzungskonzepte unter dem Aspekt der Immobilienökonomie erarbeitet und dargelegt.

Ergebnis und Ausblick

Aus Sicht von Krankenhausträgern führen Investitionen in die Infrastruktur zu substantiellen Haushaltsbelastungen. Die Optimierung von Krankenhäu-

standorten bildet deshalb einen wesentlichen Beitrag zu den Konsolidierungsbemühungen der Gebietskörperschaften. Bestandsbedingte Rahmenvorgaben sind wesentliche Determinanten für das erreichbare Ergebnis.

Auf der Grundlage der in Stuttgart eingesetzten Tools ist es möglich, Standorte und deren bauliche Bedingungen zu optimieren und dadurch die medizinische Versorgungsqualität zu verbessern. Dies führt gleichzeitig im Bereich der Vorhalte-, Betriebs- und Unterhaltskosten zu beachtlichen Einsparungspotenzialen.

Kosten- und Termsicherheit

Die Kosten- und Termsicherheit auf Grund einer gemeinsam fixierten Planungsgrundlage (und die damit entfallenden Änderungswünsche zum Realisierungszeitpunkt) ist anhand einer Vielzahl von Vergleichsobjekten nachweisbar. Die Vorgehensweise ist auf andere Standorte und Krankenhäuser in unterschiedlicher Trägerschaft übertragbar.

Unsere Autoren: Marcus Willauer, Dipl.-Betriebswirt, Deloitte & Touche GmbH, Rosenheimer Platz 4, 81669 München, www.deloitte.com / de Karsten Schmitt, Dipl.-Ing.(FH), Architektur, Schnell & Partner GmbH, Briefing, Konzeption, Planung, Leopoldstraße 19, D-80802 München, www.schnell-partner.com.

Trend zum Bausparen hält an

Bayerische Landesbausparkasse erzielte 2003 Rekordergebnis / Gegen Streichung der Eigenheimzulage

München. Das Wohnen in den eigenen vier Wänden ist eine der wichtigsten Säulen in der privaten Altersversorgung. Umso unverständlicher ist es für die Geschäftsführung der Bayerischen Landesbausparkasse, dass die Bundesregierung nach einem Kabinettsbeschluss die Eigenheimzulage abschaffen will. Ihr Sprecher, der seit Anfang April amtierende Franz Wirthner betonte bei der Bilanzpressekonferenz, es sei erwiesen, wer im Alter im Eigenheim statt zur Miete wohnt, spare im Schnitt 500 Euro pro Monat. Außerdem biete miet- und schuldenfreies Wohnen im Alter die beste Entlastung der öffentlichen Haushalte und Rentenkassen.

Im vergangenen Jahr hatte die Diskussion um den eventuellen Wegfall der Eigenheimzulage zu beträchtlichen Vorzieheffekten beim Bausparen geführt. Mit 352.828 Verträgen über eine Bausparsumme von 7,76 Milliarden Euro und Steigerungsraten von 66 beziehungsweise 64,3 Prozent hatte die LBS das beste Absatzjahr ihrer 75jährigen Geschichte verbucht. Der Kundenbestand erreichte den Rekordwert von 1,45 Millionen. Dabei waren rund ein Drittel der Kunden, die 2003 einen Vertrag abgeschlossen haben, jünger als 25 Jahre.

Gutes Neugeschäft

Die LBS schloss das Geschäftsjahr 2003 mit einem Zinsüberschuss von 178,5 Millionen Euro nach 187,4 Millionen im Vorjahr ab. Das leichte Minus begründete Wirthner vor allem mit dem höheren Zinsaufwand durch den gestiegenen Bauspareinlagebestand. Der Provisionsüberschuss sank als Folge des guten Neugeschäfts um 5,3 Millionen Euro auf minus 1,8 Millionen Euro. Der Verwaltungsaufwand wurde um 3,1 Prozent auf 117,1 Millionen Euro gedrückt. Das Betriebsergebnis vor Risikoversorge fiel um 41,5 Millionen Euro und liegt im mittelfristigen Zielkorridor. Es wird mit 67,4 Millionen Euro laut Wirthner voraussichtlich stabil bleiben.

Nachdem im letzten Jahr der Trend zum Bausparen „etwas

überzeichnet“ worden ist, musste die LBS in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bei der Zahl der abgeschlossenen Bausparverträge einen Rückgang von 24,8 Prozent im Vergleichszeitraum hinnehmen. Es wurden 111.679 Verträge im Wert von rund 2,8 Milliarden Euro unterzeichnet. Trotzdem befindet man sich, wie der Sprecher der Geschäftsleitung betonte, auf dem Weg zum drittbesten Neugeschäft seit Bestehen der LBS. Langfristig betrachtet liege dieses Halbjahresergebnis deutlich über dem Durchschnittswert der Jahre 1993 bis 2002 in Höhe von 2,2 Milliarden Euro.

Stabile Entwicklung

Für 2004 prognostiziert Wirthner eine stabile Ergebnisentwicklung. Zwar würden die Kapitalmarktzinsen auf niedrigem Niveau verharren, sodass die Nachfrage nach Bauspardarlehen weiter zurückhaltend bleiben werde. Andererseits erwartet er eine erneute Zunahme der Vor- und Zwischenfinanzierungsbestände. Strategische Erfolgsfaktoren der LBS seien eine starke Marke, hohe Produktivität, qualifizierte Mitarbeiter im Innen- und Außendienst sowie die enge Zusammenarbeit mit den bayerischen Sparkassen. In rund 3.000 Sparkassenfilialen werden Kunden zum Bausparen und Finanzieren mit der LBS beraten. 15.500 Sparkassenberater haben im letzten Jahr LBS-Produkte vermittelt. **E. Scholl**

Erfolgsfaktoren für ...

(Fortsetzung von Seite 3)

wirkt weiterhin die ansprechende Gestaltung der Fußgängerzone, die, was eher negativ zu bewerten ist, keine großflächige, sondern auf Teilfläche reduzierte Fußgängerzone ist. Im Vergleich zu anderen Städten ist Straubing sowohl durch PKW und ÖPNV als auch für Fahrradfahrer gut erreichbar. Auch die kundenorientierten Parkangebote steigern die Attraktivität der Fußgängerzone. **Kitzingen, Unterfranken Mittelzentrum, 21.400 EW**

Kurze Wege prägen die Kitzinger Innenstadt, was wiederum auf eine sehr gute Erreichbarkeit mit dem PKW schließen lässt. Abgerundet wird dies durch die ausreichenden Parkmöglichkeiten, die aus einem Parkhaus, einer Tiefgarage und zahlreichen Parkplätzen auf der Straße bestehen. Auch mit dem ÖPNV ist die Fußgängerzone gut zu erreichen. Historisch gesehen hebt sich Kitzingen durch seine klimatisch begünstigte Lage und daraus folgend als traditionelle Weinstadt ab. Die Attraktivität der Innenstadt wurde außerdem gesteigert durch die zeitgemäße Gestaltung - begrünte Fassaden sowie mobile Pflanzenkübel.

Ausblick

Betrachten wir die ausgemachten Veränderungen nach Einführung der Fußgängerzone, so finden hier offensichtlich Gesundheit und Körperpflege, Bekleidung sowie Buch- und Schreibwarenhandel bessere Rahmenbedingungen vor. Dass Baumarktartikel in den Fußgängerzonen nicht ihren optimalen Standort haben, ist wenig verwunderlich. Dagegen erfordert

der sehr starke Rückgang von Lebensmittelangeboten in den Stadtzentren neue Konzepte der Nahversorgung um den sehr jungen Trend des innerstädtischen Wohnens durch Schaffung neuer Nahversorgungsstrukturen auch nachhaltig zu unterstützen. Hier bietet sich die Chance vom reinen Handelsplatz zu „echter Urbanität“ mit einem bunten Mix aus Handel, Gastronomie, Dienstleistung, Wohnen, Tourismus und Kultur zurückzufinden.

Zusammenfassend bestätigt die Untersuchung die Notwendigkeit einer integrierten Betrachtung der Innenstadtattraktivität. Nur durch eine optimale Entwicklung der städtebaulichen Qualität gepaart mit den Faktoren der Erreichbarkeit, des Einzelhandelsbesatzes, der marktseitigen Rahmenbedingungen sowie den touristischen bzw. sonstigen themenzentrierten Inszenierungen und der Wohnsituation entstehen starke Innenstädte. Die Bedeutung des Handels hat sich in allen Betrachtungen immer wieder als zentraler Attraktivitätsfaktor herausgestellt, muss jedoch um weitere „Urbanitätsfaktoren“ ergänzt werden damit die Innenstadt auch in Zukunft gegenüber den neuen Kunstwelten bestehen kann.

Informationen

Die ausführlichen Ergebnisse stehen im Internet unter www.lbe.de, www.stmwivt.bayern.de oder unter www.cima.de. **Unser Autor:** Dipl.-Geograph Roland Wölfel, Geschäftsführer CIMA Stadtmarketing GmbH, Brienner Straße 45 80333 München Tel. 089-55118154 Fax. 089-5420607, Woelfel@cima.de.

Bayerischer Gemeindetag erreicht für öffentliche Aufträge:

Erleichterungen bei der Ausschreibung und Vergabe

Brandl: Ein echter Durchbruch für Bayerns Kommunen

Der Bayerische Gemeindetag hat weitreichende Verbesserungen bei der Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge durch Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte erreicht. Der Ministerrat hat auf seiner jüngsten Sitzung in München eine deutliche Anhebung der Wertgrenzen für freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen beschlossen. Damit wurde eine langjährige Forderung des Bayerischen Gemeindetags erfüllt.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Damit bekommen Bayerns Kommunen einen wesentlich größeren Handlungsspielraum. Ich sehe es als wichtigen Schritt in Richtung Bürokratieabbau und Beseitigung von unnötigen Investitionshemmnissen.“ Brandl zeigte sich auch erfreut darüber, dass Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesel kürzlich dem Gemeindetag zugesagt hat, die vergaberechtlichen Vorschriften im Zusammenhang mit der öffentlichen Ausschreibung erheblich zu vereinfachen und zu verschlanken. „Unser Endziel bleibt die völlige Freistellung der Gemeinden von der Anwendungspflicht der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen. Auf dem Weg dorthin stellt die massive Anhebung der Wertgrenzen eine echte Erleichterung für Bayerns Gemeinden dar.“

Im Rahmen der Gespräche zur Freistellung der Kommunen von der Anwendungspflicht der VOB/A mit dem Wirtschafts- und Innenministerium im Vorfeld der heutigen Kabinettsentscheidung wurde vereinbart, die Wertgrenzen für freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen wie folgt anzuhoben:

- Die Wertgrenze für freihändige Vergaben wurde von 10.000 Euro auf 30.000 Euro erhöht, also verdreifacht.
- Für die beschränkte Ausschreibung ohne weitere Begründung gelten künftig folgende Wertgrenzen:
 - 300.000 Euro brutto im Bereich Tiefbau (bisher 125.000 Euro)
 - 150.000 Euro brutto im Bereich Hochbau, also Rohbau, Erd-, Beton- und Maurerarbeiten (bisher 75.000 Euro)
 - 75.000 Euro brutto für Ausbaugewerke (Hochbau) Pflanzarbeiten, Straßenausstattung (bisher 40.000 Euro)

Das Wirtschaftsministerium sicherte zu, die entsprechenden Verwaltungsvorschriften umgehend zu überarbeiten und den Gemeinden, Märkten und Städten zur Verfügung zu stellen. **ES**



„Die Zukunft des hervorragenden Klinikums Amberg sichern“ wollen (von rechts) die CSU-Bundestagsabgeordnete Rudolf Kraus und Barbara Lanzinger, Prof. Dr. Volker Engelbrecht, Chefarzt des Instituts für diagnostische und interventionelle Radiologie, MdL Heinz Donhauser und MdB Wolfgang Zöllner.

Verpflegung für Kinderhorte, Schulen und kommunale Einrichtungen:

Gut, gesund und kostengünstig

EFM-Catering bietet Gastronomieservice für alle Ansprüche
Vom Kindergarten bis zur Ganztagschule, Betriebskantine oder großen Tagungen

München - Immer mehr Kinder und Jugendliche müssen in Bayerns Kindergärten und Schulen aller Art ganztags unterrichtet und betreut werden. Die verantwortlichen Politiker in den Kommunen stehen vor dem Problem, wer übernimmt die Verpflegung, denn die Wurstsammel vom Hausmeister, wird den künftigen Anforderungen der Eltern und vor allem einer gesunden Ernährung nicht mehr gerecht. Doch gastronomische Betriebe zu unterhalten gehört nicht zu den Aufgaben der Städte und Gemeinden. E.ON-Facility-Management (EFM) bietet hierfür, aber auch für Betriebskantinen in Rathäusern oder festliche Sonderveranstaltungen aller Art, einen kostengünstigen Komplettservice.

Kommunen und Kommunalverbände können sich des vielfältigen gastronomischen Angebots der E.ON-Facility-Management GmbH bedienen, denn nicht in allen Städten und Gemeinden gibt es gastgewerbliche Betriebe, die bereit, oder auch in der Lage sind, die Versorgung kommunaler Einrichtungen zu übernehmen. Der Komplettservice von EFM im Bereich der Gastronomie reicht von der Automatenverpflegung oder dem Unterhalt von Teeküchen über die Bewirtschaftung von Cafeterien oder Verkaufskiosken bis hin zum Betrieb von Großküchen in Kantinen oder Betriebsrestaurants. Darüber hinaus wird ein vollständiger Catering-Service für Konferenzen, Tagungen oder Veranstaltungen jeder Art geboten.

Schon neun Standorte

E.ON-Facility-Management ist in Deutschland an neun Standorten im Catering-Geschäft tätig. Rund 144 Mitarbeiter produzieren täglich etwa 5500 Essen und wickeln zudem bis zu 670 spezielle Bewirtungen ab, beispielsweise für Seminare, Besprechungen oder Feiern. Dabei zählen die Sonderveranstaltungen wie Preisverleihungen, Jubiläen, Aufsichtsratssitzungen oder Hauptversammlungen zu den Spezialgebieten des EFM Catering-Service.

Kunde Allianz-Arena

Vor kurzem hat EFM zusammen mit dem renommierten Gastronomiepartner Kuffler GmbH aus München den Auftrag für das komplette Catering im neuen Münchner Fußballstadion „Allianz-Arena“ erhalten. EFM wird in der Allianz-Arena rund ein halbes Dutzend Restaurants und Cafés, 28 Großraum-Kioske sowie 100 VIP-Lounges bewirtschaften. Das umfassende Know-how von EFM gab dabei den Ausschlag für die Auftragsvergabe.

Der Stadtrat von Pfaffenhofen an der Ilm hat sich für die Schüler einer Hauptschule, die

ganztags unterrichtet werden, für die E.ON Verpflegung entschieden. Nachdem die Kompletterversorgung der Hauptschule nicht wirtschaftlich ist, sind die Schüler täglich in der Betriebskantine der E.ON Bayern zu Gast und erhalten dort ein preisgünstiges Mittagessen nach einem speziellen Speiseplan.

Kreative Küchenmeister

Die Küchenmeister und Köche des E.ON Cateringservices sind höchst kreativ, greifen neue Trends sofort auf und bieten ihren Gästen, neben der gepflegten Standardküche auch stets neue Geschmacksrichtungen, mit asiatischem oder mediterranem Einschlag. „Wir wollen unseren Gästen immer das Beste bieten, denn manches, was gestern noch in war, würde heute auf dem Teller liegen bleiben“, stellt dazu die Leiterin Catering, Jutta Gerstl, fest.

Für die großen Sonderveranstaltungen werden, ganz nach Wunsch der Auftraggeber, spezielle Menüs zubereitet, vom kompakten Businesslunch bis hin zum meisterhaften mehrgängigen Galadinner. „Wir erfüllen alle Kundenwünsche“, betont Jutta Gerstl. Alle Gerichte werden täglich frisch gekocht, und weitgehend aus den Rohstoffen aus der jeweiligen Region zubereitet, also von örtlichen Metzger und Gemüsegebern.

Geschäftsfelder

Der gastronomische Bereich der E.ON-Facility-Management umfasst drei Geschäftsfelder:

- Großküchenservice
- Konferenz- und Veranstaltungsservice
- Dezentrale Verpflegung

Die Leistungen des Großküchenservices schließen den Betrieb von Betriebsrestaurants, die

Medizinische Versorgung gefährdet

MdB Kraus und MdB Zöllner zu Gast im Amberger Klinikum

„Die Rot-Grüne Gesundheitspolitik gefährdet 1400 Krankenhäuser“ - der CSU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Zöllner sprach im Amberger Klinikum St. Marien deutliche Worte. Auf Einladung seines Parlamentarierkollegen MdB Rudolf Kraus diskutierte er mit Vorstand, Direktorium und Chefarzten. Fazit: Die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Krankenhäuser sind verheerend.

„Das finanzielle Desaster ist vorprogrammiert“ - der Vorstand des Klinikums Wilhelm Daller konnte sich mit den Neuerungen der Gesundheitsreform nicht anfreunden. Wartelisten für Operationen seien ebenso wahrscheinlich wie die Schließung vieler Häuser, so Zöllner, gesundheitspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Das System der Fallpauschalenregelung, war man sich einig, ist grundsätzlich eine gute Überlegung. Die Umsetzung allerdings bereite den Krankenhäusern Kopfzerbre-

chen: „Die rot-grünen Reformen müssen nachgebessert werden, sonst ist Deutschland in fünf Jahren ein medizinisches Entwicklungsland“.

Massive Benachteiligung für Bayern

Das System, so MdB Kraus, lenke Geld in Bereiche, die es nicht brauchen. Ein bayerisches Krankenhaus bekomme durch den finanziellen Verschiebepunkt weniger Geld für eine Blinddarms-OP zugewiesen als ein Krankenhaus in Berlin. Kliniken, die von Kinderklinik über Neurologie bis zur Gynäkologie Fachabteilungen vorhalten, seien gegenüber kleineren Krankenhäusern massiv benachteiligt. Dazu komme noch eine sieben-

fache Steigerung der Bürokratie in den vergangenen Jahren, so der ehemalige Staatssekretär Rudolf Kraus.

Unverschämte nannten Kraus und Zöllner die Geschwindigkeit, mit der die „verworrenen und unübersichtlichen Gesundheitsplanungen“ im Bundestag nun in wenigen Wochen durchgepackt werden sollen. Die Krankenhäuser hätten keine Zeit, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen. „Unsaubere Regelungen bei Fallpauschalen“ führten dazu, dass Krankenhäuser nicht mehr planen könnten.

Die Übergangszeit zur neuen Fallpauschalenregelung müsse dringend um ein Jahr verlängert werden - „sonst könnten die Rot-Grünen Kalkulationen, 1400 von 2200 Krankenhäusern zu schließen, Wahrheit werden“, befürchtet Wolfgang Zöllner. Dem Klinikum Amberg fehlen durch die Neueregulungen schlagartig 6,4 Millionen Euro in drei Jahren: „Die Zitrone Krankenhaus ist ausgepresst“, so Vor-

stand Wilhelm Daller. Die Änderungen seien nicht mehr verkraftbar.

Strukturfehler

Man müsse die Strukturfehler der Fallpauschalenregelung beheben, bekräftigten die Professoren des Klinikdirektoriums. Leistungsstarke Krankenhäuser würden durch die Umschichtungen bestraft. Daller: „Wir wollen endlich für unsere Leistungen bezahlt werden und nicht über irgendwelche Ausgleichsgelder“. Die stationäre Versorgung in den deutschen Krankenhäusern sei gefährdet - „das ist kriminell“, so MdB Rudolf Kraus.

Die CSU-Bundestagsabgeordnete Barbara Lanzinger forderte die Abschaffung des medizinischen Dienstes der Krankenkassen. „Es muss Schluss damit sein, das die Krankenhäuser mit sinnlosen bürokratischen Anfragen der Ärzte des medizinischen Dienstes überschwemmt werden“, so MdB Lanzinger.

Beckstein zum Energieeinsparen bei Gebäuden:

Merkmal für qualitativvolles Bauen

„Der Bauherr bzw. der von ihm beauftragte Architekt oder Ingenieur ist verantwortlich dafür, dass die Energiesparverordnung eingehalten wird. Unabhängig davon wollen wir aber die privaten Bauherren überzeugen, dass Energieeinsparen bei ihren Gebäuden auch ein Qualitätsmerkmal ist. Zudem verschafft es den Eigentümern letztlich auch wirtschaftliche Vorteile“, so Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Veranstaltung „Forum energiesparendes Bauen“ der Ingenieurakademie der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau in München.

Die Bayerische Staatsbauverwaltung will für private Bauherren Anreize schaffen, damit diese mehr in energiesparende Maßnahmen investieren. Ein besonderes Einsparpotential besteht beim Verbrauch von Energie und Wasser. Informationen zum umweltverträglichen Bauen sind unter der Internetadresse www.stmi.bayern.de/service/publikationen abrufbar. Mit dem bayerischen Modernisie-

rungsprogramm werden neben der Verbesserung der Wohnverhältnisse auch Maßnahmen des Wärmeschutzes und der Heizungsmodernisierung gefördert. In den Wohnraumförderungsbestimmungen sind Vorgaben zum umweltschonenden Bauen getroffen. Grundsätzlich sollen die Gebäude langfristig einen geringen Bauunterhalt und einen sparsamen Energiebedarf sicherstellen. Im Rahmen des Ex-

perimentellen Wohnungsbau erprobt die Staatsbauverwaltung im Modellvorhaben „Ökologische Modernisierung“ unterschiedliche Konzepte zum weitergehenden energetischen Bestandsmodernisierung. Hierzu wurden seit 1998 14 Wohnanlagen mit insgesamt 650 Wohnungen beispielhaft modernisiert. Der CO₂-Ausstoß konnte bei einigen Objekten um bis zu 90 % gesenkt werden.

Regenerative Energien

Planungen staatlicher Gebäude bewertet die Staatsbauverwaltung gezielt auch unter energetischen Gesichtspunkten. Dabei untersucht und verfolgt sie insbesondere auch den Einsatz regenerativer Energien. So sind mittlerweile bei staatlichen Gebäuden rund 100 solarthermische Anlagen, 150 Photovoltaik-Anlagen und 80 Biomasseheizanlagen in Betrieb oder in Planung. Dies spart jährlich mehr als 3.000 Tonnen CO₂ ein. Hinzu kommen 16 Kraftwärmekopplungsanlagen.



Alle Sinne der Kinder werden angesprochen.

eibe minimondo:

Die Welt des Spielens entdecken

eibe minimondo ist das völlig neue Spielgeräteprogramm für Kinder vom Krabbelalter an. Alle Teile sind von der Farbgebung, den Abmessungen und den Funktionen ideal auf diese Altersklasse abgestimmt. Die eibe minimondo Geräte sind so konzipiert, dass die Kinder gefordert werden und gefahrlos damit spielen können.

Die Kleinsten sind von den vielen attraktiven Spielmöglichkeiten von eibe minimondo begeistert. Alle Podestflächen und die Oberflächen der Inselchen bestehen aus wetterfestem und rutschsicherem Hexaflor. Die Massivholzpfosten sind chromfrei kesseldruckimprägniert, kerngetrennt und mit einem Mantelschliff versehen. Zur größeren Sicherheit sind alle Kanten gerundet. Alle Metallteile sind aus Edelstahl, die Dächer aus Hochdrucklaminat (HPL) und die Sichtkuppel aus bruchsicherem PET gefertigt.

Ansprechende Formen und Farben

Durch die Kombination all dieser Materialien, durch die interessante Formensprache, die reichhaltigen Spiel- und Förder-

funktionen wie Krabbeln, Klettern, Wippen, Schaukeln, Rutschen und Gehen und durch die abwechslungsreiche Farbgebung werden alle Sinne der Kinder bei eibe minimondo stimuliert und einer Entdeckungsreise in die Welt des Spielens steht nichts mehr im Wege.

Besonderer Service

Ob an die bestehende Tennis-halle oder das Fitness-Studio ein kleiner Kinderspielplatz angefügt werden soll, um den Kunden einen besonderen Service zu bieten, oder ob für den eigenen Kinder-Indoorspielpark für die heißen Sommermonate auch adäquate Außenspielzonen hinzugefügt werden sollen - eibe unterstützt gerne bei der Planung und Lieferung der gewünschten Geräte.

Tag der offenen Tür im Krumbacher Kreislehrgarten:

Bei den Gartlern blüht die Solidarität

Eigentlich sollte der Schwerpunkt beim diesjährigen „Tag der offenen Tür im Kreislehrgarten“ in Krumbach unter dem Motto „Kräuter“ stehen. Doch die von der Bayerischen Staatsregierung beabsichtigte Herabstufung der Pflichtaufgabe Gartenkultur in der Landkreisorde zur freiwilligen Leistung, veranlasste den Kreisverband für Gartenbau und Landespflege Günzburg, dagegen eine Unterschriftenaktion zu starten.

Bei der Eröffnung wies Kreisverbandsvorsitzender Hans Joas auf die Nachteile hin, die der Bevölkerung insgesamt entstehen würden. So könnten beispielsweise solche großen Veranstaltungen, die tausende Menschen anziehen, nicht mehr durchgeführt werden. Die gesamte Anlage des Kreislehrgartens und die darin abgehaltenen Kurse wären bei diesem Vorhaben der Staatsregierung gefährdet. Was den Kreisverbandsvorsitzenden der Gartenbauvereine dabei ärgert, ist, dass die Politiker landauf und landab als Festredner die Bedeutung und Notwendigkeit der Fachberatung bei den Landratsämtern und der Gartenbauvereine im Hinblick auf die Gestaltung der Städte und Gemeinden besonders hervorheben, sich im Landtag aber dann nicht mehr alle daran erinnern wollen.

Umweltpreis 2004

Besonders auffallend war, dass Besucher, die an diesem Tag noch andere Verpflichtungen hatten, schon weit vor der offiziellen Eröffnung in den Kreislehrgarten kamen, um ihre Unterschrift gegen den geplanten Abbau der Pflichtaufgabe der Gartenfachberatung bei den Landratsämtern zu leisten. Soli-

darisch erklärten sich auch wieder die Kooperationspartner der Gartenbauvereine: Der Kreisvorsitzende der Imker erklärte die Bedeutung der Bienen für Mensch und Natur. Gerade für die zahlreichen Aktivitäten am vereinseigenen Bienenstand im Kreislehrgarten mit Schulklassen und Kindergärten, die von Mitgliedern des Krumbacher Vereines betreut wurden, erhielt der Imkerverein Krumbach den Umweltpreis 2004.

Besonderer Schutz

Stefan Böhm von der Kreisgruppe Günzburg im Bayerischen Landesbund für Vogelschutz stellte mit seiner Gruppe die Eulen und Käuze als Vertreter der Nachtvögel vor. Besonders erfreulich, dass seit 20 Jahren im Landkreis Günzburg die Schleier-Eulen einen besonderen Schutz erfahren.

Die vom „Hausener Kräutermärchen“ angebotenen Heil- und Gewürzkräuter konnten bestaunt und auch erworben werden. Dazu bot Anni Böck aus Wattenweiler im Bauerngarten laufend Führungen mit dem Motto: „Welches Kraut wofür?“ Passend zu diesem Bereich gab es von der Landwirtschaftsschule im Lehrsaal des Gebäudes Vorträge und Beispiele über

Benz Sportgeräte:

TRIGONAL-Wandsystem als Produkt-Highlight 2004

BENZ-Sportgeräte, der Innovationsführer aus dem Bereich Turn- und Sportgeräte, hat wieder eine zukunftsweisende Entwicklung umgesetzt: Das TRIGONAL-Wandsystem wurde nach jahrelanger Entwicklung und in Zusammenarbeit mit namhaften Sportwissenschaftlern während der Messe FSB 2003 (Freizeit Sportstätten Bäder) dem Fachpublikum vorgestellt.

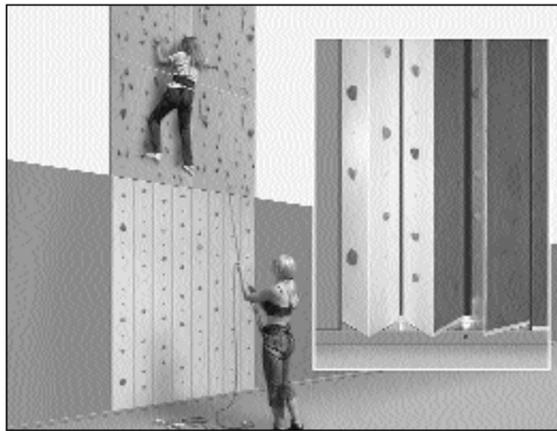
Die ungeteilt positive Resonanz ist nicht nur auf die nachfolgenden Vorteile bzw. Nutzungsmöglichkeiten, sondern auch auf den kostengünstigen Einbau des TRIGONAL-Wandsystems zurückzuführen. Das Wandsystem bietet folgende Vorteile:

- Dreifachnutzung von herkömmlichen Sporthallenwänden durch den Einbau von drehbaren TRIGONAL-Elementen
- Befestigung der Sportgeräte mittels System-Gewindebuchsen
- Minimale Einbautiefe von 35 cm
- Erfüllung aller sicherheitstechnischen Anforderungen
- kein unbefugtes Beklettern möglich (Höhe 3 Meter)
- kein Schutz mit Matten wie bei anderen Wandeinbauten nötig
- vollwertige Prallwand
- GS-Zeichen
- Verbinden von TRIGONAL-Elementen mit oberhalb angrenzenden Sportgeräten (z. B. Kletterwänden) möglich
- Einfache und sichere Handhabung
- Einbaumöglichkeit (auch nach-

träglich) in alle gängigen Sporthallenwände.

- Neben der Funktion als vollwertige Prallwand bietet das TRIGONAL-Wandsystem folgende zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten für die zweite und dritte Elementseite:
 - Vollwertige Kletterwand
 - Kletterwand mit verschiedenen Schwierigkeitsstufen (durch Drehen der Seite 2 und 3 können diese auf nahezu alle Schwierigkeitsstufen eingestellt werden)
 - Horizontale Stege für Kletterwand (Boldern)
 - Anschraubpodest für Kletterwand
 - Einhängeleiste für Turnbänke
 - Anschraubbare Basketballkörbe für Ballwurfübungen auf niedriger Höhe z. B. für Grundschul Kinder
 - Balletstangenhalter Befestigung
 - Ausklappbare Garderobe (jedes 2. Drehelement)

Weiteres Wissenswertes zum TRIGONAL-Wandsystem und den Kletterwänden unter der Hotline 07195/6905-14 bzw. unter www.benz-sport.de



Das TRIGONAL-Wandsystem bietet viele Nutzungsmöglichkeiten.

Kräuter in der Küche und deren Haltbarmachung. Auch passend zum Thema Kräuter boten die Gartenbauvereine Günzburg und Burgau selbst erarbeitete Anregungen.

Nicht zu übersehen war der Stand von Anni Eschenbach aus Kissendorf, die mit ihren Informationen über Clematis die Besucher in ihren Bann zog. Ein Anziehungspunkt für Kinder, Jugendliche und Erwachsene waren wieder die Aktionen der Jugendbeauftragten des Kreisverbandes für Gartenbau, die mit ihren Ideen nicht mehr aus dem Kreislehrgarten wegzudenken ist. Ein Großaufgebot von Helfern zeigte das Basteln und Bemalen von Gartenlampen aus Blumentöpfen und Dosen einschließlich der vorbereiteten Steckpfähle. Auch beim Bemalen konnten die Kinder sich nach Lust und Laune austoben.

Anziehungspunkt

Ein besonderer Anziehungspunkt war auch der Lehmbackofen. Dort flossen den Helfern beim Brotbacken so manche Schweißperlen. Die große Bedeutung der Zusammenarbeit der Kreisfachberatung mit der Unteren Naturschutzbehörde beim Landratsamt unterstrich die hauptamtliche Fachkraft für Naturschutz, Ottmar Frimmel. Dabei gehe es nicht nur um eine Gartengestaltung nach dem Geschmack der Gartenbesitzer, sondern auch um einen ökologischen Ausgleich. So könnten



Generationenübergreifendes Musizieren steht auf dem Programm des Familien- und Kindertages im Landkreis Günzburg. Foto: Hans Joas

1. Familien- und Kindertag im Landkreis Günzburg:

Spiel und Spaß für die ganze Familie

Die Sommerferien stehen vor der Tür und die Ferienplanung mit der ganzen Familie kann beginnen! Parallel zu vielfältigen Ferienprogrammen in den einzelnen Gemeinden des Landkreises und zahlreichen weiteren sommerlichen Veranstaltungen findet als attraktives Angebot für die ganze Familie am 28. August 2004 im gesamten Landkreis Günzburg der 1. Familien- und Kindertag statt.

Das überaus abwechslungsreiche Programm mit insgesamt 23 Veranstaltungen in 13 Gemeinden, das die Regionalmarketing Günzburg GbR gemeinsam mit dem Landratsamt Günzburg inzwischen fertig gestellt hat, reicht von einem Familien- und Jugendaustausch zwischen Günzburg und Krumbach mit Stadtführungen vor Ort über die 1. Familien-Olympiade in Ichenhausen bis hin zu „Wortsport“ für die ganze Familie im Leipheimer Zehntstadel.

Facettenreiches Programm

Generationsübergreifendes Musizieren in Burgau gehört ebenso zum Programm wie ein Skater-Tag in Offingen, eine vogelkundliche Exkursion am Oberegger Weiher oder eine Familienwanderung in Aletshausen. Neben den Gemeinden selbst haben sich zahlreiche Vereine sowie auch die Gastronomie an dem vielfältigen Veranstaltungsangebot beteiligt, das sogar einen Kochkurs für „Krumbacher Buabaspitzla“ beinhaltet. Es ist also allerhand geboten am 28. August 2004!

Regionale Vielfalt

Von Nord bis Süd und West bis Ost stehen die Zeichen am ersten Familien- und Kindertag im Landkreis Günzburg auf

Spiel, Spaß und Spannung! Eine optimale Gelegenheit also, um auch einmal eine andere Ecke der Region mit der Familie kennenzulernen, dort aktiv zu sein und vielleicht auch einen von sieben attraktiven Preisen zu gewinnen.

Großes Gewinnspiel

An allen Veranstaltungsorten können sich Familien an einem großen Gewinnspiel beteiligen. Zu gewinnen gibt es ein Familien-Hüttenwochenende in Kreuzthal im Oberallgäu, Karten für die Bavaria Kart-Bahn in Günzburg für die ganze Familie, eine Familien-Kutschfahrt bei Johanna Pfitzmaier und Rudolf Wiedemann in Jettingen-Scheppach und einen Familientag im Günzburger Hallenbad.

Attraktive Preise

Zudem gibt es an Preisen ein Essen für die ganze Familie im Gasthof Munding in Krumbach, einen Familien-Gutschein für eine „Kulinarische Reise durch Schwaben“ im Gasthof Traubenbräu in Krumbach sowie ein Familien-Essen in der Rastanlage am Burgauer See in Burgau. Das ausführliche Veranstaltungsprogramm mit Anmeldeinformationen ist ab sofort zu finden unter www.landkreis-guenzburg.de. **hj**

GZ-Interview zur bayerischen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung:

„Reformen jetzt mutig angehen“

Der Rohrleitungsbauverband (RBV), ursprünglich gegründet als technisch-wissenschaftliche Vereinigung im Rohrleitungsbau, hat sich vor dem Hintergrund der dynamischen Veränderungen in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung entschlossen, eigene Positionen und Expertisen in die aktuelle Diskussion einzubringen. Die Gemeindezeitung sprach hierzu mit dem Vorsitzenden der bayerischen RBV Landesgruppe, Dipl. Ing. Dieter Beck, Geschäftsführer der Fa. Mennicke Rohrbau GmbH in Nürnberg.

GZ: Herr Beck, warum treibt ein Branchenverband, wie der RBV, eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit?

Beck: Unsere Mitglieder sind seit Jahren, teilweise Jahrzehnten, täglich mit den Herausforderungen und Bedürfnissen der kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgung betraut und verfügen über entsprechend viel technisches und betriebliches Know-how sowie Querschnittswissen aus der Praxis in unterschiedlichen Regionen, welches sie gerne in die öffentliche Diskussion in Bayern einbringen möchten. Der durch kommunale Haushaltsprobleme und die europäische Deregulierung ausgelöste Veränderungsdruck in der Branche sollte nicht nur von Betriebswirten gestaltet werden. Kommunale Entscheider können von unserem technischen Sachverstand und den vielfältigen Praxis-Erfahrungen profitieren und der Rohrleitungsbauverband bietet sich als Partner für das Thema Qualitätssicherung und Effizienzsteigerung an.

GZ: Wodurch sind die derzeitigen Probleme in der Wasserver- und Abwasserentsorgung Ihrer Meinung nach gekennzeichnet?

Beck: Der wachsende „unterirdische“ Sanierungsbedarf erzeugt eine riesige Investitionslücke. Der bayerische Gemeindegeldtag rechnet alleine bei den Abwasserkanälen bis 2010 mit einem Investitionsbedarf von ca. 11 Milliarden Euro. Die Pflicht zu investieren liegt in Bayern bei den Kommunen. Die kommunalen Investitionen in der Abwasserentsorgung sind jedoch laut Bayerischem Bauindustrieverband in den letzten zehn Jahren um ca. 43 Prozent gesunken. Staatliche Zuschüsse sanken im gleichen Zeitraum um 44 Prozent. Die Investitionslücke steigt rapide, zugleich belasten mehr unterirdische Leitungsschäden die Umwelt und die Volkswirtschaft in Bayern. Durch die europäische Deregulierungs- und Privatisierungspolitik und den Einstieg börsennotierter Gesellschaften bei Versorgern entsteht derzeit zudem ein zusätzlicher Wettbewerbs- und Rationalisierungsdruck. Die Folgen sind massive Budgetkürzungen bei Zukunftsinvestitionen, beispielsweise eben bei dem präventiven Erhalt des Leitungsnetzes. Die fehlende Berücksichtigung einer Altersberechnung der Netze in den Bilanzen der Versorger verstärkt die Fehlsteuerung des Marktes. Die gesetzlich vorgeschriebene Substanzsicherung sollte aber sowohl bei Kommunen, wie bei eigenständigen Gesellschaften durch kontinuierliche Investition erfolgen.

GZ: Wie reagieren Ihrer Erfahrung nach die bayerischen Kommunen auf diese Herausforderungen?

Beck: Unsere Mitglieder berichten, dass sich viele bayerische Bürgermeister für gravierende Veränderungen noch gar nicht bewusst sind. Die lan-

ge Zeit herausgehobene Bedeutung der Versorgungssicherheit wird derzeit von dem Thema 'Effizienzsteigerung' abgelöst. Mit dem jetzt von der CSU-Landtagsfraktion in Überstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen Aussetzung der Fördermittel für die Erneuerung und Sanierung von Leitungsnetzen steht bei vielen bayerischen Kommunen die Finanzierung des bestehenden Leitungsnetzes ebenso auf dem Prüfstand, wie die derzeitigen organisatorischen und personellen Strukturen - insbesondere bei kleinen und mittelgroßen Land-Kommunen.

GZ: Welche Lösungsansätze gibt es aus Sicht des RBV?

Beck: Übergeordnetes Ziel ist die Sicherstellung einer langfristigen Erhaltungsstrategie der Wasser- und Abwassernetze unter kommunaler Kontrolle. Hierzu ist die Umstellung auf leistungsfähige kommunale Unternehmensstrukturen, die Umstellung auf Eigenbetrieb oder auf Kapitalgesellschaften mit der Kommune als Gesellschafter dringend notwendig. Weiterhin sollten Wasser- und Abwassernetze mittelfristig aus einer Hand gemanagt werden. Eine eigene Geschäftsführung und ein eigenständiger Haushalt gelten allgemein als Voraussetzung für eine effiziente und überprüfbare Verwaltungsstruktur. Die Zusammenschlüsse sind notwendig, um das notwendige personelle Know-how und die technische Infrastruktur vorzuhalten, aber auch marktwirtschaftlich konkurrenzfähig und damit nötigenfalls auch „liberalisierungsresistent“ zu werden. Hierbei können auch dringende benötigte private Finanzierung- und PPP-Modelle stärker zum Einsatz kommen. Wer die Auswirkung der Liberalisierung fürchtet, muss private Unternehmen mit einbinden.

GZ: Stichwort „Partnership“: Was sind aus Ihrer Sicht die Voraussetzungen für eine Verlagerung der Betriebsführung an Dritte, beispielsweise Rohrleitungsbauunternehmen?

Beck: Zunächst eine eindeutige Schnittstellendefinition der Zuständigkeiten und Haftungsfragenstellungen bei Bau, Instandhaltung und Betriebsführung der Netze. Weiterhin wären die strukturierte Übergabe von planungsrelevanten Daten, die verbesserte Berücksichtigung von angemessenen Planungszeiträumen, die Verlängerung von Vertragslaufzeiten, die enge Zusammenarbeit bei der Ausbildung sowie die verstärkte Berücksichtigung von Mindestanforderungen und einschlägige Referenzen bei der Auswahl des „Partners“ wichtige Eckpunkte.

GZ: Werden denn Mindestanforderungen Ihrer Erfahrung nach bei Ausschreibungen derzeit nicht ausreichend berücksichtigt?

Beck: Leider nein. Es herrscht vorwiegend ruinöses Preisdum-

ping bei Ausschreibungen. Immer öfter kommen Billiganbieter zum Zuge, die sich nicht an die von Branchenverbänden wie dem RBV definierten Mindestanforderungen bei Materialien und Ausführung gebunden fühlen und dadurch hohe Folgekosten verursachen. Schäden, die sich zwangsweise daraus ergeben, werden sich erst



Dipl. Ing. Dieter Beck.

mittelfristig bzw. langfristig abzeichnen und müssen dann von der künftigen Generation mitfinanziert werden. So ist beispielsweise laut einer aktuellen Langzeit-Untersuchung bzgl. Fehlerursachen bei der Sanierung von Rohrleitungen deutlich geworden, dass Leckagen und geringere Nutzungszeiten der Rohrleitungen vor allem durch mangelhafte Ausführung

Hochwasser-Gefahr in Garmisch gebannt

25 Millionen Euro für Wildbach-Zähmung

Künftig wird ein Hochwasser wie Pfingsten 1999 nicht mehr in einer Katastrophe münden, betonten Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf und Ministerpräsident Edmund Stoiber zu Beginn der umfangreichen Hochwasserschutzbauten in Garmisch-Partenkirchen. Schnappauf: „Für die notwendigen Hochwasserschutzmaßnahmen zur Zähmung der Wildbäche Kanker und Partnach hat der Freistaat tief in die Tasche gegriffen. Mit einem Investitionsvolumen von 25 Millionen Euro ist Vorsorge für ein 100-jährliches Hochwasser getroffen.“

Nach den Worten des Ministers hatten damals sintflutartige Regenfälle die Kanker im Ortsteil Partenkirchen über die Ufer treten lassen, wodurch Schäden in Millionenhöhe entstanden sind und ein Todesopfer zu beklagen war. Schnappauf: „Künftig wird ein ausgeklügeltes Mehr-Komponenten-Schutzsystem aus Rückhaltebecken, Hochwasser-Überleitung und Wildbach-Ausbau 85 Hektar dicht bebauten Ortsgebiet mit 700 Gebäuden und 5.000 Einwohnern vor einem hundertjährigen Hochwasser schützen.“ Die Gesamtbauzeit für das Projekt betrage voraussichtlich sechs bis acht Jahre, so der Minister.

Minimaler Eingriff

Das über einen europaweiten Wettbewerb erarbeitete Schutzkonzept kombiniere verschiedene technische Schutzkomponenten, so der Minister weiter. Schnappauf: „Durch das innovative Konzept wurde es möglich, den Eingriff in den Gebäudebestand und in die privaten Grundstücke so gering wie möglich zu halten. Das spart Kosten und erhöht die Akzeptanz für die Baumaßnahmen bei den Ortsansässigen.“

Nach den Worten Schnappaufs beruht das Schutzkonzept auf 4 Komponenten: Ein Rückhaltebecken beim Klinikum kann mit einem Stauraum von 220.000 Kubikmeter soll bei größeren Hochwasserabflüssen die Hochwasserspitze der Kanker dämpfen und wird deswegen im Mittel nur

an der Baustelle entstehen. Hohe Folgekosten für Kommunen entstehen laut unseren Mitgliedern oftmals auch aus Insolvenzen von Auftragnehmern, die sich mit Billigst-Angeboten zunächst durchgesetzt haben.

GZ: Skeptiker einer stärkeren „Privatisierung“ befürchten Einbußen bei den Kontrollmöglichkeiten und letztlich einen Qualitätsverlust in der öffentlichen Daseinsvorsorge ...

Beck: Verantwortung kann nie vollständig übertragen, allenfalls geteilt werden. Wie schon gesagt, die Kontrolle muss unserer Meinung nach in kommunaler Hand bleiben. Gleichwohl können viele Aufgaben der Betriebsführung effektiver und effizienter auch von Privaten ausgeführt werden. Was ist denn die Alternative? Wenn die großen börsennotierten und auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Versorgungsunternehmen beginnen, auch in der Fläche zu investieren, werden die letzten Kontrollmöglichkeiten zunehmend schwinden. Public Private Partnerships bietet derzeit die besten Möglichkeiten. Wenn man das ordentlich plant und partnerschaftlich aufsetzt, können alle profitieren - die Kommune, weil sie wieder im Rahmen ihrer gesetzlichen Vorgabe investieren kann, unsere Mitgliedunternehmen, da sie langfristig planen, einstellen und ausbilden können und die Verbraucher, da sie mit ihren Gebühren bei gleichbleibender Qualität in die Zukunftsvorsorge ihrer Kommune/Region investieren und nicht den shareholder value anonymer Investoren unterstützen.

Fachtagungen in Feuchtungen und Hirschaid:

Abwasser- und Regenwasserbehandlung im ländlichen Raum

Ökonomische und ökologische Lösungen mit Hilfe praxisorientierter Referate wurden bei zwei Fachtagungen zum Thema „Abwasser- und Regenwasserbehandlung im ländlichen Raum“ in Feuchtungen bzw. Hirschaid präsentiert. Ziel war es, den Gemeinden und Planern das erforderliche technische Wissen für ihre tägliche Arbeit zu vermitteln. Als Veranstalter fungierten die Bayerische Akademie Ländlicher Raum in Kooperation mit dem Bayerischen Industrieverband Steine und Erden e.V., Betonbauteile Bayern.

Die bayerischen Kommunen haben seit Kriegsende über 30 Mrd. Euro in ihre Abwasseranlagen investiert; der Freistaat hat sie mit Zuwendungen in Höhe von fast 8 Mrd. Euro unterstützt, erläuterte Gustl Geisenhofer vom bayerischen Umweltministerium. Im Ergebnis seien heute knapp 95 Prozent der Einwohner an kommunale Abwasseranlagen angeschlossen. Allerdings sei die Restbelastung aus den großteils ungenügenden Kleinkläranlagen, über die die verbleibenden 5 Prozent der Bevölkerung derzeit ihr Abwasser entsorgen, größer als die aus allen kommunalen Kläranlagen zusammen. Um dieses Missverhältnis abzubauen, sei es erforderlich, die verbleibenden Kleinkläranlagen auf biologische Reinigung nachzurüsten und einen ordnungsgemäßen Betrieb sicherzustellen.

Anreizinstrument

Insgesamt, so Geisenhofer, seien rund 100.000 Kleinkläranlagen nachzurüsten; der Investitionsbedarf werde auf etwa 600 Mio. Euro geschätzt. Um die betroffenen Bürger finanziell zu entlasten und als zusätzliches Anreizinstrument neben dem Ordnungsrecht werde die Nachrüstung vom Freistaat gefördert. Der Fördermittelbedarf werde sich auf voraussichtlich rund 200 Mio. Euro belaufen.

Die ordnungsgemäße Eigenkontrolle und fachgerecht durchgeführte Wartung von Kleinkläranlagen muss alle zwei Jahre durch einen Privaten Sachverständigen der Wasserwirtschaft bescheinigt werden, betonte Dr.-Ing. Helmut Resch, Ingenieurbüro Dr. Resch, Weisenburg. Dazu werden die rechtlichen und technischen Grundlagen zusammenfassend dargestellt. Exemplarisch werden die häufigsten Mängel benannt, die in der Überwachungspraxis immer wieder auffallen. Notwendig sei eine fachkundige Betriebsführung. Anlagenbetreiber sollten die Wartungsarbeiten nur dann selbst durchführen, wenn sie ein Mindestmaß an Fachkunde nachweisen können.

Kostenfrage

Was die Jahreskosten der Fäkalschlammbehandlung für den Grundstückseigentümer anbelangt, werden diese in erster Linie von der gewählten wasserwirtschaftlichen Lösung für das überörtliche dezentrale Entwässerungskonzept bestimmt, erklärte Dr. Stephan Precht, ATZ-Entwicklungszentrum, Sulzbach-Rosenberg. Liege dieses fest, hänge es davon ab, welche Systeme für die Reinigung und/oder Speicherung der dezentral zu entsorgenden Abwässer gewählt bzw. zugelassen werden. Schließlich beeinflussten die marktüblichen Transportkosten, die laufenden Kosten für Überwachung und Unterhaltung der Abwasseranlagen sowie die Kosten der Fäkalschlammbehandlung auf der öffentlichen Kläranlage die Höhe der in die Jahreskosten eingehenden Betriebskosten.

Instrumente zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit seien beispielsweise Kostenvergleichsrechnungen nach LAWA-Leitli-

nien, kostendämpfender Wettbewerb bezüglich Transport/Entsorgungsdienstleistungen, Durchführung von Regelleerungen mit straff organisierten Fahrzeugauslastungen sowie die Aufstellung eines Entsorgungsplans für die zu entsorgenden Gebiete. Zusätzlich müsse die geplante zunehmende thermisch-energetische Verwertung von Klärschlamm in Bayern berücksichtigt werden.

Optimale Technologie

Für die Abwasserbehandlung in zentralen Anlagen, aber besonders für dezentrale Anwendungen, stellt die Membrantechnologie nach den Ausführungen von Prof. Dr. Franz Bischof, Hans Huber AG (Berching), aufgrund steigender Ablaufanforderungen und der Erweiterungsmöglichkeit in bestehenden Bauwerken „eine optimal passende Technologie“ dar. Durch die kompakte und damit Platz sparende Bauweise und die Möglichkeit, das Ablaufwasser durch Bakterien- und Keimrückhalt weiter verwenden zu können, werde zudem ein Beitrag zur Kreislaufführung der lebensnotwendigen und knappen Ressource Wasser geliefert.

Der zentralen Abwasserbeseitigung würden aber im allgemeinen gegenüber der dezentralen Abwasserreinigung Vorteile in der Betriebssicherheit und der organisatorischen Einfachheit zugesprochen, erklärte Bischof. Aus diesem Grund wurden Membrantechnologien für den Einsatz in der Abwasserreinigung geschaffen, die Weiterentwicklungen hinsichtlich letztgenannter Gesichtspunkte darstellen.

Flächenversiegelung

Immer mehr Flächen werden auch im ländlichen Raum durch die Bebauung mit Dächern, Straßen, Hof- und Parkplatzflächen versiegelt. Die Niederschlagsabflüsse dieser Flächen werden laut Dr. Brigitte Helmreich vom Lehrstuhl für Wassergüte- und Abfallwirtschaft, TU München, in der Regel über die Kanalisation abgeleitet und - je nach Ableitungssystem (Trenn- oder Mischkanalisation) - in der Kläranlage gereinigt und punktuell in einen Vorfluter eingeleitet. Damit sei einerseits der natürliche Wasserkreislauf zwischen Niederschlag, Verdunstung/Versickerung und Grundwasserneubildung unterbrochen, andererseits werde bei Starkregenereignissen ein eventuell bereits Hochwasser führender Vorfluter noch zusätzlich durch große Wassermassen belastet. Zudem entstünden hohe Kosten für Kanalnetze und Kläranlagen.

Das Verschmutzungspotenzial der Regenablaufwässer im ländlichen Raum könne nicht pauschal bestimmt werden und müsse vor Ort ermittelt und abgeschätzt werden, so Brigitte Helmreich. Generell seien Neubaugebiete im ländlichen Raum unkritisch zu betrachten, jedoch sollten diese eine ideale Verkehrsanbindung besitzen, um für Bauherren attraktiv zu sein. Diese Verkehrsanbindung sollte am besten durch Autobahnnahe oder stark befahrene Bundesstraßen gegeben sein. **DK**

Diringer & Scheidel Rohrreinigung:

Kostengünstiges Verfahren zur Anwendung gebracht

Zementmörtelauskleidung in Speyer: Spezielle Form der Wasserleitungssanierung

Unter dem Dach der Diringer & Scheidel Rohrreinigung konzentrieren verschiedene Firmen ihre Kompetenz. Kennzeichen sind technische Innovationen und hochspezialisiertes Know-how. Diringer & Scheidel Rohrreinigung qualifiziert sich mit einem umfassenden Programm moderner Technologien für jeden Bedarfsfall. Aktuelles Beispiel: Der Auftrag für eine Zementmörtelauskleidung in Speyer.

2004 haben die Stadtwerke Speyer 1,9 Kilometer Zementmörtelauskleidung in den Dimensionen DN 100 bis DN 250 ausgeschrieben. Erstmals stand diese auch im Wettbewerb zu anderen unterirdischen Neuerlegungsverfahren. Die Diringer & Scheidel Rohrreinigung erhielt mit ihrem Angebot den Zuschlag. Folgende Arbeitsschritte werden hierbei angewendet: Nach der Außerbetriebnahme der jeweiligen Leitungsschnittstelle und nach einer Einrichtung einer Notversorgung werden die Reinigungs- und Auskleidungsarbeiten durchgeführt. Übliches Reinigungsverfahren in begehbaren Leitungen ist die mechanische Reinigung von Hand, bzw. mit Kratzern, Bürsten und Gummischieben.

Arbeitsschritte

Das Beschichtungsmaterial wird durch einen schnell rotierenden Schleuderkopf gegen die Rohrwand geworfen. Im Großrohrbereich ab DN 500 kann mit elektrisch angetriebenen, luftbereiten und selbstfahrenden Anschleudermaschinen ausgekleidet werden. Im Kleinhrohrbereich von DN 80 bis DN 600 kleidet man üblicherweise mit druckluftbetriebenen Motoren aus. Aus einem Mischbehälter wird der Zementmörtel über

einen Mörtelschlauch in den Schleuderkopf gepumpt. Durch radial angeordnete, im Außenbereich kammartig ausgebildete Bleche ist eine gleichmäßige Verteilung des Mörtels möglich. Durch eine konstante Zugeschwindigkeit erhält man eine gleichmäßige und optimale Schichtstärke.

Zwölf Stunden Standzeit

Innerhalb von 24 bis 26 Stunden ist der Mörtel abgebunden. Danach wird die Leitung mit Wasser gefüllt. Zum Aufbau des pH-Wertes muss eine Standzeit von zwölf Stunden eingehalten werden. Anschließend wird die Leitung gründlich gespült, auf Bakterien untersucht und wieder in Betrieb genommen.

Bestandteile

Der Zementmörtel besteht aus Zement nach DIN 1164 und Quarzsanden mit einem Größtkorn von einem Millimeter und Wasser in Qualität von Trinkwasser, in einem Mischungsverhältnis von 1:1. Betonzusatzmittel dürfen grundsätzlich nicht verwendet werden.

Während der gesamten Bauzeit ist die Wasserversorgung der Anwohner zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Wegen des geringen Umfangs tiefbautech-

nischer Arbeiten ist hier sowohl ein kostengünstiges Verfahren als auch eine anwohnerfreundliche Methode zur Sanierung von Wasserleitungen zum Einsatz gelangt.

Korrosionsschutz

Seit langem ist bekannt, dass hydraulischer Zementmörtel ein hochwertiger Korrosionsschutz für wasserberührtes Eisen ist (z.B. Stahlbeton). Aus diesem Grund sind die Hersteller von Trinkwasserleitungen aus Guss oder Stahl bereits Anfang der



Effektive ZM-Auskleidung von D&S.

70er Jahre dazu übergegangen, alle Rohre mit einer werkseitigen Zementmörtelauskleidung zu liefern. Die nachträgliche ZM-Auskleidung ist heute Stand der Technik, der anhand von Merkblättern des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (DVGW) eindeutig definiert ist. Bei den Stadtwerken Speyer konnte die Zementmörtelauskleidung im Wettbewerb zu Tiefbau und anderen unterirdischen Neuerlegungen erneut bestehen.

Qualitätskriterium

Die maximale Auskleidungslage liegt bei 150 Metern, die Gesamtstrecke beträgt etwa 2000 Meter. Ein wichtiges Qualitätskriterium ist die Abfiltration von Öl und Kondensat aus der vom Kompressor erzeugten Pressluft für den Antrieb der Schleudermotoren. Durch zusätzlich eingebaute Ölfilter und Lufttrockner können die von Diringer & Scheidel verwendeten Kompressoren diese Anforderung auf hervorragende Weise erfüllen.

Rohrproben aus Leitungen, die bereits in den 80er Jahren saniert wurden, zeigten keine Beeinträchtigung der ZM-Beschichtung, wie beispielsweise durch Absanden. Es ist davon auszugehen, dass die mit Ze-

mentmörtel ausgekleidete Leitung einer Neuleitung gleichzusetzen ist und die Nutzungsdauer weitere Jahrzehnte beträgt.

Problem besonderer Art

Mit einem Problem besonderer Art kämpft Bayern in seinen Bodenseeuferabschnitten: Durch die vorherrschenden Westwinde werden große Mengen Treibholz an das bayerische Ufer gespült. Mehr als 10.000 Kubikmeter müssen jährlich aus dem See gefischt werden, dabei fallen Unterhaltungskosten von 300.000 Euro an. Seit dem vergangenen Jahr wird den Mitarbeitern des Kemptener Wasserwirtschaftsamtes an der Seemeisterstelle Lindau diese Arbeit wesentlich erleichtert. Das neue Räumboot mit einer

mentmörtel ausgekleidete Leitung einer Neuleitung gleichzusetzen ist und die Nutzungsdauer weitere Jahrzehnte beträgt.

Anwendung in den 80ern

Bereits in den 80er Jahren wurde die ZM-Auskleidung angewandt. Diese wirkt gegen Wassertrübungen, beugt gegen Inkrustationen und daraus resultierende Querschnittsverengungen vor. Zudem schützt sie vor Leitungsverstopfung im Hausanschlussbereich wegen abgelöster Inkrustationsprodukte. In der Praxis wurde auch ein statistisch ermittelter Rückgang der Rohrbruchhäufigkeit festgestellt. Eine quantitative Aussage über Wasserverlustreduzierungen ist nicht möglich; da aber Löcher bis 30 Millimeter bei Versuchen druckfest überbrückt werden konnten, werden Wasserverluste mit der ZM-Sanierung sicher reduziert.

Spezielles Gerät

Zunächst gelingt es, die Altrohrstrecke von Inkrustationen zu reinigen. Bei Graugussrohren sind die querschnittsverengenden Ablagerungen selbst dann relativ leicht zu lösen, wenn sie eine hohe Mächtigkeit aufweisen. Das Abfordern des gelösten Materials aus der Rohrstrecke erfordert jedoch ein spezielles Reinigungsgerät.

Nacharbeiten mit Stahlbürste

Haben sich spongiöse Korrosions-Nester gebildet, muss mit einer Stahlbürste nachgearbeitet werden, um diese bestmöglich zu reinigen. Bei Stahlrohren hingegen sind die Korrosionsprodukte oft schwer zu lösen und zu entfernen. Ihre Bindung an die Rohrwandung ist oft sehr fest, die Konsistenz äußerst hart. Hier sind entsprechende verstärkte Stahlkratzer mit hoher Vorspannung der Einzelfeder einzusetzen. Teilweise sind bei Kleinhrohren Zugkräfte bis zu sechs Tonnen aufzuwenden.

Konstante Geschwindigkeit

Um eine gleichmäßige Beschichtung der Rohrwandung mit Zementmörtel erzielen zu können, ist eine konstante Geschwindigkeit des Schleudergeschwindigkeits im Rohr erforderlich. Die Leistung der Mörtelpumpe ist so abzustimmen, dass sie der maximalen Mörtelabnahme am Schleuderkopf entspricht. Daher gibt es keine Universal-Mörtelpumpe, sondern ein auf die jeweilige Nennweite des Rohres abgestimmtes Gerät. Die optimale Schichtstärke liegt in diesem Fall bei fünf bis sechs Millimetern. **JB**

Ladefähigkeit von acht Tonnen Treibholz kann in den empfindlichen Flachwasserabschnitten besonders schonend arbeiten.

Verabschiedetes Programm

Das neue Aktionsprogramm Bodensee 2004-2009 wurde im Mai von den Mitgliedern auf der 50. Tagung der IGKB verabschiedet. Die IGKB wurde 1959 gegründet und ist weltweit eine der ersten internationalen Gewässerschutzkommissionen. Ihr gehören die Schweiz, Österreich und auf deutscher Seite Baden-Württemberg und der Freistaat Bayern an. Bayern wird im nächsten Jahr turnusmäßig die Kommissionsleitung und Geschäftsführung bis 2007 übernehmen. Weitere Infos zum „Aktionsprogramm Bodensee 2004 bis 2009“ unter <http://www.igkb.de>

Prävention im Miteinander

Hochwasserschutz-Symposium in Traunstein

Damit knapp zwei Jahre nach der verheerenden August-Flut das Sprichwort „Aus den Augen, aus dem Sinn“ keine verhängnisvolle Gültigkeit erlangen kann, trafen in Traunstein Bürgermeister sowie Kreis- und Gemeinderäte zu einem Hochwasser-Symposium zusammen. Unter der Leitung von Landrat Hermann Steinmaßl und dem Leiter des Wasserwirtschaftsamts Traunstein, Günter Hopf, nutzten sie die Gelegenheit, von Expertenseite Interessantes über Klimaentwicklung und Hochwasserschutz zu erfahren.

Landrat Hermann Steinmaßl verwies eingangs auf die Solidarität der Bevölkerung und die Leistungen der Hilfsorganisationen beim August-Hochwasser 2002. Die Katastrophe habe aber auch gezeigt, dass noch viel Handlungsbedarf beim Hochwasserschutz bestehe. Um auf ein möglicherweise noch größeres Hochwasser vorbereitet zu sein, müssten weitere Vorsorgemaßnahmen getroffen werden. Steinmaßl: „Große Hochwasser mit Sicherheit zu verhindern ist unmöglich. Unser Ziel muss es sein, die Schäden zu begrenzen.“ Nur im Miteinander von Politik, Behörden, Fachstellen sowie Bürgerinnen und Bürgern könne diese Aufgabe bewältigt werden.

Günter Hopf ließ die Hochwasser-Ereignisse seit 1998 Revue passieren. Damals habe sich in Maria Gern bei Berchtesgaden nach einem starken Regen innerhalb von nur 45 Minuten ein Jahrhundert-Hochwasser gebildet. 1999 hatte Bayern mit dem Pfingsthochwasser zu kämpfen, 2002 traf es den Landkreis Traunstein mit voller Wucht. Gemäß der „Hochwasserschutz-Strategie in Bayern“ setze auch das Wasserwirtschaftsamt Traunstein auf drei Säulen: natürlicher Rückhalt, technischer Hochwasserschutz und weitergehende Hochwasservorsorge.

Wirtschaftsfaktor

Seit 1994 seien die staatlichen Investitionen allein für Gewässer erster Ordnung im Amtsbereich seiner Behörde, der die Landkreise Traunstein, Altötting und Berchtesgadener Land umfasst, von 200.000 Euro auf fünf Millionen Euro pro Jahr gestiegen. In den nächsten 30 Jahren seien für 200 Neubaugebiete 300 Millionen Euro und für den Gewässerunterhalt weitere 230 Millionen Euro notwendig. Hopf: „Diese Maßnahmen sind auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Zum einen helfen sie dem Bausektor, zum anderen dienen sie der Risikominimierung für das Gewerbe.“ Mit Blick auf die Verwaltungsreform warnte Hopf vor einer Privatisierung des Hochwasserschutzes. Das Wasserwirtschaftsamt Traunstein rekrutiere sich aus einem erfahrenen, eingespielten Team, das nicht zerschlagen werden dürfe.

Akzeptanzprobleme

Auf Akzeptanzprobleme des Hochwasserschutzes in der Bevölkerung spielten der Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Ramsauer sowie der Stimmkreisabgeordnete und Landtagspräsident Alois Glück an. Ober- und Unterliegergemeinden hätten zum Beispiel völlig verschiedene Interessen, so Ramsauer. „Die einen wollen es schnell weg bekommen, die anderen möchten es möglichst wohl dosiert.“ In dieser Hinsicht sei viel Vermittlungsarbeit notwendig, um Einigkeit herzustellen. Glück fasste das Problem in der Frage zusammen: „Wie schaffen wir es, das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Maßnahmen aufrecht zu erhalten, wenn

mal ein paar Jahre nichts passiert?“ Besonders bei den Landwirten tauche die Frage nach der Verhältnismäßigkeit auf, wenn einerseits ihre Grundstücke von Schutzmaßnahmen betroffen seien, andererseits aber Baugebiete in Hochwassergebieten ausgewiesen würden. In erster Linie gelte es deshalb, Einvernehmen mit den Bauern herzustellen und das Verständnis für naturräumliche Zusammenhänge zu stärken.

Tittmonings Bürgermeister Dietmar Cremer, Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, forderte eine bessere Finanzierung des Hochwasserschutzes bei gleichzeitig engerer Einbindung der Gemeinden durch den Staat: „Wenn die Kommunen an ihrer Existenz knabbern, wird es schwierig, den Hochwasserschutz umzusetzen.“

Sensibles Gebiet

Für Nachdenklichkeit im Auditorium sorgte das Referat von Dr. Gerhard Berz von der Münchener Rückversicherungsgesellschaft zum Thema „Naturkatastrophen und Klimaänderung“. Die Erfahrungen der Vergangenheit seien für die Zukunft nicht mehr gültig. Berz zufolge „denken wir zu kurzfristig, so dass wir von den Entwicklungen immer wieder überrascht werden“. Seit über 30 Jahren beobachte sein Unternehmen weltweit Naturkatastrophen wie keine andere Organisation. Von 14.000 Schadensereignissen rührten 84 Prozent aus Wetterkatastrophen, auf die der Mensch heute mehr denn je Einfluss habe. Der Häufigkeitsanstieg von Naturkatastrophen sei „dramatisch“. Besonders der Alpenraum sei ein sensibles Gebiet. Die Hauptsache machte Berz in der Entstehung eines „völlig neuen Weltklimas“ durch übermäßige zivilisatorisch bedingte CO₂-Emissionen aus.

Fachreferate

Weitere Fachreferate zu den Themen Wasserrückhalt in der Fläche, Hochwasservorsorge und Technischer Hochwasserschutz lieferten detaillierte Informationen. Mario Franke und Georg Hermannsdorfer vom Wasserwirtschaftsamt Traunstein stellten mit anschaulichen Beispielen die Leistungen ihrer Behörde vor und betonten dabei besonders die Aspekte der kostenlosen Beratung und der staatlichen Förderung. Eike Steinmetz von der Münchener Direktion für Ländliche Entwicklung schilderte die positiven Folgen der Flurbereinigung für den Hochwasserschutz. Dr. Reinhard Mößner von der Bayerischen Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft erläuterte die hohe Bedeutung eines gesunden Bergmischwaldes für Hemmung des Oberflächenabflusses. Kreisbaumeister Bernhard Greimel wies darauf hin, dass nach einem Gerichtsurteil bei der Erstellung neuer Flächennutzungspläne Bauland-Ausweisungen in festgesetzten Überschwemmungsgebieten nicht mehr genehmigungsfähig seien. **DK**

Auf zu neuen Seeufern

Internationales Aktionsprogramm für den Bodensee setzt neue Schwerpunkte / Uferzonen besonders gefährdet

Während sich die Wasserqualität am Bodensee weiter verbessert hat, rücken nun die Uferzonen ins Visier. Deren oft mangelhaften Zustand wollen die Anrainerstaaten mit ihren Ländern und Kantonen jetzt gemeinsam und gezielt verbessern. Die Verbesserung der ökologisch besonders empfindlichen Ufer- und Flachwasserbereiche ist deshalb der Schwerpunkt eines neuen Bodensee-Aktionsprogramms der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB). Der Freistaat, zu dem 18 Kilometer Seeufer am drittgrößten See Mitteleuropas gehören, wird sich daran aktiv beteiligen.

Mit dem auf sechs Jahre ausgelegten Programm werden die Uferabschnitte am gesamten See detailliert erfasst, einheitlich bewertet und Verbesserungsvorschläge entwickelt. Derzeit sind 47 Prozent des gesamten Bodenseeufer mit Ufermauern hart verbaut oder erheblich verändert und nur ein Drittel hat noch einen natürlichen Charakter, wie am vergangenen Mittwoch bei der Vorstellung des Aktionsprogramms in Lindau verlautete. „Uferzonen sind zugleich von der Land- und Wasserseite beeinflusst und deshalb besonders gefährdet“, sagte Albert Göttle, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft (LfW).

Flachwasserzone

Die Flachwasserzone macht am Bodensee mehr als ein Zehntel der gesamten Fläche des Sees aus, der bayerische Anteil beträgt rund fünf Quadratkilometer. In der Flachwasserzone sind Land, Wasser und Seeboden besonders eng miteinander vernetzt. Sie beherbergt die vielfältigsten, aber auch empfindlichsten Le-

bensgemeinschaften und ist wichtige Kinderstube vieler Tiere und Pflanzen. Freizeit und Erholung beeinträchtigen diese Wasserzone jedoch sehr stark. Hierzu tragen vor allem die 179 Hafenanlagen und 125 Steganlagen bei, sowie zahlreiche Strandbäder und Campingplätze entlang des Sees.

Nutzungsdruck

Sorge bereitet den Fachleuten der IGKB zudem der Nutzungsdruck auf die Seeufer von der Wasserseite her. Von den 57.000 auf dem See zugelassenen Booten haben etwa die Hälfte einen Wasserliegeplatz und beanspruchen dadurch stark die Wasserfläche. In der Diskussion sind auch die Bojenfelder der Vegetation im Flachwasserbereich schädigen können. Nachdem die Schilfbestände am Bodensee in den letzten Jahrzehnten um fast 50 Prozent zurückgegangen waren, hatte der Freistaat im bayerischen Uferabschnitt von Reutin ein groß angelegtes Renaturierungsprojekt durchgeführt und ein sieben Hektar großes Schilfgebiet erfolgreich „aufgepöppelt“. Der Er-

LVBW-Generalversammlung in Regensburg:

Chancengleichheit für die Wasserkraft!

„Trotz des regenarmen Sommers trug die Wasserkraft im vergangenen Jahr rund 16 Prozent zur Deckung des bayerischen Strombedarfs bei. Zum Vergleich: Wind und Sonne schafften gemeinsam weniger als zwei Prozent“, betonte LVBW-Vorstandsvorsitzender Erich Krauß bei der 55. ordentlichen Generalversammlung des Landesverbandes der Bayerischen Wasserkraftwerke in Regensburg.

Wasserkraft, so Krauß, sei der bedeutendste erneuerbare Energieträger Bayerns und führe in der Öffentlichkeit dennoch ein Schattendasein. Wasserkraft benötige auch Werbung. Sie verbinde in hervorragender Weise das Nachhaltigkeitsideal einer Klima schonenden Kreislaufwirtschaft. Keinen Zweifel ließ Krauß daran, dass das Wasserkraftpotenzial des Freistaats weitgehend erschlossen sei. Lediglich eine Erhöhung um rund 10 Prozent ist nach Untersuchungen des bayerischen Umweltministeriums noch möglich. Krauß forderte „Chancengleichheit für die Wasserkraft“.

die gegenüber anderen regenerativen Energien immer noch benachteiligt werde. Ein weiteres Thema, das ihm am Herzen liege, sei die friedliche Koexistenz zwischen Wasserkraftnutzung und Fischerei. Der Vorstandsvorsitzende rief dazu auf, aufeinander zuzugehen und die bisherigen Anfeindungen zu beenden.

Säule der Energieversorgung

Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner bezeichnete die Wasserkraft als „Säule bayerischer Energieversorgung“. Den Kraftwerksbetreibern werde das

bayerische Wirtschaftsministerium weiterhin ein verlässlicher Partner sein. Kritik übte Spitzner an der Novellierung des sogenannten Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG). Über dieses Gesetz erfolgt maßgeblich auch die Förderung der Wasserkraft. Spitzner kritisierte vor allem die kostenintensive Unterstützung neuer Windkraftanlagen: „Das ist eine Fehlleitung von Ressourcen, da Klimaschutz anderweitig viel günstiger zu haben ist“, erklärte der Staatssekretär. Das geplante Gesetz berge die Gefahr einer Dauersubventionierung der Windkraft. Die bayerische Position zur Novelle laute daher: Befristung bis 2007 und Erarbeitung einer grundlegenden Neuregelung nach dem Leitmotiv „Sowohl-als-auch“ statt „Entweder-oder“. Ziel müsse ein „ausgewogener Energiemix“ sein.

Kaum neue Impulse

Wenn das Gesetz in Kraft tritt, profitieren laut Spitzner kleine Anlagen - unter bestimmten Voraussetzungen -, da sie zwei Cent mehr je Kilowattstunde Strom erhalten. Große Kraftwerke erhielten kaum neue Impulse. „Wir müssen auch darauf achten, dass überzogene Anforderungen des Umwelt- und Naturschutzes der Wasserkraft

verwertung, mit dem die Bevölkerung von Entwicklungs- und Schwellenländern in weitgehender Eigenleistung die Maßnahmen selber planen, bauen und betreiben kann. Am Beispiel eines Gebietes in einer ariden Klimazone mit nährstoff- und humusarmen landwirtschaftlichen Nutzflächen sollte das gesuchte Konzept dargestellt werden.

Vier Auszeichnungen

Die renommierte Fachjury wählte vier Arbeiten aus vielen erfolversprechenden Beiträgen von Studierenden deutscher Hoch- und Fachhochschulen aus. Den ersten, mit 4.000 Euro dotierten Platz, belegte Thoralf Schlüter von der Technischen Universität Hamburg-Harburg, TUHH. Platz zwei ging mit 3.000 Euro an Nathasith Chiara-wachi der selben Hochschule. Aufgrund der gleichwertigen Arbeiten wurde der dritte Preis - dotiert mit 2.000 Euro - zweimal vergeben: An eine Gruppe der FH Amberg-Weiden und eine Gruppe der FH Potsdam. **DK**

nicht das Wasser abgraben“, so der Politiker weiter.

Ehe Dipl.-Ing. Manfred Michelberger, der eine Turbinenschleiferei in Augsburg betreibt, die Herstellung von einteilig gegossenen Wasserturbinenlaufrädern präsentierte, referierte ZDF-Meteorologe Dieter Walch über die Klimaveränderungen und deren Folgen.

Veränderte Klimazonen

Walch führte an, dass seit Beginn der Industrialisierung die Temperatur im globalen Mittel bereits um etwa 0,7 Grad zugenommen hat. Die Erwärmung schreite immer mehr voran. Modellrechnungen belegten, dass bis ins Jahr 2100 die Temperatur noch einmal um etwa 3,5 Grad Celsius ansteigen wird. Dies werde umfassende Veränderungen der Klimazonen mit sich bringen.

Auswirkungen

Konkret handle es sich dabei um mehr Regen in den Tropen, Verschiebung der trockenen Gebiete in den Subtropen um einige hundert Kilometer nach Norden, Zunahme heftiger Unwetter, hierzulande feuchtere Winter und trockenere Sommer (ähnlich wie am Mittelmeer), höhere Schneemengen in den Alpen (weil die ergiebigsten Schneefälle knapp unter null Grad fallen), häufigere Überschwemmungen vor allem im Frühling, Abschmelzen der Inlandgletscher, Ansteigen des Meeresspiegels, Veränderungsstress für Pflanzen und Tierwelt sowie höhere Anfälligkeit für Krankheiten und Seuchen.

Walch zufolge „werden wir in diesem Jahrhundert völlig neue Krankheiten erleben und zudem mit Krankheiten konfrontiert werden, die wir für ausgestorben gehalten haben“. Hierzu zählten u.a. Pest und Cholera. **DK**

Bayerischer Gemeindetag:

Gegen Einführung einer Wassersteuer

Der Bayerische Gemeindetag lehnt eine Wassersteuer ab. „Die Erhebung einer Steuer für die Entnahme des Allgemeinguts Wasser für private Zwecke würde das Wasser zu einem Wirtschaftsgut machen. Wasser muss aber prinzipiell allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Wir wollen nicht, dass sich Unternehmen aufgrund ihrer Wirtschaftskraft entsprechende „Wasserrechte“ sichern“, sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags. „Der Schutz des Wassers ist in Bayern durch Schutzgebiete sowie Auflagen in den Erlaubnis- und Bewilligungsbescheiden sichergestellt. Das genügt vollkommen. Neue Abgaben sind den Bürgern nicht mehr zumutbar.“

Kein Profit für Gemeinden

Brandl wies auch darauf hin, dass die Gemeinden und Wasserversorgungszweckverbände als Träger der öffentlichen Wasserversorgung nicht vom Aufkommen aus einer Wassersteuer profitieren würden. Es sei auch irreführend, in diesem Zusammenhang von einem ‚Wasserentnahmeentgelt‘ zu sprechen.

Wasserentnahmeentgelt

Derzeit wird wieder aktuell über die Einführung eines ‚Wasserentnahmeentgelts‘ gesprochen. Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof hatte vor einigen Jahren die Einführung eines ‚Wasserentnahmeentgelts‘ empfohlen. Das Thema wird auch auf der Ebene der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser diskutiert. **DK**

§ GZ Aktuelle Rechtsprechung § Überschwemmung des Grundstücks durch Starkregen

Wenn ein Bachlauf verrohrt worden ist, dient er der gemeindlichen Kanalisation als Vorfluter, so dass die Gemeinde generell schadensersatzpflichtig ist, wenn aus diesem Entwässerungssystem Wassermassen austreten und Grundstücke überfluten. Ist für die Überschwemmung aber ein Starkregen ursächlich, taucht die Frage auf, ob sich die Gemeinde auf höhere Gewalt berufen kann. Dazu gibt es in der Rechtsprechung ganz unterschiedliche Äußerungen.

Nunmehr hat sich der Bundesgerichtshof im Urteil vom 22.4.2004 -111 ZR 108/03 - zu dem Thema geäußert. Danach ist bei einem ganz ungewöhnlichen und seltenen Regenereignis (Katastrophenregen), wie es bei einer Wiederkehrzeit von mehr als 100 Jahren vorliegt, der Einwand höherer Gewalt zulässig.

Gefährdungshaftung

Die gesetzliche Gefährdungshaftung für gefährliche Anlagen beruht nämlich auf dem Gedanken, dass derjenige, der zur Förderung seiner Zwecke erlaubtermaßen Gefahren schafft, denen sich andere nicht in zumutbarer Weise entziehen können auch ohne Verschuldensnachweis für die Schäden aufkommen soll, die bei dem gefahrenträchtigen Betrieb - auch bei Einhaltung aller Sorgfalt - entstehen.

Schaden durch höhere Gewalt

Ausnahmen sieht das Gesetz insbesondere dann vor, wenn der Schaden durch höhere Gewalt verursacht worden ist. Darunter versteht die Rechtsprechung ein betriebsfremdes, von außen durch elementare Naturkräfte oder durch Handlungen dritter Personen herbeigeführtes Ereignis, das nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbar ist, mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln auch durch äußerste, nach der Sachlage vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht verhütet oder unschädlich gemacht werden kann. Nach diesen Maßstäben ist die Überlastung einer Abwasserkanalisation durch einen Katastrophenregen nicht mehr den Risiken der Anlage zuzurechnen.

Es geht in solchen Fällen letztlich um ganz außergewöhnliche, katastrophentypische Wirkungen elementarer Naturkräfte, auf die die Gemeinde wegen deren Seltenheit ihr Kanalsystem wirtschaftlich zumutbar nicht einrichten kann und muss.

Von der Gemeinde darf zwar im allgemeinen erwartet werden, dass die von ihr betriebene Abwasserkanalisation das aufgenommene Wasser schadlos ableitet. Gleichwohl findet die Gefährdungshaftung für Rohrleitungsanlagen ihre Grenze in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kommunen und dem von ihnen vernünftigerweise zu erwartenden Aufwand bei der Auslegung ihres Kanalsystems.

Wo ist die Grenzlinie zu ziehen?

Wo genau die Grenzlinie zu ziehen ist, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab und entzieht sich einer einheitlichen rechtlichen Beurteilung. Wenn es im konkreten Fall aber um die Frage geht, ob die gemeindliche Abwasseranlage Niederschlagsmengen zu bewältigen hat, die seltener als alle 100 Jahre zu erwarten ist, ist diese Grenze überschritten.

Demgegenüber kann sich der Geschädigte nicht darauf berufen, die Anlage wäre nicht ausreichend dimensioniert gewesen und hätte nicht den anerkannten Regeln der Technik entsprochen. Darauf kommt es nämlich bei katastrophentypischen Regennmengen nicht an.

Auch liegt dann wegen des fehlenden Ursachen-Zusammenhangs zwischen irgendwelchen Pflichtverletzungen und dem Schaden keine zum Schadensersatz verpflichtende Amtspflichtverletzung vor. **Dr. -tt**

Regierung von Unterfranken:

„Projekt Wasser“ für unterfränkische Schulen

Wasser ist keine trockene Sache - auch nicht im Schulterricht! Mit dieser Devise hat die Aktion Grundwasserschutz der Regierung von Unterfranken bereits seit 2002 Aktionen und Maßnahmen für und mit unterfränkischen Schulen, insbesondere Grundschulen, gestartet. Neu fertig gestellt sind nunmehr die Unterrichtsmaterialien „Projekt Wasser“ für unterfränkische Grundschulen, die Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer in Würzburg vorstellte.

Ganz nebenbei drückte Beinhofer nochmals die Schulbank. Trocken wurde der Unterricht freilich nicht. Denn zum „Projekt Wasser“ beschäftigten sich Kinder der UNESCO-Grundschule Heuchelhof auf der Basis der Unterrichtsmaterialien mit einzelnen Unterrichtsblättern.

Besonderheiten der Region im Vordergrund

Die rund 100-seitige Handreichung ist für den fächerübergreifenden, projektorientierten Unterricht im dritten und vierten Schuljahr konzipiert. Sie enthält Lerneinheiten wie Wasserversorgung, Grundwasserschutz oder Wasserkreislauf. Immer stehen dabei die Besonderheiten Unterfrankens im Vordergrund. Die Materialien bestehen aus Folien, Arbeitsblättern, Spielideen, einem Wandposter, Informationsteilen für Lehrer und vielen Literaturhinweisen. Kinderillustrationen tragen zum Lernspaß bei.

Das Team der Aktion Grundwasserschutz hat die Handreichung „Projekt Wasser“ gemeinsam mit einem Arbeitskreis aus Grundschullehrerinnen erarbeitet. Grundlage war ein Schulforschungswettbewerb zum Thema „Trinkwasser - Lebensmittel Nr.1“ im Jahr 2002, an dem sich 27 Schulklassen beteiligten. Die Handreichung wird im Herbst an sämtliche unterfränkischen Grundschulen verteilt. **DK**

Neue Technologien für den Wasserkreislauf

Internationales Symposium der Hans Huber AG, Berching

Seit langem zeigt sich, dass neue Konzepte und Technologien notwendig sind, damit sauberes Trinkwasser und hygienisch einwandfreie Abwasserreinigung weltweit gewährleistet werden können. Ziel dieser neuen Ansätze ist es, die Technologien in Zukunft auf die Knappheit des Wassers auszurichten und neue Technologien für den Wasserkreislauf zu entwickeln.

Diese neuen Technologien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, war Ziel eines Symposiums in Berching, das die Hans Huber AG mit renommierten Spezialisten der Abwasserreinigung durchführte. Technologien, die an die Möglichkeiten und Notwendigkeiten verschiedener Märkte und an verschiedene Aufgabenstellungen angepasst sind, um das Thema Wasser und Abwasser unter einem ganzheitlichen und nachhaltigen Aspekt zu betrachten.

Konzept einer Teilstrombehandlung

Die renommierten, internationalen Referenten, die für das zweisprachig in deutsch und englisch abgehaltene Symposium gewonnen werden konnten, berichteten in interessanten Vorträgen über Techniken, Möglichkeiten und Erfahrungen zu neuen Technologien der Abwasserbehandlung und Wiederverwertung. So nutzten auch mehr als 400 Gäste aus dem In- und Ausland die Möglichkeit, sich

über dieses zukunftsreiche Thema zu informieren und sich bei regen Diskussionen und Gesprächen auszutauschen. Des Weiteren bot die Hans Huber AG die Möglichkeit, das in ihrem neu errichteten Verwaltungsgebäude realisierte Konzept einer vollständigen Teilstrombehandlung von Abwasser zu besichtigen. Hier konnte man sich von der technischen Machbarkeit des DeSa/R(r)-Konzeptes überzeugen sowie innovative Lösungen und Ansätze rund um die Dezentrale Abwasserbehandlung und Wiederverwertung detailliert kennen lernen.

Huber-Technology-Preis

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Veranstaltung der Huber-Technology-Preis 2003/2004 zum Thema „Naturnahe Klärtechnik für Entwicklungsländer“ an Studierende an deutschen Hoch- und Fachhochschulen verliehen. Gesucht wurde ein neues Konzept zur Abwasserentsorgung und möglichst auch zur Wasserwieder-

Erneuerung von Trinkwasserbehältern:

Versorger profitieren von neutraler Fachberatung

Von Dipl.-Ing. (FH) Klement Anwander, Vorstandsmitglied der Konstruktionsgruppe Bauen Kempten AG

Trinkwasserversorger sind laut Gesetzgeber verpflichtet, jederzeit die Einhaltung der strengen Qualitätsanforderungen an das wichtigste Lebensmittel zu garantieren, und sie tragen damit eine hohe Verantwortung für die Gesundheit der gesamten Bevölkerung. Um eine gleichbleibend gute Beschaffenheit des Trinkwassers auf dem langen Weg von der Gewinnung oder Aufbereitung bis hin zur Übergabe an den Endverbraucher zu gewährleisten, darf es im Wassersystem keine einzige Schwachstelle geben.

Eine Fülle von Gesetzen und Vorschriften - von der Trinkwasserverordnung über die Wassergesetze bis hin zu den Anforderungen des DVGW (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.) - schreiben die jeweils einzuhaltenden Grenz- und Vorsorgewerte vor. Darüber hinaus gibt es ausführliche Sicherheitsrichtlinien für alle Bautei-

Jahren Erfahrung in den Bereichen Planung, Prüfung und Sanierung von Objekt- und Ingenieurbauten.

Vergleich aus der Praxis

Ist eine Betonsanierung vorhandener Trinkwasserbehälter möglich, kann diese generell erheblich günstiger umgesetzt werden als ein kompletter

wasser. Zusätzliche Haftzugprüfungen geben Aufschluss darüber, ob die Betonoberfläche für den Auftrag neuer Beschichtungssysteme überhaupt geeignet ist. Alle vorhandenen Planunterlagen und Dokumente zu den Wasserbehältern werden von den Gutachtern zusammengestellt und die entdeckten Schäden anschließend in den Plänen dokumentiert.

Die Ergebnisse des Schädengutachtens bieten nicht nur einen detaillierten Überblick über den Zustand der Bausubstanz, auf ihrer Grundlage können auch eindeutige und vollständige Ausschreibungen der notwendigen Sanierungsmaßnahmen durchgeführt und die anfallenden Kosten frühzeitig kalkuliert werden. Für die Entscheider vor Ort bedeutet dieses Vorgehen eine wertvolle Investitions- und Planungssicherheit und auch eine gute Basis für eine Auftragsvergabe an lokale oder überregionale Fachunternehmen.

Ablauf einer Instandsetzung

Das ausführende Fachunternehmen leert zunächst nur jeweils eine der beiden Wasserkammern des Behälters, die zweite dient während der Instandsetzung zur weiteren Trinkwasserversorgung und bietet gleichzeitig zur Sicherheit noch einen Löschwasservorrat. Nach Fertigstellung der ersten Kammer kann diese wieder in Betrieb genommen und mit der Sanierung der verbliebenen Kammer begonnen werden.

Kammersanierung

Eine Kammersanierung besteht im allgemeinen aus folgenden Arbeitsschritten: Nach Ausbau der Installationselemente wie Rohrleitungen, Einstiegshilfen sowie Messgeräten werden die Betonflächen je nach Schadenslage für die weitere Behandlung vorbereitet, beispielsweise durch Strahlen mit festen Strahlmitteln, Hochdruckwasserstrahlen (HDW-Strahlen) oder auch durch Abbruch mit dem Bohrhämmer. Am vorbereiteten Untergrund werden nun Haftzugprüfungen vorgenommen und eventuell eine Betoninstandsetzung mit mineralischen Werkstoffen gemäß DafStb Rilisib durchgeführt (DafStb: Instandsetzungsrichtlinie des Deutschen Ausschusses für Stahlbetonbau, Rilisib: Richtlinie für Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen).

Gleichmäßige Aushärtung

Als neue Beschichtung werden danach vorwiegend mineralische Putze in einer Stärke von 15 bis 20 mm aufgebracht, deren Oberfläche sorgfältig geglättet werden muss, um eine hohe Dichtigkeit und damit ein möglichst geringes Wachstum von Mikroorganismen zu gewährleisten. Die Nachbehandlung der Kammern durch Klimatisierung sorgt für eine gleichmäßige Aushärtung der Neubeschichtung. Bei älteren Hochbehältern ist unter Umständen noch ein Umbau der Belüftungen sowie der Rohrleitungssysteme

me notwendig. Nach abschließender erneuter Dichtigkeitsprüfung kann der Einbau von neuen Rohrinstallationen, Einstiegshilfen, Messgeräten etc. erfolgen.

Hohe Standards auch bei Bauausführung und Dokumentation

Neben den strengen bautechnischen und hygienischen Anforderungen, die alle verwendeten Baustoffe erfüllen müssen, ist bei Betonsanierungsmaßnahmen im Trinkwasserbereich auch eine sorgfältige Überwachung der Ausführung sowie eine umfangreiche Dokumentation des Sanierungsablaufs zwingend vorgeschrieben. Die detaillierte Erfassung der Arbeiten beinhaltet nicht nur eine vollständige chronologische und inhaltliche Dokumentation der Arbeitsschritte, sondern beispielsweise auch den lückenlosen Nachweis über Herkunft und „Lebensgeschichte“ jedes einzelnen Baustoffs sowie seine konkrete Bauteilzuordnung.



Klement Anwander.

Ebenso zur Dokumentation gehören die Nachweise und Ergebnisprotokolle der rechtlich vorgeschriebenen Baustoffprüfungen, die jeweils vor, während und nach der Instandsetzung durchzuführen sind, inklusive der fachgerechten Aufbewahrung von Rückstellproben. Auch bei diesen Aufgaben können spezialisierte Ingenieurbüros wie die KBK AG im Bedarfsfall die Gemeinde oder das bauausführende Unternehmen beratend unterstützen.

Zahlreiche Beispiele erfolgreich realisierter Sanierungsmaßnahmen an Trinkwasserbehältern belegen, dass es für öffentliche Versorger durchaus vorteilhaft sein kann, bei bestimmten Leistungen auch mit externen Fachberatern zusammenzuarbeiten.

Fachberatung zahlt sich aus

Die Ausgaben für die Arbeit unabhängiger, kompetenter Sachverständiger sind grundsätzlich gut angelegtes Geld: Zum einen liefern die Ergebnisse ihrer Gutachten frühzeitig zuverlässige Aussagen über den Investitionsrahmen und bieten damit eine wichtige Entscheidungshilfe für die Kommunen. Zum anderen ermöglichen sie den Planungsverantwortlichen, von Anfang an die richtigen Maßnahmen zu treffen.

So können auch Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft werden, die in vielen Fällen den finanziellen Aufwand für das Gutachten deutlich übertreffen. Und noch ein Nutzen sollte dabei nicht vergessen werden: Auch die Bürger werden das verantwortungsvolle Handeln ihrer örtlichen Versorger zu schätzen wissen - im Umgang mit öffentlichen Geldern ebenso wie mit ihrer Gesundheit.

Abwasserdesinfektion für sauberes Würmwasser

Baubeginn für Starnberger Anlage

Die Wasserexperten des Landesamtes für Wasserwirtschaft sind zuversichtlich: Mit dem Spatenstich zum Bau der Abwasserdesinfektionsanlage auf der Kläranlage des Abwasserverbandes Starnberger See sind die Weichen dafür gestellt, dass in der Würm künftig gebadet werden kann. Nach dem Vorbild der Isar ist die Würm nun der zweite Fluss im Freistaat, dessen Badegewässerqualität verbessert wird. Noch in diesem Jahr wird die UV-Anlage auf der Verbandskläranlage in Starnberg in Betrieb gehen.

LfW-Präsident Albert Göttele: „Je mehr die Gewässer wieder naturnah werden, umso mehr kommt es darauf an, dass die Qualität auch in hygienischer Hinsicht gut ist.“ Das Umweltministerium fördert die UV-Anlage zur Abwasserdesinfektion mit Sonderfördermitteln.

Bislang ist die Würm zum Baden „amtlich“ nicht geeignet, weil meist zu viele Keime im Wasser sind. Die Hauptbelastung kommt über die Starnberger Kläranlage in die Würm und ist im gesamten Fluss nachweisbar, wie die Wasserexperten des LfW und des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) bei ihren Untersuchungen herausfanden. Dies soll künftig anders werden:

Bis Ende des Jahres wird die UV-Anlage fertig gestellt und geht dann in den Probetrieb. Pünktlich zur BUGA im nächsten Jahr soll die Desinfektionsanlage jeweils im Sommerhalbjahr den Betrieb aufnehmen. Ein Projekt, das auch den Würmanliegern zu Gute kommt. Aber auch künftig gilt: Beim Baden in der Würm sind auch die Unfallgefahren zu beachten. Die Badenden müssen sich deshalb bewusst sein, dass sie auch selbst Verantwortung zu übernehmen haben.

Internationaler Donautag:

„Verdeckte Ermittler“ im Netz

Biologische Frühwarnsysteme an der Donau im Internet

„Die Donau ist Bayerns Lebensader“, sagte Albert Göttele, Präsident des bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft (LfW), mit Blick auf den ersten Internationalen Donautag. Das LfW hat aus diesem Anlass sein Internetangebot erweitert: Ab sofort sind die Ergebnisse biologischer Frühwarnsysteme an der Donau-Station Jochenstein (bei Passau) online abrufbar.

Mit Wassertieren wird dort laufend kontrolliert, ob giftige Stoffe in der Donau vorkommen. Frühwarnsysteme sind ein wichtiger Baustein zur Überwachung der Wasserqualität der Donau, damit bei Unfällen oder Störfällen schnell gehandelt werden kann. Das neue Internetangebot kommt nicht nur den Nutzern im Freistaat, sondern auch den Unterliegern zu Gute, denn kurz unterhalb der Station fließt die Donau weiter zum Nachbarn Österreich. „Gerade an der Donau ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit besonders wichtig, der Donautag setzt dazu ein Zeichen“, so Göttele. Vor genau zehn Jahren wurde von Deutschland und elf weiteren Staaten in Sofia das Donauschutzübereinkommen unterzeichnet, das die Grundlage für den internationalen Schutz der Donau bildet.

Auf Ergebnisse zugreifen

Bundesweit werden an den großen Strömen und internationalen Grenzgewässern an rund 25 Stationen biologische Frühwarnsysteme eingesetzt. Mit dem neuen LfW-Angebot können nun alle Interessierten unter <http://www.bayern.de/lfw/da->

ten/biomonitoring/jochenst.htm unmittelbar auf die aktuellen Ergebnisse zugreifen - ein Service für Wassersportler, Angler, Naturfreunde und Anlagenbetreiber, der in Deutschland erst bei wenigen Stationen eingerichtet ist. Der Freistaat betreibt als einziger Anrainer der Donau biologische Frühwarnsysteme, bei denen Biomonitore als „verdeckte Ermittler“ im Dauereinsatz sind.

Grund zur Zufriedenheit

Testtiere an der Donaustation Jochenstein sind Muscheln und Kleinkrebse, die sehr empfindlich reagieren: Muscheln schließen bei Kontakt mit Schadstoffen im Wasser ihre Schalen, Kleinkrebse ändern ihr Schwimmverhalten. Mit High-Tech-Methoden werden die Signale vollautomatisch an die Zentralen in München und Passau weiter geleitet, das Wasserwirtschaftsamt Passau führt die Wartungen und Auswertungen durch und betreibt seit zwei Jahren die biologische Frühwarnstation. Dessen Wasserfachleute haben Grund zur Zufriedenheit: Bislang ist kein Alarm durch Giftstoffe im Wasser aufgetreten.



Beschichtung der Stützen in der Wasserkammer. Foto: KBK AG

le und Werkstoffe, mit denen das kostbare Nass bis zum Wasserzähler des Endkunden in Berührung kommt.

Entscheidungen werden zu oft verschoben

Angesichts ihrer weitreichenden Verpflichtung sollte den Versorgern also auch die größtmögliche technische Sicherheit bei Bau und Pflege ihrer Wasserversorgungseinrichtungen am Herzen liegen. Mit der Umsetzung hapert es jedoch allzu oft: In zahlreichen Gemeinden ist die Bausubstanz im Bereich der Wasserversorgung mittlerweile überaltert, doch angesichts leerer Gemeindegassen scheuen die Verantwortlichen vor den großen Investitionen zurück und schieben die Entscheidung über die Durchführung dringend notwendiger Maßnahmen zähneknirschend auf die lange Bank.

Wege aus dem Dilemma

Dass es trotzdem Wege aus diesem Dilemma gibt, zeigen die Beispiele bayerischer Gemeinden wie Kaufbeuren und Immenstadt: Sie lieben die grundsätzliche Frage, ob für ihre alten Trinkwasserbehälter eine Sanierung oder ein Neubau vorzunehmen sei, durch externe Fachberater untersuchen. Mit den dazu nötigen Gutachten wurde die Konstruktionsgruppe Bauen Kempten AG (KBK AG) beauftragt, ein Ingenieurbüro mit über 25

Neubau. Hierzu ein kleiner Vergleich aus der Praxis: Die Nettobaukosten für die Neuerstellung eines Trinkwasserbehälters mit 350 m³ Fassungsvermögen betragen bis zum 3,9-fachen der Kosten für eine Sanierung. Bei einer Behältergröße von 1500 m³ liegt der Nettokostenaufwand für den Neubau im Verhältnis noch ungünstiger: Er ist ca. 4,3 mal so teuer!

Expertengutachten als sichere Basis für die Entscheider

Ob ein Trinkwasserbehälter tatsächlich sanierungstauglich ist, sollte immer durch erfahrene Gutachter festgestellt werden, die sich speziell auch mit Betonsanierungen auskennen. Umfangreiche Voruntersuchungen geben dem Experten Aufschluss über den Zustand der Bausubstanz. Dazu gehört zunächst eine Inaugenscheinnahme der Wasserkammern, das Prüfen der Behälterflächen auf Hohlstellen und Betonschäden sowie eine Entnahme von Oberflächenproben zur Untersuchung vorhandener Mikroorganismen.

Die eingehende Untersuchung der Beschaffenheit der Betonschale beinhaltet auch das Ziehen von Bohrkernen zur Bestimmung der Betonfestigkeit und seiner Zusammensetzung sowie eine weitere Schadensprüfung über das Ausmaß der Betoncarbonatisierung oder des Chloridgehalts bei gechlortem Trink-



Ihr Spezialist für die Sanierung von Trinkwasserbehältern

- ≪ Baustoffuntersuchung
- ≪ Zustandsgutachten
- ≪ Sanierungsplanung
- ≪ Ausschreibung
- ≪ Bauleitung
- ≪ Qualitätssicherung, -überwachung

Ingenieurbüro für Bauwesen, Parkstraße 20, 87439 Kempten
Tel. 0831/5 21 56-0, Fax 0831/5 21 56-60, Mail: info@kb-ke.de



Mit einem großen Blumenstrauß gratulierte stellvertretende Landrätin und Kreiswahlleiterin Angela Rieder am Wahlabend dem neuen Dillinger Landrat Leo Schrell. Unter den ersten Gratulanten waren auch MdL Martin Sailer (links) und die Bundestagsabgeordnete Doris Meyer. Bild: -jdt-

Kreistag Passau vergibt Kulturpreise 2004

Der Landkreis Passau verleiht seit 1992 den „Kulturpreis des Landkreises Passau“; im Jahr 2004 erfolgt die Vergabe nun schon zum 13. Mal. Der Kreistag hatte sich daher in seiner Sitzung vom 26. Juli 2004 mit den Vorschlägen zu befassen, die der „Beirat zur Verleihung des Kulturpreises“ eingehend ausgearbeitet und aus einer größeren Anzahl von Bewerbungen ausgewählt hatte.

Es sind dabei Vorschläge aus den Bereichen „Kulturelles Gebiet“, „Musisches Gebiet“, „Künstlerisches Gebiet“ berücksichtigt worden. Außerdem soll der „Nachwuchsförderpreis“ vergeben werden.

Die Empfehlungen des Fachgremiums haben die Mitglieder des Kreistages einstimmig angenommen und somit festgelegt, wer die begehrte Auszeichnung in diesem Jahr erhalten wird.

Es sind dies nachfolgende Kategorien und Preisträger:

Kulturpreis für Leistungen auf kulturellem Gebiet - Hanns Egon Wörten, Passau:

Hanns Egon Wörten hat sich als auf kulturellem Gebiet hervorragende Verdienste erworben. Neben seinem allgemein bekannten kulturellen Engagement als Mentor und Organisator der legendären Donau-Wald-Gruppe und Begründer der Stiftung Wörten Museum Moderner Kunst hat sich Hanns Egon Wörten auch herausragende Verdienste für richtungweisende Restaurierungen im Bereich der Denkmalpflege erworben, u.a. bei der Renovierung bedeutender Klöster, Renovierung von Schlossbauten, Renovierung denkmalgeschützter Bauernhäuser, Kirchenrenovierungen.

Hanns Egon Wörten hat an vielen Orten durch sein Veto, wenn es um die Beseitigung von wichtigen Bauten in der Region ging, bei den kommunalen wie öffentlichen Stellen ein offenes Ohr gefunden. Er hat damit einen ganz wesentlichen Beitrag zum Erhalt der regionalen Baukultur geleistet.

Kulturpreis auf künstlerischem Gebiet - Waltraud Danzig, Tiefenbach:

Waltraud Danzig ist eine freischaffende Künstlerin, die regional und überregional bekannt ist. Ihre Arbeitsgebiete sind Bildhauerei, Druckgrafik und Keramik auf hohem Niveau. Ihre Arbeiten waren in zahlreichen Ausstellungen in Deutschland, Spanien, Tschechien und der Slowakei zu sehen. In dem Buch „Aktuelle Druckkunst aus Niederbayern“ aus dem Jahr 2000 werden ihre Druckgrafiken, die durch eine ausgewiesene Fachjury ausgewählt wurden, neben anderen bedeutenden Künstlern aus Niederbayern präsentiert. Hervorzuheben ist ihr soziales Engagement für den Berufsverband

Bildender Künstler, als deren stellvertretende Vorsitzende sie jahrelang tätig war.

Kulturpreis auf musikalischem Gebiet - Heinrich Schütz Ensemble, Vornbach:

Das Heinrich Schütz Ensemble, Vornbach, zählt zu den herausragenden Chören in Ostbayern. Es wurde 1993 gegründet. Getreu seinem Namen widmete sich das Ensemble in erster Linie Werken geistlicher Chormusik des 16. und 17. Jahrhunderts. Neben a cappella Werken konnte sich der Chor mit einer ganzen Reihe von Oratorienaufführungen profilieren. Besonders durch die Aufführung herausragender Chorwerke, wie die Matthäuspassion von J.S. Bach, das Requiem von W.A. Mozart oder „Die Schöpfung“ von J. Haydn hat das Ensemble großes Ansehen erworben. Der Chor bestehend aus ca. 80 Sängern aus der Region hat den Landkreis Passau bei vielen Auftritten im Ausland (Österreich, Tschechien, Finnland, Italien) kulturell überaus niveauvoll vertreten. So konnten der Chor bei einem Chorfestival in Riva del Garda bei über 60 Chören aus der ganzen Welt zwei Golddiplome als Zweit- und Fünftplatzierte erringen.

Nachwuchsförderpreis Anja Kroczek, Hutthurm:

Anja Kroczek ist mehrfache Bundespreisträgerin beim Wettbewerb „Jugend musiziert“, im Fach Violine sowohl in der Solo- als auch in der Kammermusik-Wertung. Im Jahr 2002 erhielt sie mit ihrer Duo-Partnerin Sornitza Baharova den ersten Bundespreis in der Wertung „Violinduo“ und den Sonderpreis der Deutschen Stiftung Musikleben. Im Jahr 2003 wurde sie vom Deutschen Musikrat zu internationalen Violinwettbewerben nominiert. Sie war Teilnehmerin an mehreren Meisterkursen, war Mitglied des Bayerischen Landesjugendorchesters und spielt jetzt im Bundesjugendorchester. Im Jahr 2000 erhielt sie als jüngste Preisträgerin den Raffalt-Preis am Gymnasium Leopoldinum. Sie ist Orchestermittglied beim Jugendfestival und im Euregio-Orchester.

Die feierliche Überreichung der Kulturpreise erfolgt traditionell im Spätherbst des Jahres im Rahmen einer festlichen Matinee. Der Termin steht derzeit jedoch noch nicht fest.

Dillingens neuer Landrat Leo Schrell:

„Alle Kräfte für den Landkreis bündeln!“

Dillingen (jdt). Zum neuen Landrat von Dillingen gewählt wurde der Bürgermeister der Landkreismairie Buttenwiesen, Leo Schrell von der F.U.W. Er setzte sich im ersten Wahlgang mit 53,53 Prozent gegen drei Mitbewerber durch. Der 47-jährige Schrell ließ seinen stärksten Konkurrenten, den Höchststädter Landtagsabgeordneten Georg Winter (Jahrgang 1951) von der CSU in 23 von insgesamt 27 Städten und Gemeinden hinter sich.

Für Winter stimmten 29,74 Prozent der Wähler (12234 Stimmen). Der Bürgermeister von Syrgenstein, Bernd Steiner (Jahrgang 1953), kam als Bewerber der SPD auf 14,59 Prozent (6001 Stimmen). Auf Hermann Mack (Jahrgang 1953) aus Bachingen, der für die Republikaner kandidierte, entfielen 882 Stimmen (2,14 Prozent).

Alle vier Landratsbewerber sind Mitglieder des Kreistages Dillingen. Leo Schrell trat die Nachfolge des in der Nacht zum 23. April 2004 im Alter von 61 Jahren gestorbenen langjährigen Dillinger Landrats Anton Dietrich an. An seinem ersten Arbeitstag im Landratsamt rief Schrell zu einer engagierten Zusammenarbeit über alle Parteigrenzen, zum Wohle des Landkreises, auf.

In allen fünf Städten des Landkreises kam Schrell auf den ersten Rang, mit dem deutlichsten Vorsprung in der Großen Kreisstadt Dillingen (56,45 Prozent).

Sympathie-Rekord

Fast sensationell waren die Sympathiewerte für den F.U.W.-Kandidaten Leo Schrell in seiner Großgemeinde Buttenwiesen, deren Geschichte er mit offenkundigem Erfolg seit 1990 lenkte. Hier siegte Schrell mit nicht weniger als 84,63 Prozent der Stimmen, vor Winter (9,82 Prozent), Steiner (4,73 Prozent) und Mack (0,82 Prozent).

Von zahlreichen Anhängern wurde Leo Schrell am Wahlabend gefeiert im Rathaus Buttenwiesen und anschließend im Landratsamt Dillingen. Zu den ersten Gratulanten gehörten nach der Ankunft in der Kreisstadt die drei Gegenkandidaten, aber auch

Wirtschaftsraum Südbayern MAI e.V.:

Impulse für Region Augsburg?

Mit der Frage „Der Wirtschaftsraum Südbayern MAI e. V. - Impulse für die Region Augsburg?“ beschäftigte sich in Aichach das Wirtschaftsforum Aichach-Friedberg. Etwa 50 Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung waren der Einladung des Aichacher Landrats Christian Knauer gefolgt.

Nach einer Begrüßung durch stellvertretenden Landrat Rupert Reitberger gab der Vorstandsvorsitzende des Vereins Wirtschaftsraum Südbayern MAI e.V., Dr. Reinhard Wiczorek, eine Kurzeinführung über Organisation und Ziele von MAI sowie die durchgeführten Projekte im Augsburger Raum. Für MAI liege der Schwerpunkt der Arbeit in einer Verbesserung der Kooperation zwischen den Mitgliedern, um so den südbayerischen Wirtschaftsraum weiter zu stärken. Dabei stünden vor allem die Bereiche Marketing, Wirtschaftsförderung, Verkehr, Informations- und Kommunikationstechnologie, Beschäftigungspolitik sowie Urbanität im Vordergrund.

Nach dieser Einführung folgte eine intensive Diskussion zwischen den Teilnehmern. Ein Thema war die Außendarstellung und Standortpolitik des Vereins, die in Zukunft verstärkt werden soll. Dabei würden sich die Teilnehmer mit einer Außendarstellung von MAI unter dem Begriff „Greater Munich Area“ identifizieren. Ein wichtiges Anliegen der Anwesenden stellt die ungenügende Verkehrsanbindung des Augsburger Raumes mit dem Raum München dar. Hier

MdB Hans Raindel, MdB Doris Meyer und MdL Martin Sailer von der CSU sowie mit einem großen Blumenstrauß die stellvertretende Landrätin und Kreiswahlleiterin Angela Rieder. Beim Amtsantritt am 13. Juli übergab diese dem neuen Landrat Schrell die Schlüssel zum Landratsamt.

Noch am ersten Tag der Übernahme seiner Verantwortung an der Spitze der Dillinger Landkreisverwaltung lud Leo Schrell zu einer ersten Pressekonferenz ein. Dabei dankte er der Wählerschaft für den „überwältigenden Vertrauensbeweis“. Nach der Sommerpause soll die Vereidigung des neugewählten Landrats während der ersten Kreistagsitzung nach der Wahl erfolgen.

Über Parteigrenzen hinweg

Vor der Presse bekundete Schrell seinen Willen zu guter Zusammenarbeit „über Parteigrenzen hinweg“, wie dies sein gestorbener Vorgänger Dr. Anton Dietrich beispielgebend praktiziert habe. Nötig seien ein Schlussstrich unter die Vergangenheit und ein Neubeginn, bei dem alle verantwortlichen Kräfte der Kreispolitik gebündelt werden müssten. Schrell unterstrich seinen Wunsch nach sachlicher und zielorientierter Zusammenarbeit mit allen Fraktionen des Kreistages, hinzufügend ein Kompliment für seinen Konkurrenten MdL Georg Winter: „Nach wie vor besteht kein Zweifel, dass der Abgeordnete Winter durch seinen bienenfleißigen Einsatz hervorragende Arbeit geleistet, im Landkreis viel bewegt und deutlich zur positiven Entwicklung des Landkreises beigetragen hat“. Geboten sei eine „gedehli-

„Ostlastigkeit“

Zudem wurde kritisiert, dass der Verein durch die Aufnahme neuer Mitglieder vor allem im Osten von München Schwierigkeiten hat, alle Interessen seiner Mitglieder vertreten zu können. Durch die „Ostlastigkeit“ fühlte sich der Raum Schwaben in der Vergangenheit zu wenig berücksichtigt. Dabei wurde allerdings auch konstatiert, dass sich die Mitglieder selbst in den Verein aktiver als bisher einbringen müssen, um vom Kooperationsnetzwerk MAI noch mehr zu profitieren. Insgesamt stellt MAI für den Wirtschaftsraum Augsburg ein wichtiges Instrument zur Vertretung der eigenen Interessen dar, auf das nicht verzichtet werden kann und soll. Zudem ist MAI eine wichtige Kontaktbörse mit den benachbarten Räumen. Für den Wirtschaftsraum Augsburg stand die Mitgliedschaft bei MAI deshalb von vornherein nicht zur Disposition. **DK**

che Zusammenarbeit zwischen den Stimmkreisabgeordneten und dem Landrat“. Aus seiner Sicht, so Schrell, gebe es dabei keine Probleme.

Der Wahlkampf um die Nachfolge von Dr. Dietrich hatte sich auf das Duell „Winter - Schrell“ zugespitzt, die beide der CSU-Fraktion des Kreistages angehörten. Die Mehrheit des CSU-Kreisvorstandes und der CSU-Ortsvorsitzenden entschied sich, gegen Empfehlungen aus den eigenen Reihen, für Winter als Landratskandidaten. Daraufhin wurde Schrell von der F.U.W. als Konkurrent nominiert. Die Freien Wähler argumentierten u. a. erfolgreich für den Verbleib Winters im Landtag, dem einzigen Parlamentarier im „alten“ Stimmkreis auf Landes- und Bundesebene. Hingewiesen wurde darauf, dass der Nachbarlandkreis Donau-Ries über zwei Landtags- und drei Bundestagsabgeordnete verfüge.

„Vormarsch“ bei Kreistagswahl

Über die Parteigrenzen hinweg konnte Leo Schrell nach seinem Wechsel zur F.U.W. auf starke Unterstützung aus dem konservativen Lager, auch von Repräsentanten der CSU und deren Stammwähler, bauen.

Der studierte Diplom-Finanzwirt und Vater von drei Kindern kann auf eine allgemein respektierte Tätigkeit als hauptamtlicher Bürgermeister der Großgemeinde Buttenwiesen seit 1. Mai 1990 verweisen. Im Jahr 2002 wurde Bürgermeister Leo Schrell mit 97,11 Prozent der gültigen Stimmen wiedergewählt. Bei der Kreistagswahl am 3. März 2002 schaffte Schrell einen Vormarsch vom 13. Platz der CSU-Liste auf Rang zwei, direkt hinter Georg Winter.

Musterprojekte verwirklicht

Der Abschied vom Rathaus Buttenwiesen fällt Leo Schrell nicht leicht. Zu seiner Bilanz gehören eine Aufwärtsentwicklung des hervorragend geleiteten Gemeinwesens mit heute 5900 Einwohnern, rund 1800 Arbeitsplätzen und einem blühenden Gemeinchaftsleben mit ungefähr 80 Vereinen. Viel Anerkennung findet, wie es Schrell verstand, die zehn verschiedenen Parteien und Wählergruppen im 20-köpfigen Gemeinderat für die Fortentwicklung Buttenwiesens „zusammenzuspannen“. Dazu zählen auch Musterprojekte mit Pilotcharakter.

Vielfältiges Engagement

Ansehen erwarb sich der neue Landrat von Dillingen auch durch sein Engagement im Bayerischen Gemeindetag (als Kreisvorsitzender und Bezirksvorsitzender, Mitglied im Präsidium und Landesausschuss, als Landesschatzmeister), als Mitglied im Präsidium und Hauptausschuss des Deut-

Schmid neuer Otzinger Bürgermeister

Der 32 Jahre alte Landwirt und Elektrotechniker Johannes Schmid/CSU ist zum neuen Bürgermeister der niederbayerischen Gemeinde Otzinger (Landkreis Deggendorf) gewählt worden. Er tritt die Nachfolge des verstorbenen Alois Bauer an. Für Schmid stimmten 64,3 Prozent, auf seinen Gegenkandidaten Pex/Freie Wähler entfielen 35,7 Prozent. **DK**

schen Städte- und Gemeindebundes, Berlin, KPV und Rundfunkrat aber auch als Vorsitzender des Vereins „Donautal-Aktiv“, in dem 42 Kommunen zusammengeschlossen sind. Angesichts der Lösung großer Aufgaben im Landkreis wird der passionierte Sportler nach 28 Jahren aber wohl sein Ehrenamt als Jugendtrainer der Fußballer in seinem Heimatort Unterlitzheim aufgeben müssen.

Klausurtagung geplant

Mit ganzer Kraft will Landrat Schrell mit dem Kreistag an die Lösung vielfältiger Aufgaben im Kreis Dillingen herangehen, mit der Stabilisierung der Kreisfinanzen, der Aufarbeitung der Probleme der Krankenhäuser und dem Start von Investitionen im Bildungsbereich. Geplant ist eine Klausurtagung mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Ältestenrat. Um ein tatkräftiges Miteinander zum Wohle des Landkreises werden von Leo Schrell gebeten 27 Kreisräte der CSU, 13 der SPD, sieben von der F.U.W., je drei von „Zukunft“, FDP und WHLU (Wähler für Heimat, Landwirtschaft und Umwelt) sowie jeweils zwei Grüne und Republikaner. **JK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)
Brigitte Scherriele (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Franz Och
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 01.01.2004
Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungsweise- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Aktuelle Veröffentlichung:

Erstes Geschichtsbuch für eine EuRegio

„Geschichte soll nicht das Gedächtnis beschweren, sondern den Verstand erleuchten.“ Diese Erkenntnis des Philosophen Gotthold Ephraim Lessing gilt in besonderem Maße für die Publikation „Heimat mit Geschichte und Zukunft“, dem ersten Geschichtsbuch für eine EuRegio.

Das Gebiet der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein ist wie kaum eine andere europäische Grenzregion durch gemeinsame Geschichte, gemeinsame Sprache und gemeinsame Kultur verbunden. Geschichtsunterricht findet sowohl in Salzburger als auch in bayerischen Schulen statt. Bayerische wie Salzburger Lehrer und Schüler arbeiten dabei mit unterschiedlichen Materialien, die die geschichtliche Entwicklung oft nur einseitig beleuchten.

10.000 Stück Auflage

Mit diesem einzigartigen grenzüberschreitendem Geschichtsbuch in einer Auflage von 10.000 Stück soll nun in erster Linie den Lehrern an den Schulen der Region eine Ergänzung für den Unterricht an die Hand gegeben werden. Der Inhalt des Buches wird auch digital für die Einstellung im Salzburger Bildungsnetz (Verbund aller Salzburger Schulen) bzw. im bayerischen Bi-Net zur Verfügung gestellt und ermöglicht so die Einbindung in den modern gestalteten Unterricht mit zeitgemäßen Kommunikationsmitteln (PC, Internet).

Entwicklung der Region auf 128 Seiten

EuRegio-Präsident Landrat Hermann Steinmaß war es daher ein besonderes Anliegen, auf 128 Seiten in Form von thematisch aufbereitetem Kartenmaterial, Fotos, Abbildungen und verbindendem Text die Entwicklung der Region von der Urgeschichte über die Zeit der römischen Herrschaft, des Mittelalters bis zur frühen Neuzeit und dem 21. Jahrhundert in einem grenzüberschreitenden Geschichtsbuch aufbereitet zu wissen.

Als Autorenteam fungierten Univ.-Prof. Mag. Dr. Christian Dirninger, Universität Salzburg, Institut für Geschichte, Götz von Dobeneck, Kreisarchivar Landkreis Traunstein, O. Univ.-Prof. Dr. Heinz Dopsch, Universität Salzburg, Institut für Geschichte,

Spinner GmbH in Westerham:

Blick hinter die Kulissen

Buntes Rahmenprogramm für die ganze Familie

Am 7. August öffnet die Spinner GmbH, ein weltweit führender Hersteller von hochwertigen Hochfrequenz-Komponenten mit Hauptsitz in München, von 11 bis 17 Uhr am Produktionsstandort Westerham ihre Werkstore. In viertelstündlich stattfindenden Führungen können interessierte Besucher die Herstellung von nachrichtentechnischen Komponenten für Sende- und Empfangsanlagen live miterleben.

Für Schüler und Schulabgänger besteht die Möglichkeit, hinter die Kulissen eines weltweit führenden Anbieters für Nachrichten- und Hochfrequenztechnik zu schauen und sich auch über die Ausbildungsmöglichkeiten bei Spinner zu informieren. Für alle Besucher hat das Unternehmen ein buntes Rahmenprogramm mit Musik, Unterhaltungsprogramm für Kinder und bayerischer Brotzeit organisiert.

Praxisnahe Ausbildung

Unter den erwarteten Ehrengästen befinden sich Feldkirchen-Westerhams erster Bürgermeister Michael Weber, Landrat

Dr. Johannes Lang, Archivar und Heimatpfleger der Stadt Bad Reichenhall, Dr. Fritz Moosleitner, Landesarchäologe Salzburg i.R. (Salzburger Museum C.A.), Hans Roth, Vorsitzender des Historischen Vereins Rupertiwinkel und Hermann Steinmaß, Landrat des Landkreises Traunstein, EuRegio-Präsident. Ein-führende Worte fand das Präsidententeam Landrat Hermann Steinmaß und Bürgermeister a.D. Andreas Kinzl (Oberndorf).

Im Zentrum eines neuen Europa

Deutlich wird Steinmaß zufolge auch, was allein in den vergangenen 15 Jahren in diesem Europa geschehen ist, vor allen Dingen auch durch den jetzt neu vollzogenen Beitritt der zehn neuen Länder in die EU. „Wir sind damit mit unserer EuRegio in das Zentrum eines neuen Europa gerückt, von dem wir uns sehr viel Impulse erhoffen und vor allen Dingen einen langen Frieden in diesem Europa erwarten.“

„Gemeinsame Erklärung“ als Höhepunkt

Vorläufiger Höhepunkt der Bayerisch-Salzburgischen Zusammenarbeit ist die Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung“ vom 29. Januar 2004 in der Bayerischen Staatskanzlei durch Ministerpräsident Edmund Stoiber und Landeshauptmann Dr. Franz Schausberger. In dem Dokument wurde eine engere Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen Wissenschaft und Forschung sowie Verkehr und Wirtschaft vereinbart.

Nachdem die Grenze zwischen Bayern und Salzburg schließlich im EuRegio-Gebiet verläuft, ist es eine wertvolle politische Grundlage, auf der die EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein ihre Arbeit mit neuer Qualität fortsetzen kann.

Wie der EuRegio-Präsident in einem Ausblick betont, bedürfe es, um auf Dauer erfolgreich zu sein, einer weiteren intensiven

Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Vordringliche Themen seien Verkehr, Bildung, Wirtschaft und das Gesundheitswesen. Die Verwirklichung der „Magistrale für Europa“ als Hochleistungs-Schienenstrecke Paris-München-Mühlldorf-Salzburg-Wien-Budapest sei eine große Chance für die EuRegio, an die Hauptverkehrsströme Europas angeschlossen zu bleiben.

Der Flughafen Salzburg könne vor allem für Geschäftsreisende eine ideale Alternative zum Flughafen München sein. Für die Firmen in der EuRegio sollte er schnelle Verbindungen zu den internationalen Metropolen gewährleisten. Der Flughafen müsse daher für den Linienverkehr noch attraktiver werden und soll auch für den Tourismus noch mehr Bedeutung gewinnen.

Berufliche Chancenvielfalt

Was den Bereich Bildung angeht, so verweist Steinmaß darauf, dass die alljährlich stattfindende Salzburger Berufsinformationsmesse (BIM) nicht nur für die Salzburger, sondern auch für die bayerische Seite zu einem interessanten Forum für Bildung und Ausbildung ausgebaut wird. Schüler, Eltern und Lehrkräfte sollten hier die gesamte berufliche Chancenvielfalt innerhalb der EuRegio kennen und nutzen lernen. Auch müsse Salzburg Ruf als Universitätsstadt vor allem in Bayern noch weiter gefestigt werden. Voraussetzung hierfür sei die volle gegenseitige Anerkennung von Schul- und Studienabschlüssen.

Erfolg im Miteinander

„Nicht gegeneinander, sondern miteinander“ müsse besonders auf dem Sektor der Wirtschaft die Devise sein, erklärt Steinmaß. Die EuRegio müsse sich noch stärker als gemeinsamer Wirtschafts- und damit auch Investitionsraum begreifen, um innerhalb ihres Gebiets Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Der Wettbewerb der Regionen werde hart ausgefochten. „Halbkreisdenken“ würde die Entwicklungschancen des zwischen den international bedeutenden Wirtschaftszentren München und Wien gelegenen Salzburger Raumes auf jeden Fall schmälern. Clusterbildungen in den Bereichen Ernährung, Tourismus, Holz und Medien seien erfreulicherweise bereits auf den Weg gebracht worden und müssten konsequent weiter verfolgt werden. Auch ein gemeinsames Standort-Marketing sei ein wesentlicher Teil dieser künftigen Entwicklung.

Angebot besser abstimmen

Bereits seit Jahren verfügen Südbayern und Salzburg über eine hervorragende Infrastruktur im Gesundheitswesen. Dafür stehen vor allem die beiden Kliniken in Salzburg und Traunstein, flankiert von den Leistungen der kleineren Krankenhäuser. Ein noch mehr untereinander abgestimmtes Angebot medizinischer Leistungen innerhalb des EuRegio-Raumes könnte die Garantie dafür bieten, dass kranke Menschen und ihre Angehörigen auch in Zukunft nur kurze Wege zu den jeweiligen Behandlungsorten zurücklegen müssen. Die neue Private Medizinische Universität „Paracelsus“ in Salzburg bilde eine gute Grundlage für die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. **DK**

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wenn viele Hände an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen, kommt halt was Vernünftiges dabei rum.“ Mein Chef, der Bürgermeister, gab grammatikalisch unkorrekt, aber aus vollem Herzen, seiner Begeisterung über das neue Stadtspiel Ausdruck.

Dennoch wie in so vielen Städten in Bayern wird auch in unserem Städtchen in mehr oder minder regelmäßigen Abständen ein Freilufttheater aufgeführt, das Szenen aus der Stadtgeschichte darstellt. Klar, es ist nicht so berühmt wie der Wallenstein von Memmingen, der Drache von Furth im Wald oder gar die Landshuter Hochzeit. Dafür stand unsere Stadt - sehr zum Leidwesen unseres Tourismus-Fuzzys - zu sehr im Abseits der weltgeschichtlichen Ströme früherer Jahrhunderte. Aber wie andernorts von Kaufbeuren bis Dinkelsbühl, von Nördlingen bis Waldmünchen ist



meinsam durchgesetzt, dass wir nicht wieder eine Szene aus dem 30-jährigen Krieg, von Pest und Choleraepidemien oder die Fabel von der Stadtgründung inszenieren, sondern einen modernen Stoff: Das Wunder von Bern.

Schließlich hat das Fußballspiel von 1954 nicht nur - wie im Kino - den Ruhrpott zum Kochen gebracht, sondern war auch für unsere Leute ein epochales Erlebnis. Und so haben wir ein buntes Potpourri der fünfziger Jahre aufs Pflaster gezaubert - den Wiederaufbau der Häuser, die durch Bomben und Artilleriebeschuss in den letzten Kriegstagen zerstört wurden, die Heimkehr von Kriegsgefangenen, die Integration der Vertriebenen, den Umgang mit den Besatzern, die ersten VW-Käfer, den ersten Kärnten-Urlaub. Und wie ein roter Faden zieht sich die Freude an der WM und der Stolz auf die Rückkehr zur Normalität durch das Geschehen.

Mein Chef, der Bürgermeister, meint, man sollte mal in der „Gemeindezeitung“ einen Artikel schreiben und den Kolleginnen und Kollegen berichten, dass man auch zeitgeschichtliche Stoffe sehr ansprechend in einem Stadtspiel verarbeiten kann. Ich tue dies hiermit augenzwinkernd, denn er wird sich ja doch wieder nicht aufrufen. Vielleicht freut ihn aber der Spruch von Pablo Picasso auf dem Kalenderblatt: „Kunst wäscht den Staub des Lebens von der Seele.“

the Sabrina

Von der integrierenden Kraft der Projektarbeit

das Stadtspiel buchstäblich ein Projekt der ganzen Bürgerschaft.

Deshalb achtet der Bürgermeister auch streng darauf, dass alle Entscheidungen und Vorbereitungen möglichst mit breitem Konsens erledigt werden. Das gilt besonders für die alljährlich tagende städtische TFK. Wir hatten so was nämlich schon lange vor dem DFB! Zugegeben, es ist keine Trainer-, sondern eine Themen-Findungs-Kommission und wir sind auch erst kürzlich darauf gekommen, diese Runde so zu benennen, als der laut seinem Präsidenten „bestgeführteste Verband“ drauf und dran war, die ganze Nation den Sommer über mit der Casting-Show „Deutschland sucht den Supertrainer“ zu unterhalten.

Sarkastischer Scherz beiseite. Da es in der Stadtgeschichte nicht das absolute Highlight wie eine Schwedenbelagerung oder einen Pandurenüberfall gibt, müssen wir uns natürlich von Mal zu Mal Gedanken machen, welche Epi-

Rosenheim Top in Personalentwicklung

Vorstellung des Qualitätszirkelkonzepts auf 7. Personalkongress in Augsburg

Auf Einladung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle Köln stellte die Stadt Rosenheim auf dem 7. Personalkongress „Motivation und Personalabbau“ in Augsburg ihr Qualitätszirkelkonzept vor. Referenten der Stadt Rosenheim waren Dezernent Michael Keneder sowie Sozialamtsleiter Christian Meixner, die zunächst das positive Innovationsklima in der Stadt Rosenheim schilderten.

Rosenheim gehörte von Anfang an zu den Kommunen, die sich intensiv mit neuen Steuerungsmodellen befasst und alle wichtigen Bausteine moderner Verwaltungsleitung umgesetzt haben. Durch die in den vergangenen Jahren erfolgten Auszeichnungen und Preise fühlt sich die Stadt auch in diesem Weg bestätigt.

Baustein im Gesamtmosaik

Michael Keneder zufolge sind die Qualitätszirkel ein Baustein im Gesamtmosaik auf dem Weg der Verantwortungsdelegation. Seit 1998 hätten sich mehr als 50 Gruppen gebildet, die in klassischer Manier ihre Probleme am Arbeitsplatz erkennen, daran aus Eigeninitiative während der Arbeitszeit arbeiten und eigenverantwortlich für den Praxistransfer sorgen.

Die Verwaltungsspitze unterstützt jede, aus ihrer Sicht vernünftige Aktivität, die sie zentral koordiniert. Hierzu stelle sie Moderatoren aus der eigenen Verwaltung bereit. Diese bildeten zusammen mit den in Qualitätszirkeln und Projektteams engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Multiplikatoren für anstehende Reformen. Da diese Arbeit besonders bei Jüngeren beliebt sei, vollziehe sich damit gleichzeitig auch ein Wechsel in der Führungskultur. Zugleich könne daraus auch das neue Führungskräftepotenzial für die Zukunft gewonnen werden.

„Obgleich die Effizienzerfolge mindestens dreimal so hoch geschätzt werden wie die dazu notwendigen Aufwendungen, wird die Qualitätszirkelarbeit nicht in erster Linie als Sparinstrument betrachtet, sondern als wesentlicher Beitrag zur Qualitätsverbesserung“, betonte Christian Meixner. Es verstehe sich von selbst, dass Qualitätszirkel nicht andere Projektgruppen ersetzen sollen, dazu seien sie in Auftrag und Zielrichtung auch unterschiedlich. Nach Meinung vieler Kongressteilnehmer seien Qualitätszirkel in der aktuellen Managementdiskussion zu unrecht in den Hintergrund getreten. Ihre positive Wirkung werde nach wie vor unterschätzt.

Lebhafte Diskussion

Elke Holzrichter, verantwortliche Leiterin der KGSt für den Bereich Personalmanagement, erklärte, dass die Stadt Rosenheim mit ihrem Beitrag „Qualitätszirkel, ein unterschätztes Personalentwicklungsinstrument mit nachhaltiger Wirkung“ wesentlich zum Gelingen des 7. Personalkongresses beigetragen habe. Auch dieses Mal habe eine zwischenzeitlich abgeschlossene Evaluation ergeben, dass sowohl die Auswahl der Inhalte und der Referenten als auch die konkrete Durchführung von der Mehrheit der Teilnehmer gut bis sehr gut eingeschätzt wurde. Angeregt durch die launige Moderation

von Dr. Hans Hack entwickelte sich in dem Workshop eine lebhaft, aber sehr zielführende Diskussion, die insbesondere die mehrdimensionale Wirkung und Ausstrahlung solcher Qualitätszirkel unterstrich. **DK**

Landkreis Regensburg:

1. Tagung der Archivpfleger

Zur 1. Archivpflegertagung lud der Landkreis Regensburg die Archivpfleger in den Gemeinden und die Sachbearbeiter für die Gemeindefeststellungen ein. Kulturreferent Wolfgang Brandl, der die Tagung moderierte, stellte den neuen Kreisarchivpfleger Dr. Artur Dirmeier vor und begrüßte auch die neue Chefin des Staatsarchivs Amberg, Dr. Maria Rita Sagstetter, die über die Rechtsgrundlagen des Archivwesens und das neue bayerische Archivgesetz referierte.

Kreisarchivpfleger Dr. Dirmeier beleuchtete die Aufgaben und den wünschenswerten Zustand eines gutgeführten Gemeindearchivs. Sowohl Dr. Sagstetter als auch Dr. Dirmeier gaben wertvolle Hinweise für die richtige Lagerung von Archivgut, von historischen Fotos und vom Umgang mit dem zunehmenden digitalen Schriftverkehr. Wie sich ein Gemeindearchiv präsentieren soll, damit es für den Benutzer übersichtlich ist, darüber gab Geschichtsstudentin Maria Rottler Informationen. So sollten auf der Homepage einer Gemeinde Ansprechpartner und Öffnungszeiten des Gemeindearchivs zu entnehmen sein; ebenso ist ein einfacher Arbeitsplatz im Gemeindearchiv wünschenswert. **DK**

Gemeindetag/Kreisverband Augsburg:

Bürgermeister-Info-Fahrt ins Berchtesgadener Land

Landkreis Augsburg (gri). Bestens organisiert und vorbereitet vom Geschäftsführer des Gemeindetag-Kreisverbandes Augsburg, Günter Würmseher war die Bürgermeister-Info-Fahrt nach Bad Reichenhall, die auch ins Salzburger Land führte. 35 amtierende und ehemalige Rathauschefs, Landrat Dr. Karl Vogele und sein Stellvertreter und MdL Max Strehle, sowie einige Gäste zählten zur Reisegruppe.

Vor dem Hotel Residenz Bavaria wurden die Augsburger Reisetilnehmer vom Bad Reichenhaller Oberbürgermeister Wolfgang Heitmeier begrüßt und zu einem Gang durch die Kuranlagen abgeholt. So war zu hören, dass Reichenhall vorwiegend vom Gesundheitstourismus lebe. Wegen des milden und heilkräftigen Klimas auch das „bayerische Meran“ genannt.

Beim Gang durch die Kuranlagen beeindruckte besonders das 172 Meter lange, 14 Meter hohe und mit 200 000 Schwarzdornreisigbüscheln bestückte

Gradierwerk. Dieses Freiluftinhalatorium bringt Erleichterung oder Heilung für die Atemwege und die Lunge.

Beim Stadtrundgang schilderte der OB aber auch die Probleme und Schwierigkeiten einer Kurstadt: Verkehrsbelastung und -beruhigung.

Kleine Betriebe

Der zweite Info-Tag begann mit einem Empfang im Rathaus von Schönau am Königssee. Bürgermeister Stefan Kurz - er erschien in „Arbeitskleidung“ (Lederhose, Wadenstrümpfe,

Trachtenjanker und Halstuch) - hieß seine Kollegen willkommen. Der Landkreis Berchtesgadener Land, so Kurz, der auch Vorsitzender dieses Gemeindetags-Kreisverbandes ist, sei ein „Kind“ der Gemeinde- und Landkreisreform. Über Steueraufkommen und Kreisumlage befragt, war zu hören, dass die Bürger in Berchtesgadener Land, Schönau und dem weiteren Umland vorwiegend vom Fremdenverkehr und Souvenirhandel leben. Die Landwirtschaft könne nur als Nebenerwerb betrieben werden. Es sind also ausschließlich kleine Betriebe, die keine Gewerbesteuer bezahlen.

Verschuldete Gemeinden

Die Gemeinden sind alle hochverschuldet, sagte Stefan Kurz. Die Kreisumlage liegt bei 54 Prozentpunkten, wobei ein Punkt 500 000 Euro entspricht. Bad Reichenhall sei mit seinem Gesundheitstourismus etwas besser gestellt. Nennenswerte Industrie sei nur im Norden des Landkreises, im Bereich Traunstein angesiedelt. Georg Klaußner, dem Augsburger Gemeindetags-Chef oblag es, seinen

Landkreis in Kürze vorzustellen. Anschließend wurde die Bob- und Rodelbahn besichtigt. Beim Mittagessen konnte Landrat Dr. Karl Vogele seinen Kollegen Georg Grabner (BGL) und den Bürgermeister von Berchtesgadener Land, Rudolf Schaupp, begrüßen. Er ermöglichte auch die Fahrt zum Kehlsteinhaus, einst das so genannte Teehaus „Hitlers“.

Der Augsburger Reisegruppe bot sich in 1834 Meter ein überwältigender Blick auf das Berchtesgadener Land. Tief beeindruckt waren die Gäste aus Augsburg auch von der „Dokumentation Obersalzberg“. Sie zeigt alle Erscheinungsformen der nationalsozialistischen Diktatur.

Regionales Leitbild

Am letzten Tag der Infofahrt begleitete OB Wolfgang Heitmeier seine Kollegen nach Freilassing. Im dortigen Rathaus referierte Steffen Rubach über die „EuRegio Salzburg-Berchtesgadener Land -Traunstein“ als länderübergreifender Verkehrs- und Wirtschaftsverbund. Dieser freiwillige Zusammenschluss von 94 Gemeinden (Salzburg 56, Bayern 38) gilt als Leitbild in der Umsetzung des Europagedankens auf regionaler Ebene. Finanziert wurde die EuRegio zu 50 Prozent aus EU-Mitteln, Länderfördermitteln und Mitgliedsbeiträgen. Die EuRegio umfasst die Bereiche Verkehr, Wirtschaft, Kultur, Touris-

mus, Natur- und Umweltschutz. Wie wichtig für jede Region die Lokalbahnen sind und wie diese attraktiv und kostendeckend betrieben werden können, darüber informierte Direktor Makiinger von der Salzburger Lokalbahn. Eine „Probefahrt“ brachte die Reisegruppe in einem modernen Triebwagen nach Zehmetos. Die Rückfahrt erfolgte mit einer „historischen Garnitur“ nach Salzburg. Damit war das offizielle Programm beendet. ☞

Verkäufe

Löschgruppenfahrzeug LF 8, Bj. 1974, HU 2/06, guter Zustand, gegen Gebot zu verkaufen. **Mercedes 408, 80 PS**, Metz Aufbau, ohne fw-techn. Beladung. **Angebote schriftlich an:** Markt Laaber, Jakobstr. 9, 93164 Laaber, e-mail: vg.laaber@realrgb.de **Tel. 09498/94010** (Herr Schmid oder Herr Hogger). **Fax-Nr. 09498/9401-99.**



Bürgermeister-Info-Fahrt nach Bad Reichenhall: Nach einem herrlichen Rundblick vom 1834 Meter hohen Kehlstein über das Berchtesgadener Land stellten sich die Rathauschefs aus dem Landkreis Augsburg zum Erinnerungsfoto. Vorne zweiter von links der Geschäftsführer des Gemeindetags-Kreisverbandes, Günter Würmseher, dahinter außen Rudolf Schaupp, Bürgermeister von Berchtesgadener Land, vierter von links Georg Klaußner, Vorsitzender des Gemeindetags-Kreisverbandes, daneben der Augsburger Landrat Dr. Karl Vogele. **Bild: Xaver Grimmeiß**

Vorschau auf GZ 17

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 17, die am 9. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ☞ **Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben**
- ☞ **Abfallwirtschaft und Recycling**
- ☞ **Umwelttechnik**
- ☞ **Garten- und Landschaftsbau, Dorferneuerung**
- ☞ **Kommunalfahrzeuge**